

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., vierteljährlich 2,00 Mk., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgabe 10 Pf.  
 Die Preise sind für den Postbezirk. Für den Auslandpostbezirk sind die Postgebühren zu zahlen.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beläuft für die (schon) zahlene Kolonien-gebühr über deren Raum 60 Pf. für vollständige und gewerkschaftliche Betriebs- und Berufungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Stellungs-) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Schädigung Deutschlands durch das Borsussentum.

In der inneren Politik wie in der äußeren, im Verfassungsleben des Reiches wie der Einzelstaaten, überall tritt die schwere Schädigung in Erscheinung, die der borsussische Geist dem Wohl und dem Ansehen des deutschen Volkes verursacht. Mehr und mehr kommt das auch den weiteren Kreisen des Volkes zum Bewußtsein. Der Kampf gegen das Borsussentum, gegen die junkerliche Ausbeuterklasse und ihre bürokratischen Handlanger kommt zum Durchbruch auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Im Vordergrund steht der Kampf für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Aber ein Volk kann nicht mit voller Leidenschaft und Wucht sich auf die Unterdrücker an der einen Stelle stürzen, wo sie in ihrer Hochburg verschanzt sind, ohne gleichzeitig ihnen überall auf den Leib zu rücken, wo sie sich festgesetzt haben. Es haben denn jetzt auch seit geraumer Zeit die Kämpfe gegen das Borsussentum im Reichstag an Häufigkeit und Heftigkeit zugenommen.

So kam es in der Dienstags-Sitzung des Reichstags zu Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit, den Reichskanzler dem Reichstag wirklich verantwortlich zu machen, ferner über die Verschleppungstatistik der Regierung bei der Auseraumung von Neuwahlen und schließlich zu einer Debatte über die auswärtige Politik des Reiches.

Eröffnet wurde die Sitzung mit der Abstimmung über die Ostmarkenzulage, die nunmehr mit einigen Stimmen Mehrheit durch die Parteien des verachteten Vortrentenblocks angenommen wurde. Von den Freisinnigen stimmte nur der Abg. Traeger gegen diesen Korruptionsfonds.

Zum Etat des Reichskanzlers lagen noch eine Anzahl Resolutionen vor, die in einer geschäftsordnungsmäßigen höchst ansehnlichen Weise von dem Präsidenten nach Annahme des Ziels „Reichskanzler“, zu dem sie eingebracht waren, zur Verhandlung gestellt wurden. Darunter befand sich auch die sozialdemokratische Resolution betreffs Erlaß eines Reichsgesetzes, das den Reichskanzler dem Reichstag verantwortlich macht für alle Handlungen und Unterlassungen des Kaisers und zur ernstlichen Durchführung dieser Verantwortlichkeit die Einsetzung eines Staatsgerichtshofs vorseht. In Vertretung dieser Resolution betonte Genosse Ledebour, sie sei notwendig geworden, da leider die Verfassungsanträge aus dem Dezember 1908 völlig ins Wasser gefallen seien; es komme nunmehr darauf an, eine Willensumkehrung des Reichstages zu erzielen für die Verantwortlichmachung des Reichskanzlers, um dem Gedanken des demokratischen Parlamentarismus Bahn zu brechen. Ledebour räumte dann gründlich auf mit der Behauptung des Herrn v. Bethmann Hollweg, daß wir in Deutschland kein Parteiregiment hätten, indem er zeigte, wie das bürokratische Regierungssystem im Interesse der junkerlichen Minderheit in weit unterdrückungsfähiger Weise wirtschaftete, als das in parlamentarisch regierten Ländern den wechselnden, vom Volke abhängigen Regierungen überhaupt möglich sei. Die Schuld an diesem ungesunden Zustande falle aber den bürgerlichen Parteien zur Last, die dieses Regierungssystem süßen, anstatt zu dessen Bekämpfung und Beseitigung an die Seite der Sozialdemokratie zu treten.

Eine zweite sozialdemokratische Resolution, die die Begrenzung der Frist für die Ansetzung einer Nachwahl auf 60 Tage fordert, wurde vom Genossen Kunert vertreten. Er führte besonders auf der Erfahrung bei der jüngsten Nachwahl in Halle, wo die fürsorgliche Regierung eine Frist von 5 1/2 Monaten zwischen dem Tode des früheren Vertreters und der Ansetzung des Wahltermins für nötig befunden hatte. Kunert konnte an zahlreichen Beispielen nachweisen, daß sich die Wahl weit schneller ansetzen läßt, während wir aus den Worten des früheren Ministers v. Bultkammer wissen, mit welcher Ungeniertheit preussische Polizeiminister den Sinn gesetzlicher Bestimmungen zugunsten der herrschenden Klasse zu dehnen wissen. Der Staatssekretär Deibitz konnte sich der Richtigkeit der Kunertschen Argumente nicht verschließen, meinte aber, man könne es getrost dem Reichskanzler überlassen, die gesetzlichen Bestimmungen fittgemäß auszuführen.

Genosse Bebel wies energisch diesen ministeriellen Versuch, eine Entscheidung des Reichstags abzuwenden, mit dem Hinweis zurück, daß die Erfahrung die Notwendigkeit einer zahlungsmäßigen Begrenzung der Frist hinreichend erwiesen habe. Bei der gegenwärtigen Praxis der Behörden könne ein Reichstagswahlkreis ganz unnötigerweise geraume Zeit um sein Recht auf Vertretung geprellt werden. Bebel erklärte übrigens, daß wir uns keineswegs auf die Zahl 60 für die Frist zwischen Erledigung des Mandats und Neuwahl verlassen. Ein freisinniges Amendement, 70 Fristtage zu nehmen, wurde dann auch von den Sozialdemokraten akzeptiert, und die so gestaltete Resolution mit großer Mehrheit gegen die Konservativen und die Reichspartei angenommen.

Angenommen wurde auch die sozialdemokratische Resolution wegen der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers; abgelehnt dagegen die Resolution wegen Selbständig-

machung Elß-Lothringens; dafür kam dann mit unserer Hilfe der abgeschwächte Antrag der liberalen Elßler zur Annahme. Mit großer Mehrheit wurde dann noch ein von liberaler Seite eingebrachter Antrag auf Unterstützung internationaler Schiedsgerichte angenommen.

Dann trat das Haus in die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes ein. Es wurde dabei eine große Mannesmann-Debatte erwartet. Die gebrannten Kinder der nationalen Parteien scheuten aber offenbar das Feuer, sie gingen behutsam um die Geschichte herum. Als schließlich der nationale Herr Stresemann einige doch recht recht sanfte pastorale Töne der nationalen Mannesmann-Volksunen entlockte, fühlte sich der Minister des Auswärtigen v. Schoen immer noch nicht veranlaßt, aus der Reserve herauszutreten.

Um so kräftiger ging dafür dann Genosse Scheidemann gegen den Mannesmann-Kummel in's Zeug. Er zeigte an diesem Schulbeispiel, welche bedenkliche Wirkungen in dem bürokratisch regierten Deutschland die skrupellose Hege einer mit den Mitteln nationaler Kollome arbeitende Kapitalistenklasse ausüben könne. Alle bürgerlichen Parteien hätten sich mehr oder minder dafür einlassen lassen, bis schließlich die ernstliche Prüfung der Tatsachen den richtigen Hintergrund der Mannesmann-Forderungen erwiesen hätte. Jetzt sei auch in den sogenannten nationalen Kreisen die Notwendigkeit der Einsetzung eines Schiedsgerichts anerkannt worden.

Dann kam Scheidemann auf das Verhältnis Deutschlands zu England zu sprechen. Hierbei zeigte es sich andererseits, wie verhängnisvoll der Einfluß des bürokratisch-junkerlichen, des echt borsussischen Regierungssystems auf unsere auswärtige Politik sei. Trete doch dabei recht deutlich zutage, wie gerade die politische Rücksichtslosigkeit Deutschlands lähmend auf die Beziehungen zu fremden Mächten einwirkte. Reize doch unsere agrarische Schutzpolitik auch in England zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen auf. Scheidemann schloß seine eindringlichen, mit humoristischen Schlagern durchsetzten Ausführungen mit dem Appell an den Reichstag, er möge dazu beitragen, daß das Ansehen Deutschlands in Auslande gehoben würde durch Schaffung besserer, eines freien und kulturell hochentwickelten Volkes würdiger Zustände sowohl in Preußen wie im Reich.

Morgen werden die Regierung und die bürgerlichen Parteien Gelegenheit haben, auf diese Kritik zu antworten.

## Nachmittagsstreik in Kiel — Aussperrung und Polizeiattacke.

Die Kieler Arbeiterschaft hat am Dienstag als erste Gruppe des preussischen Proletariats die Wucht der Wahlrechtsdemonstrationen durch einen Halbtagsstreik verstärkt. Vorher schon hatten die Arbeiter zu Frankfurt a. M. einen Versuch mit einer Nachmittagsdemonstration am Werktag gemacht, doch kann in ihren Falle nicht eigentlich von einem Versuch des Demonstrationsstreiks gesprochen werden, da im allgemeinen nur dort gefeiert wurde, wo die Unternehmer keinen Einspruch dagegen erhoben. In Kiel dagegen hat die große Mehrheit der Demonstranten offenbar wider den Willen der Unternehmer die Arbeitsstätte verlassen. Das Unternehmertum glaubt diesen „Ungehorsam“ strafen zu müssen — die Arbeitgeberverbände der Werften und der Metallindustrie haben bereits eine dreitägige Aussperrung über die Wahlrechtskämpfer verhängt! So erklären die Großindustriellen Kiels — die Firma Krupp unter ihnen voran! — den mutigen Streikern für das gleiche Wahlrecht den Krieg, so treten sie unzweideutig auf die Seite des Schnapsblocks, so etablieren sie sich neben Polizei und Justiz als die Schützer und Schirmer der preussischen Wahlrechtschande. Das tun sie zu gunsten eines Wahlsystems, das die Industrie zu gunsten der Junker und des Zentrums an die Wand drückt! Ihre Ergebenheit für die preussische Reaktion kennt trotz alledem keine Grenzen — ihr Geh wider das erwachende, fordernde Proletariat ist weit größer als ihr Wille zur politischen Macht. Die deutschen Großindustriellen tragen lieber das Joch der Krantjunker und der Pfaffen, als daß sie eine freie gleichberechtigte Arbeiterschaft sehen!

Um so mehr ist die mutige Tat der Kieler Demonstranten anzuerkennen. Sie haben sich entschlossen eingesetzt für ihr Recht, wie es Menschen ziemt, die frei sein wollen. Sie dürfen auf die talfräftige Sympathie ihrer Brüder in ganz Preußen und Deutschland rechnen und, wenn es not tut, auf ihre freudige Unterstützung.

Neben den Großindustriellen hat die Polizei versucht, die Demonstration zu verhindern. Auf ihre Art — mit brutaler Gewalt. Sie hat geschossen auf friedliche Demonstranten und hat damit eine Gegenwehr provoziert, die sehr kräftig gewesen sein muß, wie unsere Telegramme zeigen. Die Leute an der Wasserfront haben schließlich kein Fitzschlut in den Adern. Die Polizei allein trägt die Schuld an den blutigen Zusammenstößen, nur ihr unverantwortliches Vorgehen hat sie herbeigeführt. Hätte sie sich zurückgehalten, so wäre die Kundgebung in Kiel ebenso friedlich verlaufen wie die des 6. März in fast ganz Preußen! Ueber die Kundgebung wird uns telegraphiert:

Kiel, 15. März.  
 Privatdepesche des „Vorwärts“.

Eine grandiose Wahlrechtsdemonstration, wie sie Kiel bisher nicht gesehen hat, veranstaltete heute nachmittag die Kieler Arbeiterschaft. Von Mittag an ruhte in den meisten Betrieben der Privatindustrie und des Handwerks die Arbeit. Auf der Kruppschen Werft feierten 80 Proz., auf der Howaldtschen Werft 75 Proz. der Arbeiter. Auf der Kruppschen Werft feierte sogar die Mehrzahl der Hirsch-Dunderschen Arbeiter. Um 3 Uhr nachmittags bewegten sich zwei gewaltigezüge vom Gewerkschaftshaus und Englischen Garten nach dem außerhalb der Stadt gelegenen Lokal Waldwiefe. Eine Versammlung unter freiem Himmel war von der Polizei nicht genehmigt worden. Tausende fanden deshalb in dem Riesensaal keinen Einlaß. Nach einem Referat des Genossen Breour-Kiel zogen die Massen in musterhafter Ordnung unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht durch die Stadt auf den Wilhelmplatz. Der Zug zählte etwa 10 000 Personen. Am Bahnhof stiegen zu dem Zuge die Arbeiter der Kaiserlichen Werft, die um 5 1/2 Uhr abends Feierabend haben. Dadurch war der Zug auf 15 000 Personen angewachsen. Ehe sich die Massen auf dem Wilhelmplatz angeammelt hatten, begann die Polizei, die sich bis dahin sehr zurückhaltend verhalten und nur für Absperrung der inneren Stadt gefordert hatte, sie in allbekannter brutaler Weise auseinanderzutreiben. Dadurch ist es denn leider wieder zu Zusammenstößen gekommen. Den Schulleuten wurden drei Schüsse abgegeben. Darauf wurde aus der Menge mit Steinen geworfen, wobei in einem Laden, in den sich einige Schulleute geflüchtet hatten, mehrere Ladenscheiben zertrümmert wurden. Später fielen noch einige Schüsse aus der Menge, die anscheinend von Schülern herühren. Eine Frau soll von Schulleuten über den Kopf geschlagen, ein Knabe verletzt worden sein. Näheres ist bis jetzt noch nicht bekannt.

An der Pforte der Kruppschen Werften klang heute nachmittag schon ein Erlaß, daß wegen willkürlichen Feierns der Arbeiter der Betrieb bis Sonnabend gesperrt wird. Wer am Montag wieder arbeiten will, soll sich am Sonnabend melden.

In Neumünster fanden heute in den Mittagsstunden zwei große Wahlrechtsversammlungen statt, die von 2500 Personen besucht waren. Der Zu- und Abzug in der Mittagsstunde und an einem Nachentage erregte riesiges Aufsehen und war eine wirksame Demonstration.

Kiel, 15. März.  
 Privatdepesche des „Vorwärts“.

Die Aussperrung wegen des Feierns bei der heutigen Wahlrechtsdemonstration erstreckt sich nicht nur auf die Kruppschen Werften, sondern auf alle Betriebe in der Metallindustrie und ist die Folge eines Beschlusses der Arbeitgeberverbände der Werften und Metallindustrie, der schon heute nachmittag gefaßt wurde. Die Aussperrung soll bis inklusive Freitag dauern. Wer Sonnabend morgen wieder anfangen will, soll bis Donnerstag nachmittag 4 Uhr sich melden.

Kiel, 15. März. (W. L. W.)  
 Nach Ablauf der Demonstrationsversammlungen kam es heute abend zwischen den unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht durch die Straßen ziehenden Trupps und der Polizei mehrfach zu Zusammenstößen. Einige Schulleute wurden hart bedrängt und mußten in einen Laden flüchten, dessen Fenster sodann von der Menge zertrümmert wurden. Eine Anzahl Personen erlitten Verletzungen, auch sind einige Schulleute durch Steinwürfe verwundet worden.

## Der Wahlrechtskampf.

### Neue Demonstrationen.

Brandenburg, 15. März, 9.20 Uhr abends.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Hier fand heute abend eine gewaltige Straßendemonstration statt, 8000 Personen nahmen daran teil. Die Polizei hieb ohne Grund mit blanker Klinge ein. Es sind viele leichte und schwere Verletzungen zu verzeichnen.

Magdeburg, 15. März.

Privatdepesche des „Vorwärts“.

Heute abend nach Schluß der Fabriken fand eine große Wahlrechtsdemonstration in den Hauptstraßen der Stadt statt. Es waren an 12 000 Personen zusammengekommen, die auf dem breiten Weg die Wahlrechtsparade feierten. Zum Schluß fand sich ein großer Teil auf dem Alten Markt vor dem Rathaus vor der Wohnung des Oberbürgermeisters und Herrenhausmitglied Dr. Henze zusammen, wo sie Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausbrachten und Freiheitslieder sangen. Ein größerer Teil zog auf den Stromplatz vor das Gebäude des Oberpräsidiums. Dort bestieg ein Genosse die freie Treppe und hielt eine Ansprache an die versammelte Menge, die in ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausklang. Dann zog die Masse wieder nach der Stadt, wo sie sich zerstreute. Die Polizei war übertrübt worden und infolgedessen nirgendwo zu sehen.

Eisenburg, 15. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Heute nachmittag 4 Uhr fand hier eine große Demonstration statt, die eine alle Erwartungen über-

steigende Beteiligung und Begeisterung aufwies. Der Zivillisten war zu klein, um die Massen zu fassen. Die Verlammlung wurde daher in den Gassen verlegt. 1800 Personen machten nachher eine große Straßendemonstration; bei der fortwährend Gehrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht wurden. Auf dem Marktplatz gingen die Massen aneinander.

### Polizeieinrichtungen in Berlin!

Aus glaubwürdiger Quelle wird uns vom 14. März aus Spandau gemeldet:

Seute sind von dem hiesigen Depot 4000 Revolver 83 mit Munition durch die Berliner Feuerwehr unter Führung eines Berliner Polizeihauptmanns und eines Polizeileutnants abgeholt worden.

Die Arbeiter, die wegen der Auslieferung der Waffen in der Mittagsstunde arbeiten mußten, erhielten von dem Polizeihauptmann je eine Karte.

Von anderer, ebenfalls durchaus glaubwürdiger Seite wird uns berichtet, daß die berittene Schutzmannschaft Berlins Stahleinlagen und Lederzeug bekommen hat!

Was bezwecken diese fürchterlichen Rüstungen? (Mlaubt Herr v. Rogow, daß er die Berliner Arbeiterschaft, die ihn am 6. März nachführte, doch noch einmal vor die Revolver bekommen wird? Hatte er sich vom Dienstag abend ein Blutbad versprochen? Die Berliner Arbeiterschaft weiß recht jedenfalls, wessen sie sich von der Berliner Polizei zu versehen hat. Den Wahlrechtskampf wird sie deswegen um kein Zola anders führen, als sie es für notwendig hält!

### Nach ein Stücklein von der Zentrumsherrschaft.

In der jüngsten Sitzung der Stadtverordneten in Mülheim am Rhein machte der Bürgermeister Mitteilung von einem Antrage des Sozialdemokratischen Vereins, daß die Stadtverordnetenversammlung eine Wahlrechtspetition an die Staatsregierung und das Abgeordnetenhaus richten möge. Der Bürgermeister erklärte, er sei nicht in der Lage, über den Antrag beraten zu lassen, da es sich nicht um eine Angelegenheit der Gemeinden, sondern des Staates handle, und er glänze im Einverständnis mit den Stadtverordneten zu handeln, wenn er über den Antrag zur Tagesordnung übergehe. Weder aus der liberalen noch aus der Zentrumsfraktion erhob sich ein Wort des Widerspruchs. Als aber vorstehenden Morgen der Großauer Regierungspräsident die Beratung eines ähnlichen Antrages durch die Stadtverordneten für unzulässig erklärte, da schieß das Organ der Mülheimer Zentrumspartei, die „Mülh. Volksztg.“:

„Was doch in Preußen nicht alles möglich ist. Als ob nicht auch die Gemeinden ein dringendes Interesse an einem besseren Wahlrecht in Preußen hätten!“

Auch in diesem kleinen Beispiel offenbart sich wieder die bodenlose Heuchelei der Liberalen gegenüber den Wahlrechtsfragen.

### Kein grober Unfug — aber Vereinsgehübertretung!

Den Genossen Kaufmann, Fuhrmann und Kohl zu Weichen bei Berlin ist der Reichstagsbeschluss zugewandt, wonach sie am 13. Februar gelegentlich der Wahlrechtsversammlungen gegen die §§ 7, 10 Ziffer 1 des Vereinsgesetzes sich vergangen haben sollen. Die Gründung des Hauptvereins wegen „groben Unfugs“ wurde dagegen abgelehnt, weil die Angeklagten nicht hinreichend verdächtig erschienen, durch ihr Verhalten während des Aufzuges die öffentliche Ordnung gefährdet zu haben. Wie die Richter die Angeklagten als Versammler eines Aufzuges fassen wollen, ist noch nicht recht klar.

### Großbetrieb der Braunschweiger Staatsanwaltschaft.

Den Rekord in der Erhebung von Anklagen aus Anlaß des Wahlrechtskampfes hat zweifellos die Braunschweiger Oberstaatsanwaltschaft erreicht. Genosse Wessner soll die Polizei in nicht weniger als 20 Artikeln, die in sechs Nummern des „Volksfreund“ enthalten sind, beleidigt haben. Der Landtag sühlt sich durch zwei Artikel beleidigt, und der leitende Staatsminister in einem Artikel. Selbst in der Zusammenstellung von „Stimmen der Parteipresse“ über die Braunschweiger Wahlrechtsdemonstrationen wird eine Beleidigung der Braunschweiger Polizei erblickt. In einer Sonntagsplauderei über die in Braunschweig herrschende Empfindlichkeit der Behörden sieht man sogar eine — Gotteslästerung.

## Reichsversicherungsordnung.

Der Text des umfangreichen, heute den Reichstagsmitgliedern zugehenden Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung ist und gestern abend zugänglich gemacht. Er enthält 1754 Paragraphen, die in sechs Bücher geteilt sind. Bei dem großen Umfange des Entwurfs ist in der kurzen und zu Gebote stehenden Zeit und nur möglich, einen kurzen Abriss des Inhalts wiederzugeben. Der Entwurf ist fast wortgetreu eine Wiederholung des am 3. April dem Bundesrat zugegangenen und gleichzeitig veröffentlichten Vorwurfs. Auch nicht ein wesentliches der vielen gegen die Vorschriften des Entwurfs seitens der Arbeiterklasse geäußerten Bedenken, Wünsche und Forderungen ist berücksichtigt.

Das dickste Werk ist eine Vermehrung der Abwälzung der Armenlasten auf die Schultern der Arbeiterklasse, eine Reform nach rückwärts, insbesondere soweit der Rechtsweg sowie das Selbstverwaltungsrecht der Massen und ihrer Mitglieder und soweit das Recht der Arbeiter in Frage kommt, sich gegen Fälle von Krankheit usw. selbst zu versichern.

Der Entwurf nimmt wie seine Vorgänger von der Verwirklichung einer

### Reichsversicherung

der gesamten Arbeiterversicherungsgegebung Abstand. Einseitlich soll nur eine größere Bureaucratifizierung und Verschlechterung des Instanzengutes werden. Als unterste Instanz soll das Versicherungsamt mit einem Versicherungsamtman an der Spitze geschaffen werden. Dieser lokale Unterbau soll zugleich als Aufsichtsinstanz für die Krankenversicherung dienen. Als obere Instanz und an Stelle der Schiedsgerichte soll ein Oberversicherungsamt treten. Das Reichsversicherungsamt (bisherlich das Landesversicherungsamt) soll nach wie vor als oberste Instanz fungieren. Die Kompetenz des Reichsversicherungsamtes ist erheblich zugunsten der Arbeiter eingeschränkt. Auf dem gesamten Gebiete der Reichsversicherung soll als Reaktionsmittel an das Reichs- (oder Landes-) Versicherungsamt nur noch die Revision zulässig sein.

Der Rekurs, wie er seither für die Unfallversicherung bestand, fällt weg. Die Revision kam nur auf Gesetzesverletzungen, Verstöße wider den klaren Inhalt der Akten und wesentliche Mängel des Verfahrens gegründet werden. In einer Reihe von Fällen ist auch die Revision ausgeschlossen. Am wichtigsten ist ihr Ausschluss in den Sachen der Unfallversicherung, in denen es sich um die Feststellung der Entschädigung nach Verringerung der Verhältnisse handelt. Das Oberversicherungsamt soll endgültig darüber entscheiden. Damit blüht

der Rentenversicherung ein noch weiteres Gebiet als bereits heute. Die neuen Renten sollen staatlichen oder Gemeindebehörden angegliedert, die Vorsitzenden dieser Renten vom Staat oder von der Gemeinde ernannt und zu beiden Instanzen Arbeitgeber und Versicherungsangehörige hinzugezogen werden. So sollen rund 1000 neue Renten mit einem Aufwand von diesen Millionen neu geschaffen werden.

Die Einzelheiten über die Organisation enthält das 170 Paragraphen umfassende erste Buch, das zweite (§ 177—559) regelt die Krankenversicherung. Der Unfallversicherung ist das dritte, von §§ 560 bis 1211 reichende Buch gewidmet. Das vierte Buch (§§ 1212 bis 1482) behandelt die Invalidenversicherung, die Altersversicherung und die neu einzuführende Hinterbliebenenversicherung. Das fünfte Buch regelt die Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten, das sechste (§§ 1523 bis 1754) das Verfahren.

### Krankenversicherung

Bringt eine Ausdehnung auf die in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten Personen, auf die Hausgewerbetreibenden, die Diensthilfen und die unständigen Arbeiter. Jedoch ist die Versicherung dieser Personen so wie in ersten Entwurf nach den verschiedenen Richtungen hin schlechter gestellt wie die anderer Arbeiter. Die im Vorwurfsentwurf vorgeschlagene Ausdehnung der Krankenversicherung auf Bühnen- und Orchestermitglieder, deren regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt, ist auch im neuen Entwurf vorgesehen.

Die Wöchnerinnenunterstützung ist auf die Dauer von im ganzen acht Wochen, von denen mindestens sechs Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen, in Konsequenz der Vorschriften der letzten Gewerbeordnungsnovelle ausgedehnt. Neu ist der Vorschlag, daß die Kostentragenden fakultativ Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen füttern, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft zubilligen können.

Der Zersplitterung der Krankenkassenorganisationen durch den Aufbau einer Einheitskrankenkasse tritt der Entwurf keineswegs entgegen. Es läßt sich die endliche Aufhebung der Gemeindefrankensversicherungen, die schon im Jahre 1882 als eine bald zu beseitigende subsidiäre (Ersatz-) Einrichtung bezeichnet wurde, ebensowenig, wie die Einreihung der Volkkrankenkassen in die Betriebskrankenkassen auch nur als ein Ansatz zu einer Beseitigung der verschiedenen Arten der Krankenversicherung bezeichnen. Denn der Entwurf schafft eine Reihe neuer Krankenkassen. Er kennt allgemeine und besondere Ortskrankenkassen, allgemeine und besondere Landkrankenkassen. Insbesondere diese Landkrankenkassen, denen die ländlichen Arbeiter, die Diensthilfen, die unständigen Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden unterstellt werden sollen, vermehren die Mannigfaltigkeit der Krankenkassenarten. Die Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkassen und Knappschaftskassen sollen trotz der erheblichen Gründe, die gegen das Weiterbestehen dieser Organisationen sprechen, — die Knappschaftskassen als landesrechtliche Kassen — bestehen bleiben. Betriebskrankenkassen sollen bei einer Zahl von 500, in Ausnahmefällen von 250, bei Innungskrankenkassen sogar schon bei 50 Arbeitern zugelassen werden. Die jetzigen eingeschriebenen Hilfsklassen sollen Ersatzklassen genannt werden. Die völlige Entzweiung des Rechts der Arbeiter, in Hilfsklassen für die Fälle von Krankheiten ohne ausdrückliche behördliche Genehmigung sorgen zu dürfen, soll durch eine Reihe von Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung und durch Aufhebung des Hilfsklassengesetzes erzielt werden.

Die Entzweiung der inneren Verwaltung der Ortskrankenkassen, wie sie der erste Entwurf vorschlag, ist auch in dem jetzigen Entwurf beibehalten. Während die Betriebskrankenkassen, die Innungen, die Knappschaftskrankenkassen bestehen bleiben und über Mängel vermehrt werden sollen — so soll ein Zusammenschluß mehrerer Betriebskrankenkassen durch Vereinbarung der Arbeitgeber stattfinden dürfen — wird eine ganz erhebliche Beschränkung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen geplant. Der Beitrag der Arbeitgeber und der Versicherer soll künftig der gleiche sein, aber auch im Vorstand sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl zusammenwirken. Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse soll durch übereinstimmende Wahl beider Teile ernannt werden. Wenn und solange, als sich die Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeiter über die Person des Vorsitzenden nicht einigen, soll der Vorsitzende durch das Versicherungsamt bestellt werden können. Die Wahlrechtsmaß soll für alle Angelegenheiten der Krankenkasse obligatorisch werden. Für die Beziehungen zwischen Ärzten, Apothekern und Kassen sind die früheren Vorschriften nicht wiederholt. In den §§ 377 bis 407 ist in umständlichster Weise unter schwerer Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechtes der Kassen und des Rechts der Kassenmitglieder ein Verfahren zugunsten der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker vorgeschlagen, das von dem Zwang der Ärzte zur Behandlung weit entfernt ist.

### Unfallversicherung

umfassenden Bestimmungen sei auf die Ausdehnung der Versicherungspflicht hingewiesen. Sie entspricht den im Vorwurfsentwurf gemachten Vorschlägen.

Die Versicherungspflicht von Handelsbetrieben ist durch folgende Ziffer 10 des § 560 neu geregelt: Betriebe, die der Behandlung und Handhabung der Waren oder der Beförderung von Personen oder Gütern dienen, unterliegen der Versicherungspflicht, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind, das über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgeht, sowie unter gleicher Voraussetzung Holzschlagbetriebe. Hierdurch sind nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten wie bisher, sondern auch ähnliche Arbeiten in kaufmännischen Unternehmen der Versicherung unterstellt und auch eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gegeben. Eine beachtenswerte Ausdehnung der Versicherungspflicht enthält der Entwurf auch nach der Richtung, daß das Polten von Meitleren und von solchen Fahrzeugen, die durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden, der Unfallversicherung unterstellt ist. Dadurch fällt das Jahr- und Stallpersonal künftig unter die Bestimmungen des Unfallgesetzes. Den Verursachern ist in ihrem unredlichen Kampf gegen den heutigen § 31 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes entgegengetreten.

Die schmalen Renten sind weder bei der Unfall- noch bei der Invalidenrente erhöht.

### Alters- und Invalidenrente

sind in allen dem Arbeiter nachträglichen Bestimmungen voll aufrecht erhalten. Der dem Sprachgebrauch und Rechtsgefühl im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes unverändert geblieben. Altersrente soll nach wie vor

nur bei erhalten können, der das 70. Lebensjahr vollendet hat; ein Geradgehen auf das 60. oder 65. Lebensjahr ist abgelehnt. Die freiwillige Zusatzversicherung, wie sie der Vorwurfsentwurf enthält, ist beibehalten. Danach kann jeder Versicherungsberechtigter und jeder Versicherungspflichtige die ihm nach dem Gesetze zustehenden Leistungen dadurch etwas erhöhen, daß er in beliebiger Zahl Zusatzmarken in seine Leistungskarte legt. Hat er für eine Mark Zusatzmarken geleistet, so erhält er einen Anspruch auf Zusatzrente in Höhe von 2 Pfennigen.

### Witwen- und Waisenversicherung

wie sie der Entwurf vorschlag, bedeutet einen Fortschritt auf die Worte „Versicherung“ und „Rente“. Die Hinterbliebenenversicherung ist im wesentlichen auf Beiträge der Versicherer und der Arbeitgeber aufgebaut. Bekanntlich sollte nach dem Sozialgesetz bereits vom 1. Januar 1910 ab eine Witwen- und Waisenversicherung eintreten. Die sozialdemokratische Voraussetzung, daß die Einbehalten aus den Getreide- und Viehzüchtern, entgegen den Prophezeiungen des Zentrumredners Trimborn, auch für die schmalste Rente nicht ausreichen können, ist voll eingetroffen. Sie mußte eintreffen, weil die Agrarier Arm in Arm mit dem Zentrum auf Schleichwegen, die der Sozialgesetz enthält und die feinerzeit von der Sozialdemokratie befeuchtet wurden, auch den letzten Pfennig der Witwe und den Waisen entzogen haben. Es ist bekannt, daß der Reichstag jüngst allein gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das Inkrafttreten der sogenannten Witwen- und Waisenversicherung noch weiter hinausgeschoben hat. Die Mittel sollen nunmehr im wesentlichen durch die Arbeiter aufgebracht werden. Der Beitrag der Beitragsmarken soll um ein Viertel erhöht werden. Einbißlang in Lohnklasse I bis V: 14, 20, 24, 30 und 36 Pf. zu Heben, so soll der Beitrag künftig auf 20, 24, 30, 36 und 46 Pf. erhöht werden. Diese Abwälzung der Armenlasten auf die Schultern der Arbeiter nennt das Zentrum Fürsorge für die Witwen und Waisen. Die Rente der Invalidenrente soll  $\frac{1}{2}$  der Invalidenrente bei Vorhandensein einer Witwe  $\frac{1}{3}$  der Invalidenrente des verstorbenen Mannes betragen. Hierzu tritt der Reichszuschuß in Höhe von 50 M. zu jeder Witwen- und für 25 M. zu jeder Waisenunterstützung. Wenn ein Arbeiter aus Lohnklasse IV volle 30 Jahre lang bei einem Einkommen von 1000 M. wöchentlich 38 Pf. zahlt, so würde seine invalide Witwe ganze — 12240 M., sein Kind 6120 M., beide zusammen 18360 M. jährlich an Rente oder 50 Pf. täglich erhalten. Die Witwenrente ist stets noch niedriger als die Invalidenrente. Hatte der verstorbene Ehemann zehn Jahre lang die Beitragsmarken voll geleistet, so beträgt die Witwenrente in Lohnklasse I (Jahresarbeitsverdienst bis 330 M.) 72,60 M., in Lohnklasse II (Jahresarbeitsverdienst 330—550 M.) 60,40 M., in Lohnklasse III (Jahresarbeitsverdienst 550—850 M.) 58,40 M., in Lohnklasse IV (Jahresarbeitsverdienst 850—1150 M.) 52,40 M., in Lohnklasse V (Jahresarbeitsverdienst über 1150 M.) 48,40 M. jährlich. Es ist geradezu schamlos, solche Beträge von monatlich 8,20 M. und darunter eine „Rente“, „Witwenrente“ zu nennen. Auf die Einzelheiten des unzureichenden Entwurfs wird noch näher eingegangen sein. Bezeichnend für den rückwärtigen und rückläufigen Kurs unserer Reichspolitik ist es, daß dieses Nachwerk als ein Stück Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet angepriesen wird, und daß es nach keiner Richtung hin den von der Arbeiterklasse erhobenen vollberechtigten Forderungen entgegenkommt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März 1910.

### Zur Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen

wird uns aus Straßburg mitgeteilt:

Zu der Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“, daß der vom Reichskanzler angekündigte Entwurf ein liberales Wahlrecht enthält, erfahren wir, daß an Stelle des gegenwärtigen Wahlsystems ein Pluralwahlrecht treten soll, das im übrigen allgemein, direkt und geheim ist. Außerdem ist die Ausbildung der bisher nur beratenden Instanz des Staatsrats zu einer Oberkammer vorgesehen, bestehend zu je ein Drittel aus ernannten Mitgliedern, aus Delegierten der Bezirkstage und aus Ständevertretern.

In den Wandelgängen des Landesauschusses wurde am Dienstag die Reichstagsstimmung vom Montag lebhaft besprochen. Die Stimmung ist gegenüber den Ankündigungen des Entwurfs durchaus skeptisch. Man glaubt nur, daß es durch die Kommissionsberatung im Reichstag gelingen wird, neben dem Reichstag auch den Bundesrat aus der Landesgesetzgebung auszuschalten. Außerdem wird noch über den Entwurf, den der Reichskanzler angekündigt hat, mitgeteilt, daß der Statthalter in Elsaß-Lothringen auf Lebenszeit ernannt werden und er das Recht der Ernennung der Bundesratsvertreter für Elsaß-Lothringen erhalten soll. Die elsäß-lothringische Presse nimmt zu der Erklärung des Reichskanzlers im allgemeinen eine abwartende Stellung ein.

### Werden die Nationalliberalen fest bleiben?

Am Dienstag fanden Kompromißverhandlungen zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum statt. Wahrscheinlich werden diese Verhandlungen auch am Mittwoch fortgesetzt. Ob sich die Nationalliberalen schließlich doch noch bereit finden lassen werden, zu dem „müßigsten Kind“ des blau-schwarzen Blods „Guten“ zu stehen, wie sich die „Kölnische Ztg.“ ausdrückt? Die „Kölnische Zeitung“ bezeichnet allerdings die geheime und die direkte Wahl als die Mindestforderung, ohne die die Nationalliberalen einer Wahlreform nicht zustimmen könnten.

Die am Sonntag abgehaltene Tagung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei, die sich in der Hauptsache mit der Wahlreform beschäftigte, hielt es sogar für geboten, der preussischen Fraktion die Befassung zu geben, an den Magdeburger Versammlungen, also an der geheimen und direkten Wahl und der Neueinteilung der Wahlkreise festzuhalten. Sollten sich unsere preussischen Nationalliberalen dadurch gebunden fühlen, so erscheint allerdings eine Verständigung mit dem Schnapsblock ausgeschlossen. Die Frage ist nur, ob sich unsere nationalliberale Landtagsfraktion nicht auch mit geringfügigeren Konzessionen abfinden läßt und die direkte Wahl sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise preiläßt?

Auf dem Festen, das der Sitzung des Zentralvorstandes am Sonntag folgte, gaben sich die süddeutschen Vertreter der Partei sichtlich die größte Mühe, ihren preussischen Parteigenossen den Mäßen zu steilen. So sprach Herr Wolffmann davon, daß ein aufstrebendes, reifes Volk nicht ertragen könne wenn ihm seine Rechte verweigert werden. Es würde verwerflich sein, wenn die Partei die aufgeprägten Volkstimmung nicht richtig zu erfassen vermöchte. Der Abgeordnete Sieber versuchte gleichfalls, den Partikularismus

dadurch zu belämpfen, daß die preussische Fraktion für eine möglichst liberale Gestaltung des Wahlrechts einträte.

Nun können die Herren Friedberg und Schiffer zeigen, was sie unter Liberalismus verstehen!

### Der Nachzug der Ostelbier.

Seit langem schon trägt sich die konservative Parteileitung mit dem Plan, mit Unterstützung des Bundes der Landwirte in das rheinisch-westfälische Industriegebiet einzudringen und dort den Nationalliberalen ihren politischen Besitz abzunehmen. Bisher ist die Ausföhrung dieser Absicht immer weiter hinausgeschoben worden; nachdem jetzt aber die nationalliberale Landtagsfraktion sich hat einfassen lassen, im preussischen Abgeordnetenhaus die schwarze Wahlmogelei bloßzustellen, gehen die Konservativen raschschraubend an die Verwirklichung ihres Planes. Der Anfang wurde vor einigen Tagen in Wanne gemacht, wo der Bund der Landwirte für die Kreis-Gesellschaften und Vorkomm eine von dem Vorsteher Stens in Hüntrop einberufene Kreisversammlung abhielt. Der Parteibeamte Dr. Kaufhold sprach nach einleitenden Worten des Vorsitzenden über die politische Lage nach Erledigung der Reichsfinanzreform. Andere Redner verbreiteten sich über den Hanja- und den Bauernbund und über die Ausbreitung der konservativen Organisation in Westdeutschland. Schließlich wurde die Gründung eines konservativen Vereins beschlossen.

### Der Zweck heiligt die Mittel!

Mit der angekündigten Entlassung von 600 Arbeitern auf der Werk in Kiel wegen angeblich mangelnder Beschäftigung, verlorst man allem Anschein nach die Absicht, einen Druck auf den Reichstag auszuüben und ihn zur Bewilligung neuer Mittel für den Flottenausbau zu bewegen. Es ist deshalb interessant zu hören, wie ein Marinemachverständiger dem „Vorläufer“ über diesen diplomatischen Schachzug schreibt:

„Der Sekretär des Reichsmarineamts steht gerade in diesen Wochen vor der Verteilung der neuen Bauaufträge an die gesamten deutschen Werften, von der so überaus viel für die soziale Lage der Werftarbeiter im nächsten Rechnungsjahre abhängt. Da vom Reichstage auch bei der zweiten Lesung des Marineetat kein Abbruch an den geforderten Neu- oder Ersatzbauten gemacht worden ist, haben die Werften zum Frühjahr drei neue Dreadnoughts, einen Panzerkreuzer, zwei geschützte Kreuzer, zwölf große Torpedoboote und eine Reihe von U-Booten im Bau zu beginnen. Diese Bauaufträge erhöhen sich gegen die vorjährigen um fünf Millionen Mark, da in diesem Jahr für die U-Boote 15 Millionen Mark, im vergangenen nur 10 Millionen Mark zur Verfügung stehen werden. Von den Neubauten der Werften scheiden zu Beginn des neuen Sommerhalbjahres nur zwei kleine Kreuzer („Solberg“ und „Adia“) als fertiggestellte aus den Werftbetrieben. Einschließlich der von auf Stapel zu liegenden Schiffe wird sich dann die Gesamtzahl der Werften im Sommerhalbjahr auf 9 große Panzerkreuzer, 4 Panzerkreuzer, 3 kleine Kreuzer, gegen 24 große Torpedoboote und eine größere Anzahl von U-Booten zu erstrecken haben, so daß sich allein 18 große Schiffe im Bau befinden werden, eine Zahl, die überhaupt seit Bestehen des Flottengesetzes noch nie vorher erreicht worden ist, und die auch nur erreicht werden konnte, da vom Jahre 1908 ab je drei Linienfahrzeuge allein ersatzfähig wurden. An einer ganz besonders großen Verteilung der Werften am Flottenausbau im neuen Rechnungsjahre wird es daher nicht mangeln.“

### Eine scharfe Zurückweisung.

Frankfurt a. M., 15. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Bei der Beratung des Landtages über die Eingemeindung der Frankfurter Vororte griff bekanntlich der konservative Abgeordnete v. Kardorff das Frankfurter Stadtwahlrecht heftig an. In der heutigen Sitzung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung brachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Justizrat Dr. Friedleben die Rede v. Kardorffs nach dem stenographischen Bericht zur Kenntnis der Versammlung und wandte sich dann in scharfen Worten unter lebhaftesten Beifallzustimmungen der Stadtverordnetenversammlung gegen die Ausführungen v. Kardorffs. Im Namen der Versammlung protestierte er auf das entschiedenste gegen die Angriffe. Die Erfahrungen, die man mit dem Wahlrecht in Frankfurt gemacht habe, hätten gezeigt, daß das Wahlrecht ein Segen für die Stadt ist. Was soll aus der Gemeinde werden, wenn Herr Oberbürgermeister Boides nicht mehr ist? habe v. Kardorff gefragt. Diese Sorge soll Herr v. Kardorff selbst überlassen. (Wiederholte.) Die Verdienste des Herrn Oberbürgermeisters sind von der Stadtverordnetenversammlung immer rückhaltlos anerkannt worden. Die Stadtverordnetenversammlung und die Bürgerchaft haben aber hervorrangend an der Entwicklung Frankfurts Anteil genommen. Die Stadtverordnetenversammlung könne ein Zummelpfad demokratischer antipreußischer Tendenzen und des Partikularismus werden, sagt Herr v. Kardorff. Frankfurt kennt keinen Partikularismus. Ich kenne überhaupt keinen, der Partikularismus ist nur im Norden vorhanden. Wir haben in der Stadtverordnetenversammlung auch keine preussischen Tendenzen zu verfolgen, sondern nur städtische. Wenn man aber unter preussischen Tendenzen reaktionäre Bestrebungen versteht, dann hat Herr v. Kardorff recht, denn sind wir allerdings gegen diese Tendenzen. Für reaktionäre Bestrebungen ist die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung niemals zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Angriffe des Herrn v. Kardorff auf die städtische Selbstverwaltung muß ich ebenfalls mit aller Energie zurückweisen. (Allseitiger großer Beifall.)

Die energische Zurückweisung der jülicherischen Anträge ist zu begreifen. Inbes darf dabei nicht vergessen werden, daß das kommunale Wahlrecht in Frankfurt a. M. an einem hohen Reizus geknüpft ist und also die berechtigten Forderungen des Proletariats durchaus noch nicht erfüllt.

### Ein Jdyl.

Die Reichspartei feierte am 11. März die 23jährige Zugehörigkeit des Herrn v. Camp-Massauen zu der Fraktion. Außer zahlreichen gegenwärtigen und früheren Mitgliedern der Reichspartei, der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses und der sächsischen Abgeordnetenkammer nahmen an dem Festmahl u. a. teil Handelsminister Sydow, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Finanzminister Freiherr von Rheinbaben, Fürst von Hayfeldt, Herzog zu Drachenberg, hob die unermüdete Tätigkeit und die Verdienste des Gefeierten um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform hervor. Handelsminister Sydow trank auf die freikonservative Partei, die sich vor allem durch die Zurücksetzung der Parteinteressen hinter die des Gemeinwohls auszeichne und ihren Wahlspruch, das Vaterland über die Partei, zur Wahrheit mache.

Der berühmte Scharfmacher Freiherr v. Camp gehörte bekanntlich mit in erster Linie zu denen, die den Grafen v. Saldow als Führer, weil er sich, nach seinem eigenen Wort, nicht zum „Minister gegen die Sozialpolitik“ mißbrauchen lassen wollte! Und heute feiert der preussische Handelsminister Sydow die Verdienste dieses scharfmacherischen Ministerführers!

### Die französische Regierung gegen die Vorschläge der Senatskommission.

Die Beschlüsse der Kommission des französischen Senats betreffend die Revision des französischen Zolltarifs haben in einer ganzen Reihe von Positionen nicht die Zustimmung der französischen Regierung gefunden. Sie hat vielmehr Einsprüche erhoben, die sie bei den Beratungen im Plenum des Senats geltend machen wird, und die demzufolge voraussichtlich in einer Reihe von Tarifnummern noch zur Abänderung der Beschlüsse der Senatskommission führen werden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um folgende Artikel: Zepfel zum Tafelgeschutz, Koll in Städen und Pulverform, Radachsen, Kupfer gewalzt und gehämmert, entglimmernde Teile, Formaldehyd, holzessigsaurer Kalk, Kupferazetat, Zapiota, Gläser zur Beleuchtungszwecken, baumwollene Handschuhe, wollene geknüpfte Teppiche, Tapeten, Visonerien, Turbinen, Lokomotiven, Werkzeugmaschinen über 1000 Kilogramm Gewicht, Möbrenstühle, Galometer usw., Krangblätter und -Wänder, Schraubstöcke, Spiralköhler, gewisse Nadeln für Wirkstoffe usw., Säbenerstühle, Regenschirmgestelle, gewisse Möbel, hölzerne Uhrgehäuse, hölzerne Druckständer, Nadeln für Fahrräder und Spielzeug.

### Straßendemonstrationen in Bremen.

Am Montagabend protestierte die Bremer Arbeiterschaft in fünf großen Versammlungen gegen die Währungsregelung sozialdemokratisch gesinnter Lehrer. Die Versammlungsstätten waren sämtlich überfüllt; ein großer Teil der Protestler fand keinen Einlaß. Nach Schluß der Versammlungen zogen etwa 15000 Personen unter Anführung von Arbeiterführern und stürmischen Hochrufen auf den gemäßigten Lehrer Holzmeier nach dem Marktplatz und dem anschließenden Domhof. Von hier aus ging es in geschlossenem Zuge vor die Wohnungen der Bürgermeister Dr. Pauli und Warzhäuser sowie des Schulinspektors Dr. Böhm und des liberalen Reichstagsabgeordneten Hermann. Den Demonstranten stellten sich riesige Schutzmannschaften in den Weg; die Beamten waren aber sehr zurückhaltend, und so wurden Zusammenstöße vermieden. Einige Personen wurden indes verhaftet. In den Kasernen hatte man Militär zum eventuellen Einschreiten bereit gehalten.

### Die Wirkung der Biersteuer in Baden.

Die von der badischen Volksobervertretung gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommene Biersteuererhöhung beträgt bereits ihre Wirkung im geschäftlichen Verkehr auszuüben. Auf einer mittelbadischen Brauer- und Gastwirtstagung mußten die Wirte nach heftigem Widerstand sich der Diktatur der Brauereien fügen und einen Preisaufschlag von 250 Mark für das Feststiller aufnehmen. Die Brauer erklärten sich dafür bereit, auch in den von den Brauereien betriebenen Wirtschaften an einem bestimmten Detailpreis festzulegen. Demgemäß soll künftig der Mindestpreis für das 1/2 Liter betragen: 12 Pf. beim dunkeln und 14 Pf. beim hellen Bier. Kennen die bisher üblichen 1/2 Liter fortan zur Anwendung, so muß dafür mindestens ein 12 Pf.-Preis gefordert werden. Somit beträgt die Verteuerung des badischen Bieres 2 Pf. für das Glas oder 5 Pf. pro Liter.

### Die Militärverwaltung will auch sparen.

In den Ministerien des Krieges und des Innern besteht, wie die „D. Z. am Mittag“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, die Absicht, wenn irgend möglich, die Generalmusterung bei der Rekrutenausbildung fallen zu lassen. Es sind bereits Anträge an alle Brigaden gerichtet worden, sich darüber zu äußern. Von deren Antwort, die bis Mitte Juni eingegangen sein muß, werde es abhängen, ob man dem Gedanken der Aufhebung überhaupt näherzutreten kann. Der Wegfall der Generalmusterung, die ein Oberwachmann über die Tauglichkeit der Ausgehobenen abgibt und ihre Verteilung zu verfügen hat, würde im Ersatzgeschäft keine große Störung verursachen, dagegen würden jährlich einige Millionen gespart werden.

### Die Polizei als Gast.

In einer Wahlrechtsversammlung zu Schönlanke (Posen) waren neben zwei überwachenden Beamten noch einige andere Polizisten erschienen. Der Versammlungsleiter verlangte die Entfernung dieser überflüssigen Gäste. Der Wachtmeister lehnte das ab und erklärte, daß nur er und ein Schutzmann in amtlicher Eigenschaft anwesend sein, die anderen Beamten seien lediglich als Gäste da, denen das Beweilen nach einem Kommentar des Dortmunder Polizeikommissars Gehre zum Vereinsgesetz rechtlich zustehe. Trotzdem der Versammlungsleiter auf sein Hausrecht hinwies, entfernten sich die Beamten nicht. Gegen das unstatthafte Verhalten der überzähligen Polizeibeamten ist Beschwerde eingelegt. Es wird sich zeigen, ob die Auffassung des Wachtmeisters in Preußen Uus werden soll.

### Unglaubliche Militärjustiz.

Im 170. Infanterieregiment in Offenburg (Baden), das in den letzten vier Monaten vier Soldaten selbstmorde zu verzeichnen hat, befindet sich bei der 7. Kompanie der Unteroffizier W. R. Von ihm berichtet vor einiger Zeit der „Vorwärts“, daß er mit zwei Kollegen auf dem Heimweg vom Schießstand einen sächsischen Straßenarbeiter, der eine Radlaternen beim Anhalten auslieferte, mit seinem Gewehr niederschlug, so daß der Arbeiter besinnungslos in den Graben stürzte. Bald darauf wollte W. R. am sächsischen Friedhofe in der Verfolgung weiblicher Personen auch den zu Dife eilenden sächsischen Friedhofsaufseher niederschlagen und verletzte ihn an der Hüfte.

Dieser Tage erhielt der schlägfertige Mitenläter, dem man seine Vertrauenswürdigkeit im Dienst als milderen Umstand anrechnete, vom Kriegsgericht 14 Tage Stubenarrest. Die beiden Kollegen, die ihn beim Trinken ermahnten und seine Mitenläterei zu stoppen, wurden mit sieben und zehn Tagen Mittelarrest bestraft. Der verletzte Arbeiter wurde von der Verhandlung nicht in Kenntnis gesetzt, konnte also nicht als Nebenkläger auftreten.

### Ein militärisches Schreckensurteil!

Das Dresdener Kriegsgericht verurteilte den Matrosen Köler von S. M. „Preußen“ in Kiel wegen tätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten und Achtungsverletzung zu — 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis! Der Angeklagte war zum Weihnachtsfeste nach seiner Heimat Niefa i. S. beurlaubt, wo er in der Trunkenheit einem Sergeanten auf die Hüfte trat und gegen den Arm stieß. Auch soll er dem Vorgesetzten gedroht haben, ihm eine Ohrspeise zu geben. Obgleich der Angeklagte erklärte, daß er keinen Sergeanten in dem Lokal gesehen und sich an einem solchen nicht vergreifen habe, da er betrunken gewesen sei, wurde er für überführt erachtet.

### Oesterreich-Angarn.

#### Lugers Nachfolger.

Wien, 14. März. Die Vertrauensmännerversammlung der christlich-sozialen Partei beschloß auf Antrag Dr. Gehmanns, in der morgen stattfindenden Parteiversammlung den Pfingsten Diebstahlsprozess zum Parteitag zu proklamieren. In der Bürgermeisterkammer endete die Konferenz mit dem Beschlusse, daß der gegenwärtige Vizebürgermeister Forzer Bürgermeister werde und Handelsminister Weiskirchner nach Ablauf von mindestens zwei Jahren ihm folgen solle. Weiskirchner erklärte, er habe Verbindlichkeiten der Krone, dem Kabinett sowie dem Reichsratsklub

gegenüber zu erfüllen; er habe nie erklärt, daß er die Bürgermeisterei würde ablehnen. Wenn die Partei und der Bürgerklub ihn des Bürgermeistertitels für würdig hielten, bitte er, ihn für die Zukunft in Aussicht zu nehmen, für die Zwischenzeit aber einen Mann zu wählen, der die Geschäfte im Sinne Lugers ungeschmälerzt fortführen könne. Vizebürgermeister Forzer erklärte, er sei bereit, einem eventuellen Rufe des Bürgerklubs zu folgen.

### Auflösung des Reichstags.

Budapest, 15. März. Ministerpräsident Graf Khuen Heder-vary unterbreitete heute dem König den Vorschlag betreffend Auflösung des Reichstags. Der König genehmigte den Vorschlag. Die Auflösung erfolgt am 22. März.

### Frankreich.

#### Die Affäre Duez.

Paris, 15. März. Deputiertenkammer. Die Besprechung der Interpellationen über die Liquidatoren wurde fortgesetzt. Wilm (Soz.) kritisierte die Haltung der Sachverständigen und des Staatsanwalts des Seine-Departements. Allemane (Soz.) meinte, die öffentliche Meinung sei erstaunt darüber, daß die drei Liquidatoren nicht verhaftet wurden. Jaurès verlas einen Protest, welchen die Wahl-Gesellschaft der Grande Chartreuse gegen seine am Freitag aufgestellten Behauptungen an ihn gerichtet habe. Jaurès sagte: „Auf alle Fälle bleibt die Verantwortlichkeit des Liquidators Recourtier eine große. Wichtiges mußte man ihm wegen seiner Unfähigkeit abdrücken.“ Jaurès machte der Regierung den Vorwurf, daß sie nicht den Mut gehabt habe, ihrer Verantwortlichkeit entsprechend entscheidende Schritte zu tun. Es sei sicher, daß die Regierung die Verantwortung trage. Die Mehrheit müsse prüfen, wen die Verantwortung treffe, und dürfe die Regierung nicht ausschließen. (Beifall auf der äußersten Linken, rechts und auf verschiedenen Banken.) Nunmehr ergriß Ministerpräsident Briand das Wort und erklärte, er übernehme die volle Verantwortung und bitte die Kammer um vorbehaltlose Zustimmung.

### Eine Hausjudung.

Paris, 15. März. Die Polizei nahm heute nachmittag eine Hausjudung bei dem Generalen Coustot vor, welcher von Duez beauftragt war, Personen ausfindig zu machen, die vielleicht auf zu liquidierende Güter Erbschaftsprüche erheben könnten. Duez war es darum zu tun, auf diese Weise möglichst viele ihm einträgliche Prozesse anzubahnen.

### England.

#### Die Oberhausreform.

London, 14. März. Oberhaus. Lord Rosebery sagte in einer zweistündigen Rede zur Begründung seines Antrages einer Reform des Oberhauses, die Lords hätten eingesehen, daß sie zu sehr die Interessen einer Partei repräsentierten und daß das Prinzip der Erblichkeit seitens eines großen Teils der Nation einer wachsenden Kritik und Opposition begegne. Aber die Pläne der Regierung für die künftige Gestaltung des Oberhauses seien widerständig und unlogisch, da die Regierung das Haus erst zur Bedeutungslosigkeit verurteilen wolle und es dann zu reformieren vorzöge. Er glaube, daß die Regierung die Lords zwar ihrer Macht berauben werde, ihre Anhänger aber dann sich weigern würden, an die Reformen zu gehen. Es gäbe zwei Grundprinzipien, ohne welche die Arbeit einer Reorganisation nutzlos sein würde, nämlich die Abschaffung des erblichen Rechts, im Oberhaus zu sitzen, und die Einführung der Wählbarkeit. Er habe keine Wahl durch das Volk im Auge, denn dieses würde nur ein schwaches Abbild vom Unterhause schaffen, aber er glaube, das Haus würde an Stärke und Würde durch eine Vereinigung mit den Grafschaftsräten und Stadtcorporationen gewinnen. Rosebery schloß seine Rede mit dem Appell an das Oberhaus, das Land vor einer Einkammerregierung zu retten, welche nur mit Unheil enden könne. Minister Morley erklärte darauf, Roseberys Vorschlag löse nicht die augenblickliche Schwierigkeit. Er glaube, der Vorschlag richte sich gegen das Unterhaus, und er bedaure, daß Rosebery nicht auseinandergehe, wie die Schwierigkeit zwischen den beiden Häusern in Zukunft überwunden werden könnte. Die Debatte wird vier Tage dauern.

Obgleich im Oberhaus keiner der unionistischen Vöer eine direkte Opposition gegen die Vorschläge Lord Roseberys zum Ausdruck brachte, wurden diese keineswegs mit Vegetierung aufgenommen. Zahlreiche Vöer zeigten sich nicht gewillt, so weit zu gehen, der Abschaffung des Erblichkeitsprinzips zuzustimmen.

### Der Schluß der Marinedebatte.

London, 14. März. Nach Re Kennan verlangte der konservative Vöer die Aufstellung eines festen Flottenplanes nach deutschem Muster. Dann kam der Führer der Arbeiterpartei, Barnes, zu Wort. Er behauptete, daß die Regierung die ganze Politik der Sparsamkeit den Forderungen der Opposition gegenüber preisgegeben habe. Das Land werde zu Ausgaben gedrängt, welche weit über die vernünftigen Anforderungen der Lage hinausgingen. Das meiste von den alarmierenden Erklärungen bezüglich der Flotte habe sich als unmaß erwießen. Von dem, was über die deutsche Flotte im letzten Jahr gesagt worden sei, sei absolut nichts richtig gewesen. Lord Balfour bedauerte, daß das Bauprogramm der Regierung ungeeignet sei, um die Suprematie zur See ausrecht zu erhalten. Er befürwortete eine Anleihe von 68 Millionen Pfund Sterling zur raschen Durchführung einer großen Flottenvermehrung.

### Rußland.

#### Die Friedensgesellschaft — kein Verbrecherklub.

Petersburg, 14. März. Der Justizminister hat die Dumaabgeordneten, welche in einem Gesuch um strafrechtliche Verfolgung der russischen Gruppe der Interparlamentarischen Union gebeten hatten, schriftlich benachrichtigt, daß in der Bildung einer besonderen Dumagruppe der genannten Union keine kriminell strafbare Handlung zu erblicken sei. Deshalb könne ihrem Gesuch auch keine Folge gegeben werden.

### Bulgarien.

#### Das Blutbad in Rußischul.

Sofia, 14. März. Die Entführungsgeschichte der Türkin in Rußischul datiert mehrere Tage zurück. Ein bulgarischer Beamter hatte eine Türkin mit ihrem Einverständnis entführt und angeblich geheiratet. Auf den Protest des Rates der Türkin und des türkischen Konsuls entschied das Gericht, daß das Mädchen wegen Minderjährigkeit an das Elternhaus zurückzugeben sei. Die darauf erfolgte Rückgabe der Türkin verursachte eine Gärung unter den Bulgaren, die die Türkin wieder rauben und dem Manne zurückgeben wollten. Vater und Tochter flohen ins Polizeigebäude. Gestern nachmittag versuchte eine vieltausendköpfige bulgarische Menge die Türkin aus dem Polizeigebäude zu entführen. Die Polizei, verstärkt durch Militär, bemühte sich vergebens, die Demonstranten zurückzudrängen. Als diese die Truppen mit Steinen bewarfen und Revolvergeschosse abgaben, wurden zuerst blinde, dann scharfe Schüsse abgegeben. Zahlreiche Personen, darunter auch Kinder, wurden verletzt. Wie die Abendblätter melden, wurde heute vormittag in Rußischul eine Trauerversammlung abgehalten. Weitere Kundgebungen werden beabsichtigt. Die Rußischer Garnison wurde verstärkt. Der Minister des Innern, der sich gestern nach Rußischul begab, soll Demonstrationen der Menge ausgeföhrt gewesen sein. Nach Ansicht der Öffentlichkeit trifft die Schuld an den Kundgebungen die Behörde, welche gegen die wachsende Gärung der Bevölkerung keine Maßnahmen getroffen habe.

# Gewerkschaftliches.

## Viermal Hunderttausend!

Die Nr. 12 der „Metallarbeiter-Zeitung“ erscheint in einer Auflage von 400 000 Exemplaren. Diese Auflage des Verbandsorgans des Deutschen Metallarbeiterverbandes entspricht zwar nicht der Mitgliederzahl, sie ist aber ein ungefähres Gradmesser dafür. Der Verband hatte im Jahre 1906 einen geringen Mitgliederverlust, im Jahre 1909 hat er nicht allein diesen geringen Mitgliederverlust ausgeglichen, sondern die Mitgliederzahl hat sich um 11 000 erhöht. Allein in diesem Jahre ist die Mitgliederzahl um circa 12 000 gestiegen, so daß die Hoffnung durchaus berechtigt ist, daß der Verband auch bald 400 000 Mitglieder zählen wird. Im April 1908 wurde die 300 000. Nummer herausgegeben, wovon sich die Hoffnung knüpfte, daß schon im Jahre 1908 die 400 000 erreicht würden. Die Krise, die auch besonders schwer auf der Metallindustrie lastete, machte die Aussicht zusehender.

Die beiden gegnerischen Gewerkschaften im Gewerbe zeigen dagegen keinen Auftrieb in der Mitgliederzahl. Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählte 1906 38 619 Mitglieder im Jahre 1906 32 963, Ende 1909 37 617. Der Deutsche Metallarbeiterverband dagegen 1900 100 782, 1909 373 349. Der „Christliche“ Verband hatte 1906 im Jahresdurchschnitt 24 744, 1907 28 000, Ende 1909 24 002 Mitglieder. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ sagt dazu:

„Es ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Entwicklung unseres Verbandes und der beiden gegnerischen Verbände in Zukunft einen anderen Verlauf nehmen wird. Wir brauchen nur alle, jeder in seinem Kreise, wie bisher planvoll und unbedrossen zu arbeiten, dann werden sich in den nächsten Jahren unsere Reihen bedeutend verstärken. Und das wollen wir!“

### Berlin und Umgegend.

Die Schuhmacher bereiten eine Lohnbewegung vor. Eine öffentliche Versammlung derselben fand am Montag im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 7c, statt. Dally referierte über das Thema: „Warum sind die Schuhmachergehilfen Berlins für eine Lohnbewegung?“ Redner beleuchtete die überaus mißliche Lage der im Schuhmachergewerbe beschäftigten Arbeiter und erinnerte an die erfolgreich verlaufene Lohnbewegung im Jahre 1906, deren Früchte aber in der nachfolgenden Krise völlig verloren gingen. Es gibt heute nur noch einige Werkstätten, wo der damals festgelegte Minimallohn noch gezahlt wird. Deshalb sei es notwendig, daß die Schuhmacher sich aufrufen und auf die Durchführung dieses Minimallohnes drängen. Dieser Gedanke wurde auch von sämtlichen Rednern zum Ausdruck gebracht.

Eine Lohnkommission hat nun einen Tarif ausgearbeitet, der in 4 Klassen eingeteilt ist. Für die Lohnbewegung kommen die 3. und 4. Klasse in Betracht, die die kleinen Manufakturwerke sowie die Reparaturwerkstätten umfassen. Die Versammlung war mit dem Entwurf einverstanden.

### Deutsches Reich.

#### Das Ende der Tarifbewegung im Holzgewerbe in Sicht!

In der ganzen letzten Woche haben weitere Verhandlungen zwischen den Verbandsvorständen unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten der beiderseitigen Parteien stattgefunden. Aus einzelnen Orten waren auch nochmals Vertreter der Ortsparteien nach Berlin geladen. Das Resultat dieser Auseinandersetzungen ist nun, daß für die Orte Zeitz, Leipzig, Warmen, Danzig, Aalen, Königshagen, Beuthen, Rattowitz, Königshütte, Oldenburg, Lüneburg, Rendsburg, Görlitz, Göttingen, Spandau, Greifswald, Düsseldorf, Kiel, Quedlinburg, Lübeck, Erfurt, Bernburg, Brandenburg, Zittau, Braunschweig, Sietzin, Potsdam, Rowawes, Thorn, Bromberg, Dresden, Guben, Burg, Halbe, Werlitz, Silberstein, Harburg und Hannover eine Verständigung erzielt ist. In einer großen Anzahl Städte haben bereits Versammlungen stattgefunden und sind die Vorschläge dort anerkannt. In den übrigen Orten sollen am Donnerstag resp. Freitag die Ortsparteien zu dem Verhandlungsergebnis Stellung nehmen. In den Städten, für welche eine Einigung durch die Verhandlungskommission resp. die Verbandsvorstände zustande gekommen ist, sind rund 34 000 Holzarbeiter beschäftigt. In Bernau, Essen-Kray, Posen und München wird gegenwärtig noch weiterverhandelt. In den noch ausstehenden Orten kommen 3000 Arbeiter in Frage. Der gegenwärtige Stand der Dinge berechtigt also zu der Hoffnung, daß die große Tarifbewegung recht bald zum endgültigen Abschluß gebracht wird. Allerdings muß in den einzelnen Orten noch eine Verständigung über Einzelheiten, wie Affordiaris usw. stattfinden. Doch dürfte sich hieraus Schwierigkeiten, die den Abschluß der Bewegung illusorisch machen würden, kaum ergeben. Der Arbeitgeberverband hat allerdings beschlossen, daß die Verträge nur dann als vollzogen gelten, wenn sie von den Unternehmern aller Orte angenommen sind. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Arbeitgeber die Einigung daran scheitern lassen würden, wenn einige übereifrige Scharfmacher versuchen, ihre Quertreibereien fortzusetzen.

**Achtung, Glasarbeiter!** Die Preßglasfabrik in Holzminnen, bei der sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht haben, versucht an anderen Orten Arbeitskräfte anzuwerben. Es wird gewarnt, den Lockungen der Firma trotz den den Arbeitswilligen Sinn, der ebenfalls den Vermittler machen soll, nachzukommen, um den Ausständigen zum Siege zu verhelfen. Der Zugang muß streng ferngehalten werden.

### Preussische Gummiartikel.

Das in Königshütte O.-Schl. erscheinende Zentrumsorgan „Der ober-schlesische Kurier“ (vom 11. März 1910), veröffentlicht in telefonischer Kürze nachstehende Notiz:

„**Ve am t e n s c h u h.** Gummiartikel für ihre Beamten — 40 Zentimeter lang und 3 Zentimeter dick — lassen die Königl. Grundbesitzverwaltungen als Verleidigungsmittel gegen etwaige Angriffe anschaffen und geben dieselben zum Einkaufspreis an die Beamten ab.“

Also königlich preussische Gummiartikel sollen die Werkzeuge sein, die der berühmten preussischen Kultur in Oberschlesien Eingang verschaffen sollen.

### Die dem Staat „besonders nützlichen Elemente“.

Der 31 Jahre alte Klempner Karl König von Neumarz, ein notorischer Streikbrecher, wegen dessen „Herabwürdigung“ schon mehrmals ehrl. Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, erhielt vom Schwurgericht in Amdorf wegen zweier Verbrechen des Schwören in Amdorf 3½ Jahre Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre.

Verantw. Redakt.: Carl Vermuth, Berlin-Nikolov. Inserateverantw.:

### Ausland.

#### Der Straßenbahnerstreik in Rom.

Rom, 13. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Streiklage ist unverändert. Der Tramverkehr ruht vollkommen. Der Plan, Streikbrechertrains in Zirkulation zu setzen, beunruhigt die Arbeiterschaft. Militär ist konfigniert; die Tramdepots werden militärisch bewacht. Verhandlungen sind nicht im Gange. Die Stadtverwaltung hält sich neutral. Trotz der Verkehrshemmung sympathisiert die Bevölkerung mit den Streikenden.

## Polizeimaßregeln statt Wahlrecht!

Achtundvierzig waren's! Eine ominöse Zahl für die Reaktionäre! Achtundvierzig Versammlungen nämlich waren es, in denen gestern abend die Parteigenossen von Groß-Berlin dagegen protestierten, daß dem Proletariat als Antwort auf seine Forderungen Polizeimaßregeln statt des Wahlrechts geboten würden. Die Behörden hielten es offenbar für angebracht, ihrerseits die Notwendigkeit eines Protestes gegen überläufige Polizeimaßregeln noch besonders zu illustrieren. Wenn man auch vor den Versammlungslokalen ein besonders starkes Aufgebot der Polizei nicht bemerkte, die Mannschaften an diesen Stellen vielmehr verstreut gehalten oder gar wirklich zurückgezogen waren, so schien doch die Bewachung der Schloßinsel, die nun ja schon wochenlang aufrecht erhalten wird, eine besonders starke. Alle Brücken, welche Zugänge nach dem Schloß ermöglichten, waren stark besetzt. Mehrfach fielen vor und in den Versammlungslokalen auch die bekannten Nicht-Genossen auf.

„Sozialistenwetter“ begünstigte die ganze Veranstaltung und machte den durch die Enge auch der größten Säle obdachlos Gewordenen den Aufenthalt auf der Straße erträglicher. Und die Ausgesperrten zählten zu Tausenden.

Drinne in den Sälen wurde derweil die Abrechnung mit Regierung, Junkern und Rassen gehalten. Brausender Beifall durchtobte die Säle, wenn von den Rednern besonders scharf die Art gegeißelt wurde, wie der preussische Schnapsblod das schier Unmögliche fertig bekam, die Wahlrechtsvorlage der Regierung noch weiter zu verhandeln. Mit Jubel wurde überall folgende Resolution begrüßt und angenommen:

Die Beschlüsse zweiter Lesung des Abgeordnetenhauses haben den keiner Verbesserung fähigen Wahlrechtswechsel der Regierung noch weiter verbunzt.

Die Versammelten verwerfen das Wahlrechtsmaßwerk der konservativ-kerikalen Dreiklassenhausmehrheit ebenso entschieden wie die Regierungsvorlage und versprechen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß nicht eher Ruhe in Preußen eintritt, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts auch in Preußen erobert ist.

Satte die Polizei Vorbereitungen getroffen, etwaigen Demonstrationen zu begegnen, so erwiesen sich diese Maßnahmen als überflüssig. Man war nicht gewillt, anlässlich dieser Versammlungen in finsterner Nacht zu demonstrieren und getreu der ausgegebenen Parole ging deswegen nach Schluß der Versammlungen alles ruhig auseinander.

### Für das

### Zentrum

hatte ja die Polizei ihre besonderen Vorbereitungen getroffen. Die Volksversammlung bei Draisel, Neue Friedrichstraße, die hier besucht war, schien von der Polizei besonders ins Auge gefaßt worden zu sein. In weitem Umkreise waren starke Polizeiposten aufgestellt; schon am Alexanderplatz waren die Posten verstärkt worden.

In den Musikerkäfen, Kaiser Wilhelmstraße, waren, wie überall in den anderen Versammlungslokalen, die Tische aus dem Saal entfernt. Aber es war, nachdem die Versammlung eröffnet wurde, kein winziges Stehplätzchen mehr zu haben. Kopf an Kopf saßen und standen die Männer und Frauen und zeigten in ihrem ganzen Verhalten den unerschütterlichen Willen, das Wahlrecht des Volkes trotz allen Widerstrebens der Reaktionsgewalten zu erobern. Keine Ruhe in Preußen, bis das Ziel erreicht ist, das war der Wille, der alle befehlte. Draußen auf der Straße wartete die Polizei, meist verdeckt. Beamte mit Fahrbären standen bereit, um in jedem Augenblick die Männer des „Schuhes“ in großen Scharen herbeizurufen, wenn der „Feind“, das heißt das preussische Volk vielleicht einmal wieder spazieren gehen wollte. Als die Versammlung aus war, schallte der Gesang der Arbeitermarkeillaise bis auf die Straße. Bald darauf war es aber wieder ruhig. Alles ging ruhig und ohne Zeichen von Demonstrationen seiner Wege und die Polizei konnte auch wieder abziehen.

### Im Westen

war eine große Volksversammlung bei Rühle in der Dennewitzstraße veranstaltet, zu der der Andrang schon frühzeitig sehr stark war; kaum ein Stehplatz war für späte Besucher noch haben.

### Südwesten und Süden.

Die drei Versammlungen, die im zweiten Kreis veranstaltet waren, erfreuten sich eines so starken Besuches, daß die Polizei es für nötig hielt, zwei Versammlungen abzusperren, nämlich Niemtschstraße, Hasenhalde, und Gohmanns Lokal in der Kreuzbergstraße. Bei Niemtsch war der Andrang außerordentlich groß. Draußen standen etwa ein Dutzend Schuppleute auf Posten und auch radfahrende Beamte hielten sich in Bereitschaft, um sofort Rapport zu erhalten, falls es zu einer Straßendemonstration kommen sollte. Große Massen Neugieriger und zurückgewiesener Besucher hatten sich angesammelt und verweilten gerade des großen Polizeiaufgebots wegen. Bei Gohmann, wo die Polizei auch viele Besucher zurückhielt, geritzten sich die Leute bald wieder. Hier mußte der Vorsitzende den Referenten unterbrechen und die Versammlung darauf aufmerksam machen, daß ein Kriminalbeamter am Fenster stehe und die Schilderung der Polizeischmach mit anhöre. Der Versammelten protestierten fürmlich gegen eine derartige Ueberwachung.

### Im Südosten und Osten

Berlin hatte der Massenprotest gegen die Wahlrechtsmaßwerk und die Polizeigewaltmaßregeln, die man letztlich wieder einmal dem Volke entgegenstellte, ungeheure Scharen von Männern und Frauen zusammengeführt. Alle Versammlungssäle waren gedrängt voll und überfüllt, soweit es möglich war.

In Gewerkschaftshause war der große Saal und die Galerie überfüllt. Genosse Geber sprach hier. Er nicht mündlich gekommen war, mußte umkehren. Am Engel-Ufer selbst war es ruhig, und die Polizei hielt sich in einiger Entfernung. Später wurde es freilich sehr lebhaft, als sich nach Schluß der Versammlung die Hülle der Besucher auf die Straße ergoß. Da ertönten Wahlrechtslieder und immer neue Schreie auf ein freies Wahlrecht. Die „Arminshollen“ in der Kommandantenstraße und der „Märkische Hof“, Admiralsstraße, zeigten dasselbe Bild.

Der große Saal von „Sanssouci“ mit seinen geräumigen Galerien erwies sich als viel zu klein. Er wurde auf polizeiliche

Anordnung abgesperrt, als noch lange nicht die Hälfte der Wahlrechtsforderer dieser Stadtgegend Einlaß gefunden hätte. Da wurde im kleineren Saal eine zweite Versammlung veranstaltet, aber um 1/8 Uhr war auch hier überfüllt, und wiederum wollte die Polizei keinen mehr hineinlassen. Da standen noch immer große Menschenmassen an der Kottbusser Straße und warteten, ob nicht doch noch Einlaß zu finden wäre. Sie hatten Erfolg damit, soweit der große Garten Raum bot, denn dort wurde nun eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten, nicht minder imposant wie die im Saale.

Vor dem Schleißchen Tor, wo Sonntag vor acht Tagen die Polizei ihre kriegerischen Angriffe und Weiltakte gegen friedlich demonstrierende Volksmassen ausübte, war diesmal von Polizei wenig zu sehen. Nun verlief denn auch alles in schönster Ruhe, obwohl der Saal der „Drachenburg“ lange nicht allen Raum bot, die zur Versammlung gekommen waren. Neugierige hatten sich diesmal auch nicht angesammelt; sie kommen ja meist nur, wenn die Helme blitzen und Attden geritten werden. Aber das mündige Volk, das sein Wahlrecht fordert und gegen Junkerübermut, Zentrumsverrat und Polizeibrutalität protestiert, war in Waffen auf dem Plan. Bei Lützin in der Remeler Straße, in den Markgrafensälen, am Markgrafendamm, dicht bei Stralau, gelegen, in den Brachtälen des Ostens überall fand man die Rassen, dicht gedrängt den Worten der Redner lauschend und ab und zu in Zwischenrufen ihre Entrüstung über die unentzögliche Rechtslosigkeit des preussischen Volkes kundgebend. So war es auch im „Elysiun“ in der Landsberger Allee, wo auch viel mehr Menschen gekommen waren, als der Saal fassen konnte.

Wer sich hinunter nach Freyers Festälen wandte mit dem Gedanken, dort noch ein Plätzchen zu finden, mußte sich getäuscht sehen. Zwar waren dort statt einer drei Versammlungen veranstaltet, aber die drei Säle des Hauses hatten so wenig ausgereicht, daß die Straße noch voll von Menschen war, soweit sie nicht nach Vorgang in der Andreassstraße oder nach Voelker in der Weberstraße gezogen waren. Allerdings nützte das nur wenigen, denn auch diese Säle waren gefüllt voll.

### Im Norden

war der Aufmarsch ein derart gewaltiger, daß das Straßenbild in der Nähe der Versammlungslokale einen völlig anderen Charakter annahm. Den Saal des Proters mußten die Genossen mit Rücksicht auf die Ueberfüllung selbst absperren. Zunächst stauten sich die Rassen vor dem Lokale. Dann wurde der Versuch gemacht, in dem Riesensaal der Brauerei Königsstadt am Schönhauser Tor noch Unterkommen zu finden. Aber inzwischen war auch dort Ueberfüllung eingetreten und nun entwickelte sich unabsichtlich ein Rassenparadise die Schönhauser Allee entlang von einem der Lokale zum anderen. Noch riesiger vielleicht war der Andrang zu den beiden dicht nebeneinander liegenden Lokalen in der Badstraße. Wilkes Saal in der Brunnenstraße, die Vorrussiasäle in der Ackerstraße, Schmidts Festäle in der Gartenstraße, alle Lokale waren überfüllt. In den Parussälen wurde bedauert, daß man nicht auch den unteren Saal für eine Versammlung mit in Anspruch nehmen konnte. Große Scharen füllten dort Garten und Straße. Besonders imposant, wie immer, gestaltete sich in Roabit außer in dem gefüllten Artushof die Versammlung in den Brachtälen der Wickestraße. Dort waren der obere und untere Saal Kopf an Kopf gedrängt voller Menschen. Und dennoch vermochten die Riesensäle die Zahl der Erschienenen nicht zu fassen. Die Menge quoll durch den Garten bis auf die Straße hinaus.

### Auch die

### Berliner Vororte

konnten imposante Versammlungen registrieren. Namentlich aber die großen Vorstädte im Osten und Südosten. Speziell in Rixdorf waren sämtliche Lokale schon vor 8 Uhr gefüllt bzw. polizeilich abgesperrt. In den frühen Abendstunden waren am Bahnhofs-Hermannstraße etwa 20 Gendarmen, teils beritten, teils zu Fuß und mit dem Karabiner ausgerüstet, eingetroffen, was unter den zahlreichen Passanten berechtigtes Aufsehen erregte.

Auch vor dem Lokal von Felsch in der Sinesebeststraße hatten sich eine Anzahl Schuppleute verteilt, wenn auch nicht in dem Maße, wie beim Wolffschen Etablissement, denn dort hatte wohl die hohe Obrigkeit mehr staatsverderbende Ereignisse erwartet. Sie wurde aber enttäuscht. Die Menge der Ausgesperrten hatte viel „ungeheure Heiterkeit zu ihres Lebens Regel“ erkoren, und die wartenden Schuppleute vertrieben sich die Langeweile damit, daß sie ab und zu ein paar lede Jungens in die Flucht scheuchten.

Beängstigend festgelegt waren die Versammlungsbesucher bei Goppe in der Hermannstraße. Und draußen wartete eine zahlreiche Menge, die keinen Einlaß mehr gefunden hatte, das Ende der Versammlung ab; dann verteilten sich die Scharen unter brausenden Hochrufen auf das Wahlrecht in die umliegenden Straßen. Wie wehlend die Cherubine vor dem Paradiese, so hielten vor dem „Marksgarten“ zwei Schuppleute Wache und wiesen jeden, der noch hineinkam, unerbittlich ab, obgleich im Lokale selbst noch Raum für mehrere Duzend Personen vorhanden war. Überall gingen die Teilnehmer nach Schluß der Versammlung schlauweg nach Hause. In den Versammlungen fiel die große Anzahl der Frauen auf. Die Schuppleute verhielt sich ruhig und reserviert. In allen vier Versammlungen wurde die Resolution einstimmig angenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Imposante Demonstrationen in Mannheim

fanden, wie uns telegraphisch gemeldet wird, gestern Abend noch in Spandau, Cottbus und Landsberg a. Warthe statt. In Spandau referierte vor etwa 2000 Personen Gen. Schulz. Nach der Versammlung brachten die Teilnehmer in den Straßen lebhaften Hochrufe auf das freie Wahlrecht aus. In Cottbus referierte vor 2000 Personen Genosse Herm. Sadse. Die Versammlung in Landsberg, wo Gen. Stoblenzer sprach, war von über 4000 Personen besucht. Die Polizei verhielt sich allenthalben reserviert.

### Durchstechereien in Mannheim.

Mannheim, 13. März. (B. G.) Durchstechereien, wie sie schon vor einer Reihe von Jahren die hiesigen Gerichte beschäftigten, veranlaßten neuerdings die Verhaftung des Rüststifters Bagmeißers Böhndler und von sechs Landwirten aus Nachbarorten. Die Durchstechereien bestanden darin, daß der Wagemischer den Landwirten Wiegelscheine zur Verfügung stellte, welche für abgewogenes Heu ein höheres Gewicht anzeigten, als tatsächlich gewogen worden war.

### Die Cholera auf Java.

Amsterd., 13. März. (B. L. B.) Wie das „Handelsblad“ aus Batavia meldet, breitet sich die Cholera auf Java immer weiter aus. Täglich kommen durchschnittlich vierzig Erkrankungen vor.

### Anhebung des Straßenbahnerstreiks in Philadelphia in Sicht.

New York, 13. März. (B. G.) In Philadelphia wird die Erledigung der Schwierigkeiten binnen zwei Tagen erwartet. Die Straßenbahngesellschaft müßte ein an Konferenzen teilzunehmen. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
Malen, 13. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 09 19,65. Wachen-
Stadt, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 88,—. Wachen-Land-
cupen, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 70,20. Arnstadt, Wahlkr.
Schwarz-Sonderhausen, 4. Quart. 09 124,12. Berlin-Groß-
o. Lonto seiner acht Wahlkreise 10 000,— (darunter Bezirk 151 2,20,
Bl. 10,—, Bezirk 25,—, Ueberbuch vom Kabel-Telegramm 11,50,
Aranz-Ueberbuch von Bezirk 681 0,20, Wahlrechtsfonds der Rechtlosen
durch Garn 3,—, Uebern See gefahren bei Garn 3,90, Bezirk 3,—,
Amerikan. Auktion Bezirk 584 durch Denzer 9,50, A. B. Richter 1,—,
Dr. R. R. 25,—, aus einer Prozedur A. R. 4,90, Referat
Rohlfänger 6,—, vom Sparverein Roggroschen Niddorf 3,—. Berlin,
diverse Beiträge: Sparverein „Vorwärts Süden“ durch Anrecht
10,—, Dr. L. A. 100,—, Madetes 5,—, Streitsache Wachaus
—,50. Gutesberg 39,40. Ueberbuch zur V.G.R. v. der Pa.
B. u. P., Logometerfabr., Mauertstraße 5,15. Die Kontobuch-
arbeiter vom Wedding 5,—, Vom J.-B. der Brauerei Arb., Zahl-
stelle Berlin, für 1000 60,—, Sparverein Gr. S. Adg. 4,85,
Ueberb. Telegramm an B. 2,30. Bericht Wendt u. Medlich
20,—, S. E. 50,—, A. B. 50,—, W. B. Dezember-Februar 6,—,
Wiesfeld-Wiedenbrück, Beitrag für 2. Quart. 09 491,70. Des-
gleichen, Beitrag für 2. Halbjahr 09 1054,60. Bonn, Wahlkreis-
beitrag für 4. Quart. 09 15,—, Baugen, sozialdemokr. Verein des
3. sächs. Wahlkr., 2. Halbjahr 09 324,20. Brandenburg-Westhavell.,
soz. Zentralwahlverein, 4. Quart. 09 313,60. Braunschweig, 1. Wahl-
kreis (Braunschweig-Stadtenb.), 4. Quart. 09 643,12. Desgleichen,
2. Wahlkreis (Helmstedt-Wolfenb.), 4. Quart. 09 70,57. Desgleichen,
3. Wahlkreis (Holzminden-Sandershausen), 4. Quart. 09 54,72.
Baden-Baden, 8. bad. Kreis, 4. Quart. 09 54,86. Brüssel, deutscher
Arbeiterverein, 2. Halbjahr 09 33,87. Wadnang 11. württemb. Wahlkr.,
4. Quart. 09 35,25. Bromberger Agitationsbezirk, Wahlkreise:
Sodenalza 2.—4. Quart. 09 2,78; Soden 4. Quart. 09 15,25;
Wirzig-Saubin desgl. 3,92; Meieritz desgl. 1,20; Rawitzsch-Kröben
desgl. 7,50; Samter-Obernigt desgl. 7,99; Chrowo 3. u. 4. Quart. 09
2,81; Bromberg 3. u. 4. Quart. 09 27,53; Kolmar-Gilehne
4. Quart. 09 16,62; Sa. 85,05. Brest, Agitationsbezirk Ober-
schlesien, 4. Quart. 09. Wahlkreise: Kattowig-Jabrze 64,03;
Beuthen-Tarnowitz 59,30; Ratibor 15,53; Gleiwitz 10,80;
Biesch-Hybnitz 8,—; Sa. 154,70. Brest, Heilshütte, Pav. S. III,
Ueberb. anlässlich d. V.-Braulation 19,65. Bern 50,—. Bodum-
Gerschtchen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 977,20. Cassel-
Weisungen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 447,78. Coburg,
Berliner und andere Monteurs —,20. Calw, 7. württemb.
Wahlkr., 4. Quart. 09 70,67. Cottbus, Wahlkreisbeitrag für
4. Quart. 09 400,—. Dresden, 4. sächs. Wahlkr., 2. Halbjahr 09
4000,—. Duisburg, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 583,62;
Detmold, Wahlkreis Lippe, 1. Halbjahr 09 100,52; desgl.
2. Halbjahr 09 127,16; Sa. 227,68. Dresden-Land, 6. sächs.
Wahlkr. a. Lonto seiner Beiträge für 1909/10 2000,—. Danzig,
Provinz Westpreußen, 4. Quart. 09. Wahlkreise: Elbing-Marien-
burg 45,43; Danzig-Band 10,50; Danzig-Stadt 176,70; Neustadt-
Carthaus 3,86; Stuhm-Marienberg 12,22; Rosenburg 1,24;
Graudenz-Strasburg 22,20; Thorn-Culm 4,82; König 7,46;
Schochau-Flawo 8,52; Deutsch-Krone 13,16; Sa. 395,11.
Erfurt-Schleusingen-Fregendorf, 4. Quart. 09 200,—. Eilenburg,
sozialdem. Verein des Wahlkr. Delitzsch-Bitterfeld, 8. u. 4. Quart. 09
802,00. Criten-Rolsheim, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 22,16.
Forst, Wahlkr. Sorau-Forst, 4. Quart. 09 322,08. Finsterwalde,
Wahlkr. Kalau-Ludau, 4. Quart. 09 156,30. Hallenberg (Oberh.),
3.—. Jlandsburg, 1. u. 2. sächs. Wahlkr., 3. Quart. 09
854,42. Feuerbach, 4. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 09 104,76.
Freiburg i. V., 5. bad. Wahlkr., v. 15. 10. 09 bis 15. 2. 10 77,16.
Göppingen, 10. württemb. Wahlkr., 4. Quart. 09 190,86. Gradow
i. N., 3. mecklenb. Wahlkr., 2. Halbjahr 09 70,—. Görtzger
Agitationsbezirk, Wahlkreise: Görtz-Lanban, 4. Quart. 09
874,42; Sagan-Sprottau, 4. Quart. 09 82,29; Grünberg-
Frehstadt, 4. Quart. 09 69,02; Löwenberg, 2. Halbjahr 09 33,70;
Sa. 560,32. Goslar, 13. hannov. Wahlkr., 2. Halbjahr 09 185,94.
Halberstadt-Oberleben, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 320,—.
Hamm-Soest, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 289,02. Johanni-
georgenstadt, 21. sächs. Reichstagswahlkr. 600,—. Köln a. Rh.,

Neg. B. 20.—. Kattowig, Beitrag der B. R. S. für 4. Quart. 09
143,57 (dav. v. Wahlkr. Kattowig-Jabrze 51,65; Beuthen-Tarnowitz
29,86). Lindenwald-Jauch-Belzig, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09
802,70. Lübeck, sozialdemokr. Verein, 4. Quart. 09 740,—.
Mannheim, 11. bad. Wahlkr., 4. Quart. 09 750,—. Mühlhausen
i. Thür., sozialdemokr. Kreisverein für 3. u. 4. Quart. 09 67,10.
München, Gau Südbayern, 4. Quart. 09. Wahlkreise: München I
und II 775,78; Nidach 53,34; Ingoistadt 13,05; Wasserburg 2,61;
Weilheim 23,04; Rosenheim 79,23; Traunstein 27,06; Landsht
9,75; Straubing 8,61; Passau 10,83; Pfarrkirchen 10,65;
Deggendorf 3,90; Augsburg 108,09; Donauwörth 5,49; Dillingen
1,32; Illertissen 21,03; Kaufbeuren 12,18; Immenstadt 47,16;
Summa 1237,02. Magdeburg, sozialdemokratischer Verein a. Lonto
der Beiträge für 1909/10 800,—. Minden-Lübbecke,
sozialdemokr. Verein, 2. Halbjahr 09 183,22. Meerane, 17. sächs.
Kreis, 4. Quart. 09 125,—. Neudorf i. S., v. sächs. Wahlkr.
Wahlkreis, 3. Quartal 09 68,20. Desgl. 4. Quartal 09 69,44.
Oldenburg, 1. oldenb. Wahlkreis 139,08. Oldesloot, Wahlkreis
Volmirstedt-Neuhaldensleben, 4. Quartal 09 221,—. Ottenen-Gins-
horn-Bimberg, 6. sächs. Wahlkr. a. Lonto seiner Beiträge 800,—.
Offenburg, 7. badischer Wahlkr., 1. u. 2. Quart. 09 97,70. Pflaumen-
Oelsnitz i. V., 23. sächs. Wahlkr., 4. Quartal 09 336,20. Pritzwalk,
Zentralwahlverein des Wahlkr. Döbrynitz, 4. Quartal 09 18,—.
Rappoltsweiler-Marktsch, 3. u. 4. Quart. 09 15,20. Reutlingen,
6. württemb. Wahlkr., 3. u. 4. Quart. 09 109,84. Ronsdorf, Wahlkr.
Lennepe-Remscheid-Rettmann, 4. Quart. 09 400,—. Salverin,
2. mecklenburg. Wahlkr., 2. Halbjahr 244,60. Schwiebus-Züllichau-
Kroffen, Wahlkreisbeitrag für 4. Quart. 09 46,94. Salzweil-Garde-
legen, Wahlkreisbeitr. f. 4. Quart. 09 70,—. Stuttgart, G. II 10,—.
Weimar, 1. weimarsch. Wahlkr., 4. Quart. 09 95,—.
Berlin, den 14. März 1910.
Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Reichstag.

68. Sitzung. Dienstag, den 15. März, nach-
mittags 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: v. Bethmann Hollweg, Dr. Del-
brück, v. Scheen, Kraetzle.
Zunächst wird über die Ostmarkenzusage im Postetat ab-
gestimmt.
Da die Abstimmung zweifelhaft ist, erfolgt Sammel-
sprung. Hierbei ergibt sich die Annahme mit 154 gegen
140 Stimmen. Mit Nein stimmten die Sozialdemokraten,
das Zentrum, die Polen und von der Fortschrittlichen
Volkspartei der Abg. Träger.
Es folgt die

Fortsetzung der Beratung des Etats für den
Reichskanzler und die Reichskanzlei.

Abg. Prinz zu Schönich-Carolath (natl.) empfiehlt eine Reso-
lution, nach welcher zur Unterstützung der Bestrebungen für die
internationale Schiedsgerichtsbewegung eine Beihilfe in den nächst-
jährigen Etat eingestellt werden soll.
Abg. Cieshoff (fortschr. Vp.) schließt sich dem an.
Staatssekretär v. Scheen: Der Reichskanzler teilt die Sym-
pathien seines Vorgängers für die internationale Schiedsgerichts-
bewegung und wird die Anregung, sie durch eine Beihilfe zu un-
terstützen, in gebührender Erwägung ziehen. Allerdings wird der
Staatssekretär ein gewichtiges Wort dabei mitsprechen haben
(Seitertleit).

Reichskanzler-Verantwortlichkeit.

Abg. Lebedour (Soz.):
Der Resolution Schönich-Carolath stimmen wir entsprechend
unserer bisherigen Haltung zu. Wir wünschen, daß Zwistigkeiten
zwischen Nationen möglichst alle durch Schiedsgerichte erledigt
werden. Die Erklärung des Ministers des Auswärtigen zeigte
leider nicht ein so großes Interesse für die Sache, wie es die An-
tragsteller haben. Er sagte, die Regierung würde der Sache näher
treten, aber dabei würde der Herr Reichshaussekretär noch ein

gewichtiges Wort mitsprechen haben. Wenn man bedenkt, daß es
sich dabei um ein Objekt von — 4000 M. handelt, so ist doch ein
solches Argument im Munde des Ministers eines Staates, der ein
Budget von 2 Milliarden hat, höchst merkwürdig. (Sehr wahr! bei
den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß der Herr Reichshaussekretär
diese große Sache nicht nach kleinlichen Gesichtspunkten behandeln
wird. Die Schiedsgerichtsdokumente sollten auch nicht im Reichs-
Gesetzblatt, das doch unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheint,
sondern als Weisbuch den Abgeordneten zugänglich gemacht
werden. Im übrigen möchte ich betonen, daß viel wichtiger als
diese Schiedsgerichte eine

Aufschwächung der Rüstungen im eigenen Lande

wäre. Wenn alle Friedensfreunde darauf hinwirken würden, so
würde das weit mehr zur Sicherung des Friedens beitragen. (Sehr
wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Ich komme nun zu unserer Resolution, wonach der Reichs-
kanzler für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich sein
und diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen
und Unterlassungen des Kaisers erstrecken soll, unter Einsetzung
eines Staatsgerichtshofes, der die Verantwortlichkeit regelt. Die
auf Grund der Kaiserdebatten im November 1908 eingebrachten
Verfassungsanträge sind ja leider in der Kommission vollständig
unter den Tisch gefallen. Wir halten es daher für notwendig, den
Reichstag auch bei dieser Gelegenheit wieder vorwärts zu
drängen und die Öffentlichkeit auf die große Wichtigkeit einer der-
artigen staatsrechtlichen Weiterentwicklung aufmerksam zu machen.
Ich will nicht auf alle Einzelheiten eines solchen Gesetzesentwurfs
hier eingehen, sondern nur betonen, daß diese Verantwortlich-
keit des Reichskanzlers dadurch erst ihre volle Wirkungskraft
erhalten würde, wenn die von uns beantragte Bestimmung an-
genommen wird, daß der Reichskanzler entlassen wird,
wenn der Reichstag es verlangt. Das ist der Kernpunkt der Sache;
diese Waffe muß dem Reichstag in die Hand gegeben werden, wenn
endlich an Stelle des bürokratischen Regierungssystems einem
demokratischen Parlamentarismus in Deutschland die Wege
geebnet werden sollen. Natürlich müßten auch im übrigen unsere
öffentlichen Einrichtungen im weitesten Umfange demokratisiert
werden. Gerade die bekannten Novemberdebatten haben gezeigt, in
welch hohem Maße eine solche Regelung im Interesse des deutschen
Volkes liegt. Das Volk hat ein Interesse daran, daß nicht eine
einziges Persönlichkeit, der Monarch, die ausübenden Befugnisse
nach seinem Ermessen leitet und die Entscheidung über Krieg und
Frieden trifft. Damals hat mit der größten Einmütigkeit das
Volk kundgetan, daß diese selbstherrlichen Entscheidungen des
Monarchen aus der Hand genommen werden müßten. Jene Ver-
handlungen haben außerdem mit der Fiktion, als ob die Regie-
rung eines großen Kulturvolkes wirklich selbstherrlich sein könne.
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Wir haben

ein bürokratisches Regierungssystem mit parlamentarischem
Anspruch.

Dadurch unterscheiden sich die deutschen Zustände sehr wesent-
lich von denen anderer fortschrittlicher Kulturstaaten, in denen
der demokratische Parlamentarismus bereits das öffentliche Leben
beherrscht. Zu ihn drängen auch bei uns alle Erscheinungen im
öffentlichen Leben hin. Nicht nur im Reiche, sondern auch in den
Einzelstaaten muß die Entscheidung über alle wichtigen Fragen
im Parlament fallen. Der Reichskanzler hat behauptet, eine
Parteiregierung in Deutschland gebe es nicht! In der Tat
haben wir ebenjotzt eine Parteiregierung wie in parlamentarisch
regierten Staaten. Der Unterschied ist nur der, daß unsere
Parteiregierung auf der selbstherrlichen Organisation der
Bureaucratie beruht, die die wirtschaftlichen Interessen
einer kleinen Minderheit von Großgrundbesitzern und allenfalls
noch Großkapitalisten der Industrie vertritt. Gerade weil die
bürokratische Regierung, die Parteiregierung, eine Minder-
heit ist, deshalb ist sie viel parteilicher als eine parlamentarische
Parteiregierung je gewesen ist oder überhaupt sein kann.
Bei uns werden nicht nur die Sozialdemokraten unterdrückt,
gewöhnlich richtet sich die Unterdrückungspolitik auch gegen die
Polen und stellenweise sogar andere Parteien. Als die Freisinn-
igen noch zum Regierungsblok gehörten, wurde der zu ihnen
gehörige

Kleines feuilleton.

Die Florabüste ist von Lucas! Herr Wode und die Seinen
haben es einzuräumen gewußt, daß in der „amülichen“ Unterfuchung
nur Fackente zu Worte kamen, die bewiesen, daß die Flora nicht
von Lucas sei. Es haben sich aber trotz des von der Wodepartei
ausgehenden Terrord unabhängige Fackente gefunden, die den Mut
haben, Resultate zu veröffentlichen, die für Lucas zeugen. In den
nächsten Tagen erscheint bei Otto Wigand in Leipzig eine Broschüre
von dem Bildbauer Martin Schaub, in der nachgewiesen wird,
daß die gegossene Büste aus technischen und sonstigen Gründen ein Werk
des Lucas ist. Herr Schaub war bei der Deffnung der sensationellen
Florabüste als Sachverständiger zugegen und hat als Praktiker
alle die Autorität, aber die keiner der gelehrten Wode-Gezetzungen
verfügt.

Die Analyse des Wode-Wachses, die der Chemiker des Kaiser-
Friedrich-Museums veröffentlichte, war nach seinen Angaben ergebnis-
los. Nun war bereits aus der Analyse von Lucas Sohn bekannt,
daß Lucas Kerzenwachs verwendete und der Oxforder Bell hatte
darauf hingewiesen, daß zu Lucas' Zeiten dem Wachs unter anderem
Salzart beigemischt wurde. Der Chemiker des Herrn Wode konnte
das freilich nicht feststellen. Dafür hat aber ein anderer Chemiker
den Nachweis geführt, daß die Florabüste Walrat enthält. Wenn
Herr Wode nun nicht nachweist, daß Leonardo, der ja vielseitig und
genial genug war, bereits auf die Walratjagd ging und daß sonst
erst seit 1750 gedruckte Walrat (eine ölige Substanz aus dem
Schädel usw. des Potwals) bereits kannte, so ist's mit all seinen
und seiner Autoritäten Hypothesen für immer aus.

Der Ursprung der Stenographie. In einem interessanten
Werke, das unter dem Titel „Geschichte der Stenographie im
Altertum und im Mittelalter“ in Paris erschienen ist,
geben Louis Prosper und Eugène Guénin das Resultat jahre-
langer Forschungen, die feststellende neue Aufschlüsse über die Ent-
stehung der Kurfchrift bringen. Schon Cicero benutzte die Kurf-
schrift und nicht nur zur Wiedergabe seiner Reden, sondern auch
für seine Korrespondenz. In seinem Freunde Tiro, der den
kronischen Notizen ihren Namen gegeben hat, stand ihm ein Steno-
graph zur Seite, der ihn fast nie verließ und dessen System der
Kurfchrift bis weit in das Mittelalter hinein Nachahmung ge-
funden hat. In seinen Notizen hat Tiro ein System der Steno-
graphie entwickelt, das sich nicht nur auf die abgekürzte Wiedergabe
von Silben oder Worten beschränkte, sondern mit der Zeit auch
ein System entwickelte, nach dem ganze Sätze durch kurze Schrift-
bilder dargestellt wurden. Schon vor ihm hatte Ennius gegen 1100
Bilder für die Wiedergabe von Silben und Worten erfunden und
nach Tiro hat Seneca den Zeichenreichtum der alten Stenographie
auf nahezu 5000 Zeichen und Siegel gebracht. Aus dieser Kurf-
schrift hat sich die Stenographie entwickelt, die im Mittelalter ge-
braucht wurde, und aus ihr entstand auch die abkürzende Schreib-
weise, deren sich Papst Sixtus II. als Geheimfchrift bediente. Seine
Kunst hat ihm sogar das Kennwort der Jäuberei eingetragen. Die
Römern hatten auf Grund der kronischen Notizen bereits eine
Kurfchrift entwickelt, die benutzt wurde, die Reden aufzu-

zeichnen, die auf dem Forum gehalten wurden. Isidorus von Se-
villa, der in seinem großen Sammelwerke das Erbe der kassischen
Vorzeit gerettet hat, erzählt: „Die Scribes librarii (die noch öfter
notarii genannt wurden, weil sie sich der kronischen Notizen bedien-
ten) führten in größerer Zahl gemeinsam, indem sie sich die
einzelnen Partien der Reden einteilten auf die Art, daß ein jeder
ein besonderes Stück der Rede genau nachschrieb.“ Man sieht
hieraus, daß das alte Rom seine Parlamentsnotizen hatte
wie auch die Gegenwart. Später haben die Konzilien, deren Reden
genau aufgezeichnet werden mußten, für die Erhaltung der steno-
graphischen Kunst gesorgt. Die Akten der großen Disputation von
Naribago zwischen Augustin und den Donatistenbüchsen enthalten
eine interessante Bemerkung, die für die Wichtigkeit zeugt, die man
den Stenographen beimah. Die Donatisten sahen ihre Niederlage
kommen und begannen Obstruktion zu treiben. Die Stenographen
ermüden schließlich und endlich meldet der „Exceptor“ Hilarez:
„Wir haben unsere Tafeln vollgeschrieben, nun müssen uns andere
Exceptoren ablösen. Euer Gnaden möge Erlass anbefehlen und
uns eine Waage zum Schutze geben.“ Noch unter Karl dem Großen
wurde die Kurfchrift ernst gepflegt; später jedoch, mit dem Vor-
dringen der französischen Sprache, für die die lateinischen Schrift-
zeichen ungeeignet waren, ging die Kunst mit der Zeit verloren.
Aber was bisher noch im Dunkel lag, das war die Frage: Sind
es die Römer gewesen, die die erste Kurfchrift geschaffen haben?
Guénin hat in seinem Werke seine Studien bis in das vorrömische
Zeitalter vorgetragen und ist dabei zu einer außerordentlich be-
deutsamen Entdeckung gekommen. Nach ihm ist die Kurfchrift
nicht römischen Ursprungs; die römische Stenographie zeigt eine
verblüffende Verwandtschaft mit der demotischen Schrift, mit
der populären Kurfchrift, die in dem Ägypten der 20. Dyn-
astie die alten Hieroglyphen ersetzte. Beide Schriften haben das-
selbe Prinzip: ein beschränktes Alphabet verbunden mit einer
Sillenschrift, die mit Ideogrammen (Wortzeichen) ergänzt wird.
Selbst die Form zeigt eine merkwürdige Uebereinstimmung. Wenn
man die demotischen Wortzeichen nach griechisch-römischer Weise
von links nach rechts schreibt, anstatt nach ägyptischer von rechts
nach links, so wird man einer überraschenden Uebereinstimmung
mit der römischen Kurfchrift inne. Allem Anschein nach ist die
Stenographie von der alexandrinischen Schule ausgegangen und
war ursprünglich nichts anderes als eine Uebersetzung der demo-
tischen Schrift ins Griechische, die von den griechischen Studenten
geübt wurde, die in Alexandria studierten. Auf dem Umweg über
Griechenland ist dann diese ägyptische Schrift nach Rom gekommen
und zur Stenographie geworden.

Humor und Satire.

Parlament.
Herr Kirch inmitten der Sitzungsfefte
Trank einen Schuß Wasser bei der Rede.
Da rief die Rechte voll „Heiterkeit“:
„Seht, wie der Kirch nach Wasser schreit.“
So viel Geist aus des Hauses Mitte
Ist eine wahrhaft glückliche Stille.
Man kann den sprühend frohen Seelen
folgende Fälle künftig empfehlen.“

Wenn Heim um den Weisfall der Freunde wird,
So rufst man kräftig: „Das Feindchen jipst.“
Hört man Herrn Träger, den friedlichen Weisen,
Schreit man: „Der Träger ist nicht von Eisen.“
Wald ruft einer, dem Herr Sped mißfällt:
„Sped rebet — was die Schwärze hält.“
Es rebet Herr Kirch, der Schwarm der Ritter
Schreit in den Saal: „Der Kirch — ist bitter!“
Und wenn Herr Keller Kampfworte jagelt,
Ruft man: „Der Keller ist vernagelt.“
Und wenn Herr Dietrich lange spricht,
Fragen sie: „Warum... liegt er nicht?“...
So rettet man sich zu jeder Zeit
Die wahrhaft sonnige Heiterkeit.
Wensch, ist man bei der Sitzung froh,
So hustet man auf das Niveau.
(Gottlieb im „Tag“.)

Notizen.

— Kunstchronik. Im Oktober und November dieses Jahres
wird in der Segeffion eine Ausstellung schwedischer Ge-
mälde stattfinden, in der Born, A. Kröger, Liljefors und Josephson
vertreten sein werden.
— Ein „Institut für internationalen Austausch
fortschrittlicher Erfahrungen“ wurde in Paris begründet.
Der Zweck des Vereins, der in den wichtigsten Städten Europas
Sofalkomitees besitzt, geht dahin, die sozialen und kulturellen Er-
fahrungen aller Kulturvölker zu sammeln, die so gewonnenen An-
regungen zu vertiefen und zu planmäßiger Reformarbeit zu ver-
werten.
Als Organ dienen in Deutschland „Die Dokumente des Fort-
schritts“. Die wesentliche Tätigkeitslinie des Instituts liegt in der
Veranstaltung regelmäßiger Vortragskurse in allen Großstädten
Europas, und zwar sollen ausländische Vortragende be-
rufen werden, die über Erfahrungen ihrer Heimat be-
richten. Die Vorträge sollen zu einer „Internationalen
Universitäts“ und des Instituts selbst zu einer „Inter-
nationalen Akademie“ angestaltet werden. Nur Personen,
die sich um die Förderung sozialer und kultureller Reformen ver-
dient gemacht haben, können ordentliche Mitglieder werden, während
es jedermann frei steht, durch Bezahlung eines Mitgliedsbeitrages
von 10 M. die Eigenschaft eines unterstützenden Mitgliedes und da-
mit das Recht zum Besuze der Zeitschrift usw. zu erwerben. Das
Generalsekretariat des Instituts, 50, Rue Claude-Vernard, Paris, er-
teilt auf Anfrage jede gewünschte weitere Auskunft.
— Ein neues Werk Kaufens. Geijss Kaufens, der
herborragende Polarforscher, hat ein historisch-geographisches Buch
vollendet, in dem er alle Forschungsreisen in der nördlichen Zone
von der frühesten Zeit an behandelt. Das Buch wird durch zahl-
reiche authentische Abbildungen illustriert sein. Man darf um so
gestimmter darauf sein, als Kaufens einer der wenigen wirklich
wissenschaftlich durchgebildeten Nordpolfahrer und Forscher ist.

**Bürgermeister von Sufum**

gemahregelt, weil er das bürokratische Regierungssystem schärf, aber treffend charakterisiert. In jedem parlamentarischen Lande wäre das unmöglich gewesen. Ebenso sind

**die Rottwiler Maßregelungen**

ein Beweis unserer schroffen Parteiregierung. Der schwerste Fehler der Freisinnigen und des Zentrums ist es, diese Parteiregierung nicht Seite an Seite mit uns zu bekämpfen.

Der schlagendste Beweis dafür, daß wir eine Parteiregierung in Preußen-Deutschland haben, ist die Tatsache, daß Fürst Bismarck sein Amt niederlegte, weil er in Differenzen mit den Konservativen geraten war. Er erklärte, eine Auflösung des Reichstages könne er nicht herbeiführen, weil sie gegen die Konservativen gerichtet wäre, und gegen die konservative Partei könne man in Deutschland nicht regieren! Darin liegt das offene Eingeständnis, daß die Wünsche und die politische Haltung der konservativen Partei die Richtschnur für die Regierung abgeben, trotzdem die konservative Partei in diesem Hause immer nur eine Minderheit gebildet hat und bildet. Um eine Mehrheit zu bekommen, muß die konservative Partei bald mit der einen, bald mit der anderen bürgerlichen Partei anbandeln versuchen. Ein dauerndes Interesse an der Aufrechterhaltung unseres bürokratischen Regierungssystems haben also nur die Konservativen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Bürokratie als solche hat keine politische Überzeugung. Als besondere Klasse wird sie nur durch den Korpsgeist zusammengehalten, der allerdings mit allen Mitteln gepflegt und gefördert wird. Durch dieses Regierungssystem ist unser Volk, wenigstens die bürgerliche Klasse, in einem Zustand politischer Anarchie gehalten, einem Zustand, der das Bürgertum Deutschlands weit unter das Frankreich, England und Amerika stellt. Im Ausland, z. B. in Amerika, spielen die Deutschen wirtschaftlich eine große Rolle, politisch gar nicht. Professor Sombart hat sogar die Beschäftigung mit der Politik für unwürdig eines zivilisierten Menschen erklärt. Das ist nur in einem Lande möglich, wo infolge der Ohnmacht des Parlaments Interesse an der Politik nicht vorhanden ist. Nur die revolutionären Elemente des Bürgertums haben jemals im Ausland eine politische Rolle gespielt, wie der Herr Revolutionär Karl Schurz in Amerika.

Auf die Bürokratie selbst wirkt das bürokratische System mit seiner Unterdrückung des Rechts auf eigene Überzeugung eine geradezu den Charakter vernichtende Wirkung aus. Franz Siegler, der die Bürokratie kannte — er gehörte ihr ja selbst an — sagte: „Es gibt nichts Raffinerteres, als die Art und Weise, wie in einer geradezu bewundernswürdigen Dressur der preussische Staat seinen Beamten alle geistigen und moralischen Rippen bricht.“ Das ist auch heute noch so. In die höheren Stellen kann bei uns nur aufsteigen, wer sich fügsam den Anschauungen der Vorgesetzten anzuweisen versteht und so allmählich auf die Ministerjessell hinaufkriecht. Das sind aber nicht charaktervolle Männer, die fähig wären, das Volk zu führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja auch Männer von selbständigem Charakter in den höchsten Stellen gehabt. Das waren aber Leute, die nicht die Karriere freibauer Bürokraten durchgemacht hatten, Leute wie Bismarck und Stein, die selbst eine ausgeprägte Richtung für diese Bürokratie hatten.

In parlamentarisch regierten Ländern werden die Geschäfte des Landes von den beruflichen Vertretern des Meinungslampfes geführt. Bei uns suchen die Geschäftsführer im Reich und Staat den Reichstag und die Landtage nach diplomatischer Methode zu behandeln. Handelt es sich um Erledigung von Anträgen aus der Mitte des Hauses, so tritt die Regierung dem Reichstag als fremde Macht gegenüber, gibt oft keine Auskunft oder läßt sehr lange auf die Auskunft warten. Daß diese Methode fortgesetzt werden kann, ist zweifellos auch die Schuld der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages.

Die Regierung sich den Konservativen fügt, dafür hatten wir ein interessantes Beispiel bei der letzten Steuerreform. Da vertrat die Regierung sich in sich selbst und wollte abwarten, was aus dem Hause herauskommt. Ganz ähnlich hat es Herr von Bethmann Hollweg in Preußen gemacht. Auch da wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Regierung sich zunächst identisch erklärte. Dann wurde der Gesetzentwurf umgearbeitet, und der Reichstagspräsident erklärte als preussischer Ministerpräsident, wie die Regierung sich dazu verhalten wird, sagt sie nicht, sie vinkuliert sich nicht.“ (Lachen b. d. Soz.) Der Reichstagspräsident ist für die konservativen Partei gegenüber in dem Verhältnis der „gottgewollten Abhängigkeit“. Fürst Bismarck war im vorigen Jahre so unvorsichtig, neben dieser gottgewollten Abhängigkeit noch eine andere freiwillig auf sich zu nehmen. Er vinkulierte sich auch noch gegenüber den Liberalen und Nationalliberalen, und einer seiner Kollegen, der seine ganze Politik mitgemacht hatte, sagte sich, als Fürst Bismarck zwischen beiden Stühlen zu Boden fiel, trotzdem ruhig auf den Stuhl des Reichstagspräsidenten. Diese Erfahrung, die Fürst Bismarck mit der freiwilligen Vinkulierung an eine andere Partei als die Konservativen machte, und mit seinem Kollegen, hat dem gegenwärtigen Reichstagspräsidenten zur Lehre gedient. Er vinkuliert sich nicht, das Vinkulieren ist ja überhaupt eine gefährliche Sache! (Heiterkeit.)

Die Herren wagen gar nicht mehr, auch nur noch den Schein einer Überzeugung zu vertreten. In jeder Beziehung sind sie Handlanger einer konservativen Parteiregierung im Interesse der Junker,

und da ist es geradezu verständlich, wie einer dieser Handlanger noch behaupten kann, wir haben keine Parteiregierung. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Gegenüber dieser Bürokratie wäre es eine Pflicht der Selbsthaltung für das Bürgertum, mit den Sozialdemokraten gemeinsam dieses System zu beseitigen und ein wirklich parlamentarisches an seine Stelle zu setzen. Leider haben wir von den bürgerlichen Parteien noch nichts vernommen, was uns zu der Annahme berechtigt, auch nur eine Partei werde uns im Kampf um demokratischen Parlamentarismus unterstützen. (Widerspruch b. d. Fortschr. Pp.) Auch Sie haben noch jetzt wieder Wünsche der Sehnsucht nach der Modorra zurückgeworfen! (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dabei war der einzige Unterschied jener Zeit gegen heute, daß damals Sie den Konservativen die Steine aus dem Wege räumten, heute das Zentrum. (Sehr richtig! b. d. Soz. Zurufe b. d. Fortschr. Pp.) Fürst Bismarck wünschte die Grabeschrift: „Hier ruht ein agrarischer Kanzler“. Wenn Sie versuchen, ihn jetzt als liberalisierenden Kanzler auszuspielen und auf das Modorro zu setzen, so werden Sie der Rechte und dem Zentrum keinen Schaden eintragen. Das können Sie nur, wenn Sie für das demokratische Regierungssystem eintreten und Seite an Seite mit uns dafür kämpfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die einzige Möglichkeit, ein demokratisches Regierungssystem zu erzwingen, ist, mit uns eine Mehrheit zu bilden und unter Ausräumung des Subgetreides die bürokratische Regierung auf die Anle zu zwingen. Diese Zeit ist

**eine Schicksalsstunde für das deutsche Volk!**

Wir Sozialdemokraten werden alles aufbieten im Kampf gegen das bürokratische Regierungssystem und gegen die Junker. Natürlich würden wir eher siegen, wenn wir mit den bürgerlichen Parteien eine Mehrheit auf unserer Seite hätten. So gering unser Appell an Sie bisher auch gewesen ist, so werden wir ihn doch wiederholen. Die Parteien, die gegenüber diesem Appell an das deutsche Volk der sagen (Zurufe im Zentrum) — lange werden Sie (zum Zentrum) nicht mehr eine Mehrheit mit der Rechte bilden; wenn jetzt Neuwahlen kämen, würden Sie sehen, daß die Zentrumswähler erkannt haben, was Sie taten, als Sie sich dazu hergaben, den Junkern den Steigbügel zu halten und Ihre eigenen Grundsätze zu verleugnen, wie jetzt im preussischen Landtag, wo Sie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht preisgegeben haben für eine Mitsprache im Interesse der Junker, nicht in dem der Arbeiter und Kleinbürger, die heute noch aus aller Gemessenheit Ihnen folgen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Indem Sie diese verderbliche antidemokratische Wahlrechtspolitik

Einflagen, fügen Sie den Akt ab, auf dem Sie sitzen, und ich hoffe, daß die Arbeiter endlich zu der Einsicht kommen werden, daß ihre demokratischen Bestrebungen bei Ihrer Partei keine Förderung finden. Hätten wir jetzt Wahlen, so würde sich das deutlich zeigen. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz., Widerspruch im Zentrum.) Das- selbe wird auch für die Nationalliberalen zutreffen, wenn sie bei ihrer Haltung bleiben, ihrem Hin- und Herblicken, bei dem man von heute auf morgen nicht weiß, welche Stellung sie in der wichtigsten Lebensfrage der Nation einnehmen. (Sehr richtig! b. d. Sozialdemokraten.)

In absehbarer Zeit werden hoffentlich die Parteien, die hier die Mehrheit haben, mit uns für die Erziehung des demokratischen Parlamentarismus eintreten. Wie wir in bezug auf die Durchführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts in allen Einzelstaaten kein Schwanken und kein Zögern kennen, so müssen wir auch die Umgestaltung der einzelstaatlichen Verwaltungen in dem Sinne überall anstreben, daß an Stelle des bürokratischen Verwaltungssystems das

**Selbstverwaltungssystem in Staat, Provinzen und Gemeinden**

gesetzt wird. Unser stetiges Vorwärtsdrängen in dieser Richtung muß dahin führen, daß an Stelle des gegenwärtigen Kanzlers ein Mann treten muß, der aus dem Reichstage selber hervor- geht, daß die Regierung gewissermaßen der Verwaltungsbauhof des Reichstages wird. Wie handeln nach den Worten Goethes:

„Allen Gewalten  
Zum Trost sich erhalten,  
Nimmer sich beugen,  
Furchtlos sich zeigen,  
Rufet die Arme der Götter herbei.“

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.): Die Resolutionen über die Einbringung des Reichstages sind eine große Errungenschaft der geistigen Erklärung des Reichstages ab. Die Schiedsgerichtskommission akzeptieren meine Freunde; mir persönlich scheint sie sehr unwichtig zu sein. Die Resolution über die Nachwahlfrist ist diskutabel; die Resolution betr. die Verantwortlichkeit des Reichstagspräsidenten lehnen wir ab.

Abg. Fring Schönau-Carolath (natl.): Kollege Ledebour hat den Staatssekretär des Auswärtigen falsch verstanden. Der Hinweis auf den Reichstagspräsidenten geschah offenbar lediglich aus kollegialen und konstitutionellen Gründen.

Damit schließt die Diskussion.  
In der Abstimmung wird die Resolution Abrecht (Soz.) betr. die Verantwortlichkeit des Reichstagspräsidenten angenommen. In der abschließenden Frage wird die Resolution der Fortschr. Pp. zur Abstimmung zum Bundesstaat zu machen, angenommen.

Die Resolution Abrecht wird abgelehnt.  
Die Resolution Schönau-Carolath (natl.) über die Schiedsgerichte wird angenommen.

Es folgt die Debatte über die Resolution Abrecht, wonach das Wahlgeschäft dahin abgeändert werden soll, daß Neuwahlen innerhalb der Session stets innerhalb 60 Tagen erfolgen müssen.

**Abg. Kunert (Soz.):**

Außerordentlich unregelmäßig sind die Zeiträume, innerhalb deren die Reichswahlen vorgenommen werden. Diese Ungleichmäßigkeit ist besonders von den Wählern des Wahlkreises Halle als großer Mangel empfunden worden. Früher haben wir schon verschiedentlich solche Hinausschiebungen des Wahltermins erlebt, z. B. bei der Reichswahl in Torgau-Liebwerda. Was den Wahlkreis Halle betrifft, so wurden während der Erledigung des Mandats von Halle nicht weniger als vier Reichstagsneuwahlen vorgenommen, und die vier Mandate, um die es sich dabei handelte, waren später erledigt, als das Mandat von Halle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich waren es parteipolitische Rücksichten, die diese Hinausschiebung verursachten. Man wollte Zeit gewinnen, um wenigstens in Halle den auseinandergeratenen Wählerblock wieder zusammenzubringen; der Schwacher politischen Liberalen und Konservativen, die Kandidatenjude, die Einregierung der Studenten für die Wahlagitator; alles das löst Zeit. Wurde doch der Wahltag zu einem vorlesungsfreien Tage erklärt, damit die Studenten, der ausdrücklichen Aufforderung des Rektors gemäß, für die „Hausarbeiten“ Parteien-Schleppendienste leisten könnten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man sage nun nicht, daß es sich hier um Maßregeln außerordentlicher Behörden handelte. Die Lokalbehörden hätten diese Hinausschiebung des Wahltermins nicht eintreten lassen, wenn sie nicht der wohlwollenden Willkür ihrer vorgesetzten Behörden sicher gewesen wären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kennt ja alle diese Wahlpraktiken schon von Putzmanns Zeiten her.

Da Wahlgeschäft und Wahlreglement nicht ausreichen, so beantragen wir in unserer Resolution die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch das Wahlgeschäft dahin ergänzt wird, daß spätestens 60 Tage nach Erledigung des Mandats die Neuwahl stattfinden hat. Daß diesem unseren Verlangen keine technischen Schwierigkeiten entgegenstehen, dürfte wohl kaum bestritten werden. Wenn es sich um reaktionäre Parteieninteressen, etwa um rasche Besetzung erledigter Mandate handelt, ist man überraschend schnell mit der Umbenennung von Neuwahlen bei der Hand. (Sehr wahr! links.)

Der Reichstagspräsident hat hier vor ein paar Wochen erklärt, daß er am Reichstagswahlrecht nicht lassen lassen will. Es gehört auch zum Reichstagswahlrecht, daß Wahlkreise nicht monatelang ohne Vertretung bleiben. Wir hoffen also, daß der Reichstagspräsident für Annahme unserer Resolution, wenn sie die Willkür der Reichstagsmehrheit findet, beim Bundesrat eintreten wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück erklärt, es sei wohl im ersten Jahre nach den allgemeinen Wahlen, solange die alten Wählerlisten noch gelten, stets möglich, innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen die Neuwahl anzuordnen; ob das aber in späteren Jahren in allen Fällen möglich sei, müsse bezweifelt werden. Es müsse jedoch anerkannt werden, daß Neuwahlen so schnell als möglich vorgenommen werden sollen; eine Maximalfrist von etwa 90 Tagen dürfte das angemessenste sein. Der Reichstagspräsident sei bereit, in diesem Sinne in Verwaltungsverfahren vorzugehen und entsprechende Bestimmungen an die nachgeordneten Behörden zu erlassen. (Bravo!)

**Abg. Bebel (Soz.):**

Ich bin der Ansicht, daß es unter allen Umständen möglich sein muß, eine Neuwahl innerhalb 60 Tagen vorzunehmen, genau wie es nach der Auflösung des Reichstages möglich ist. Die Benachrichtigung der Behörden kann doch allerhöchstens 3 Tage in Anspruch nehmen. Wir sind auch bereit, wenn jemand ein dahingehendes Amendement stellt, eine Frist von 90 Tagen zu gewähren. Der Abgeordnete von Halle war am 7. Juli vorigen Jahres gestorben. Am 20. November wurde erst die Reichswahl vorgenommen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), einem Tage vor dem Zusammen- treten des Reichstages. Wenn der Reichstag — wie gewöhnlich — früher zusammentreten würde, so wäre die Reichswahl eine Reihe von Tagen unbetreten geblieben. Einen solchen unerhörten Zustand kann sich der Reichstag nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie sind ja auch keinen Augenblick sicher, daß der Reichstag nicht zu einer außerordentlichen Session zusammenberufen wird, wie 1883 infolge des spanischen Handels- vertrages. Solche Fälle können sich jedes Jahr ereignen. Der Reichstag muß dafür sorgen, daß die Herren von der Regierung die Sache nicht auf die leichte Achsel nehmen. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich habe grundsätzlich anerkannt, daß Gesetzentwürfe so schnell bewirkt werden müssen, als es nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Herr Bebel irrt, wenn er annimmt, daß innerhalb 60 Tagen das Ziel unter allen Umständen

zu erreichen ist. Auch wenn alles Kaputt, sind manchmal 65 bis 70 Tage mindestens erforderlich, um die Vorbereitungen zur Wahl zu beenden. 90 Tage wären eine angemessene Befristung, die unter allen Umständen innegehalten werden können, und wenn ich erlaubt habe, daß der Herr Reichstagspräsident bereit ist, die Bundesregierungen darauf hinzuwirken, daß die Bestimmungen des Reglements in Zukunft vorschriftsmäßig gehandhabt werden sollen, so wird Herr Bebel nicht behaupten können, daß die Regierung die Beschwerden auf die leichte Achsel genommen hat.

Abg. Dr. Kunert (Soz.): Die Erklärungen des Staatssekretärs sind durchaus befriedigend. Ein Mittel, um eine ganz erhebliche Beschleunigung der Erziehung herbeizuführen, wäre, daß wir die Listen, die den Wahlen zugrunde liegen, nicht nur auf ein Jahr auf fertigen lassen, sondern nach dem Beispiel der praktischen Engländer ständige Wahllisten einführen, die stets korrigiert werden und natürlich immer unter der öffentlichen Kontrolle stehen. (Sehr richtig!)

Abg. Kunert (Soz.): Dem Herrn Staatssekretär möchte ich erwidern, daß wir keine Änderung des Reglements, sondern des Wahlgesetzes wünschen. Bei Auflösungen ist es häufig möglich gewesen, in 42 bis 49 Tagen Neuwahlen stattfinden zu lassen!

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wie schnell unter Umständen Neuwahlen abzuändern werden können, zeigt die Erziehung für unseren verehrten Präsidenten Grafen Stolberg, die bereits am 14. April stattfindet. (Hört! hört! links.)

Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß ein Antrag Abtich u. Gen. (Fortschr. Pp.) eingekommen sei, im Antrag Abrecht zu sagen „70“ statt „60“ Tage; er stellt die Interpellationsfrage. Die gesamte Linke und das Zentrum erheben sich.

Staatssekretär Dr. Delbrück weist darauf hin, daß je kürzer die Frist, desto größer die Gefahr sei, daß die Wählerlisten schlecht angefertigt werden.

Der Antrag Abtich wird durch die Stimmen der gesamten Linke und des Zentrums angenommen, die so abgeänderte Resolution Abrecht mit derselben Majorität.

Der Rest des Reichstagspräsidenten wird debattelos erledigt.  
Es folgt der

**Etat des Auswärtigen Amts.**

Abg. Graf Kanitz (L.) will dem Reichstagspräsidenten einige gute Wünsche auf die Kommode mitgeben. (Große Heiterkeit.) Nebenher feiert die friedenssichernde Wirkung des Dreibundes. Wiederholt haben unsere leitenden Staatsmänner erklärt, daß uns bei unserm Flottenbau alle aggressiven Absichten fernliegen. Die Neuerungen des ersten Lords der Admiralität im Unterhause beweisen aber, daß unsere Versicherungen keinen rechten Glauben finden. Es hat also keinen rechten Zweck, sie fortzusetzen zu wiederholen. — Voraus- sichtlich werden die nächsten englischen Wahlen die Unionisten ans Ruder bringen. Dann wird England zum Schutzholl übergehen. Für unsere Ausfuhr ist das nicht sehr erfreulich. (Lebhafte Zustimmung! Hört! hört! links.) Ja, meine Herren, darüber waren wir uns nie im Zweifel, ebensowenig darüber, daß England nicht auf die Dauer seine freihändlerische Sonderstellung werde aufrecht erhalten können. So lange wir keine Verantwortung einführen, so lange werden wir in unserer Handelspolitik keine durchgreifenden Erfolge erzielen, zumal uns durch unsere langfristigen Verträge die Hände gebunden sind. (Bravo! rechts.)

Abg. Stresemann (natl.): Unser Eintritt in die Weltpolitik hat, wie Fürst Bismarck richtig dargelegt hat, die Beziehungen mit anderen Mächten vergrößert. Sympathien, die man uns entgegenbrachte, als wir noch ausschließlich das Volk der Denker und Dichter waren, haben wir mit unserem Eintritt in die Weltpolitik und mit unserem Erscheinen auf dem Weltmarkt verloren. Es ist nicht richtig, das Verhältnis Englands und Deutschlands nur von dem Gesichtspunkte der Konkurrenz zu betrachten. Wir nehmen 10 Proz. der englischen Ausfuhr auf und stehen in einem Wirtschaftsaustausch mit England. Aber die Verminderung der Kaufkraft Deutschlands würde auch den Standard of Life (Lebenshaltung) der englischen Arbeiter herabdrücken. (Sehr richtig!)

Eine wirtschaftspolitische Verständigung ist viel wichtiger als eine Verhandlung über eine Flottenabrüstung. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

In der Diplomatie herrscht leider noch immer die Bevor- zugung des Adels vor. Wir verlangen die Berücksichtigung geeigneter bürgerlicher Kreise. Nach dem Worte Goethes: „Das Kind ist der Vater des Mannes“ muß etwas von kaufmännischer Minderstufe in unseren auswärtigen Vertretern leben, die berufen sind, die wichtigsten wirtschaftlichen Verträge abzuschließen. (Sehr gut! links.) Auf Karloff übergehend, preist der Redner die Brüder Mannesmann als Pioniere deutscher Kultur. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kanitz (Fortschr. Pp.): Gegenüber den Ausführungen des Grafen Kanitz muß ich betonen, daß unser Handel, unsere Industrie und auch unsere Landwirtschaft das intensivste Interesse an langfristigen Handelsverträgen haben. (Sehr richtig! bei der Fortschr. Pp.) Wir wünschen freien Wettbewerb, der doch nicht darin besteht, daß von zwei Konkurrenten einer den anderen gewaltsam zu beseitigen sucht. (Sehr richtig! links.) Redner beschränkt sich über die aller Humanität widerstrebende Behandlung, die deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens in Russland erfahren. Selbstredend liegt und jede Einmischung in innerstaatliche Verhältnisse fern; wir müssen aber verlangen, daß die internationale festgelegten Normen in Handelsverträgen auch auf deutsche Reichsbürger jüdischen Glaubens angewandt werden. (Bravo! bei der Fortschr. Volkspartei.)

**Abg. Scheidemann (Soz.):**

1908 erlebten wir einen Zusammenbruch des Systems, das wir von jeher kritisiert. Die Rängel des Auswärtigen Amtes liegen nicht in einer Person, sondern im System. Es ist nicht besser geworden; wir haben jetzt etwas weniger Absolutismus, aber etwas mehr Bürokratie. Früher war unsere auswärtige Politik operettenhaft, jetzt ist sie ziemlich ledern. (Heiterkeit.) Die Minderheit hat das unzweifelhaftste Recht zum Kritisieren, die Mehrheit muß es außerdem besser machen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn aber durch die Kritik der Ansicht erweckt wird, daß unsere Politik zu friedlich ist, so richtet man Schaden an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man kann auswärtige Politik treiben im Interesse der Kapitalisten oder im Interesse der Erwerbstätigen und der Arbeiter; Anfang ist es zu behaupten, man könne es allen recht machen. Augenblicklich wünscht man, auswärtige Politik zu treiben im Interesse gewisser kapitalistischer Klänge. Gegen die Klänge ist nicht anzukämpfen. Das beweist das Beispiel des Herrn v. Schoen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Gegen ihn ist in der „nationalen“ Presse in der schärfsten Weise vorgegangen worden, er ist als Agent des Auslandes, als der gefährlichste Feind des Deutschen Reiches bezeichnet worden. (Hört! hört! links.) Das war alles noch vor der Mannesmann-Affäre. Damals lagen nur die gewöhnlichen Klagen gegen das Auswärtige Amt vor, von denen Herr Stresemann gesprochen hat. Es waren dazu gekommen der portugiesische Handelsvertrag und die Komodie der amerikanischen Ausstellung. Seitdem aber die Mannesmann-Affäre spielt, kann eigentlich kein Hund eines wahrhaft Deutschen von dem Staatssekretär v. Schoen etwas ein Stück Brot nehmen. (Heiterkeit.) Herr v. Schoen sollte zunächst einmal die Leute von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ an die Kommode legen, damit nicht solcher Mist in dieses Regierungsdreißel hineinkommt wie am letzten Sonntag, wo dort zu lesen stand, daß beim Marineetat zwei Sozialdemokraten ihre bolschewikarischen Gesinnungen zum Ausdruck gebracht hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der

Mannesmann-Affäre

ist ein vollständiger Zusammenbruch des ganzen Dram und Dram zu vergehen. In der Budgetkommission hat sich geradezu alles,

was für die Herren Mannesmann gefogt worden ist, als nationale Schwärze herausgestellt. (Oh! bei den Nationalliberalen.) Ich begreife ja, daß nachdem jetzt durch den Zusammenbruch der Schleiher heruntergerissen ist von dieser ganzen Affäre, die Herren, die hier darüber geredet haben, es vorzogen, möglichst zurückhaltend zu sein. Im Dezember nahmen die Herren den Mund außerordentlich voll. Das deutsche Volk ist in der Mannesmann-Affäre in einer Weise belogen worden, daß sich die Balken bogen. (Widerspruch bei den Antisemiten, lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In dem Mannesmann-Kongert gab den Ton an Herr Liebermann v. Sonnenberg. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die deutsche Regierung müsse die Interessen deutscher Reichsangehöriger schützen, wurde gefogt. (Sehr richtig! bei den Antisemiten.) Jawohl, sehr richtig! Die deutsche Regierung hat die Interessen deutscher Reichsangehöriger zu schützen; ich möchte aber dringender bitten, diesen Schutz nicht auf Kapitalisten zu beschränken, sondern auch die Interessen deutscher Arbeiter im Auslande zu schützen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht auf diesen wirklich selbstverständlichen Schutz kommt es in diesem Falle an.

Im Dezember bei der Statedebatte erstredte sich der Mannesmann-Vod (Hellerkeit) von Liebermann bis Wiemer. Jetzt ist es freilich anders geworden und bald wird Herr Liebermann v. Sonnenberg als letzte ansehnliche Mannesmann-Affäre vereinsamt dastehen. (Hellerkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im Dezember aber da war es anders. Ich erinnere nur an die Ausführungen des Abg. v. Liebert. Liebert wollte damals von einem Schiedsgericht nichts wissen, er wollte lieber den Säbel ziehen und freute sich, daß die Sozialdemokratie in dem Kongert fehlte. Ich gönne ihm jetzt auch die gründliche Blamage. Er bezog sich auf den „Hannoverschen Courier“, worin gefogt war: Recht hört nicht auf, Recht zu bleiben, wenn vier Millionen Bononette dahinterstehen. Solche Behauptungen erwecken die Vermutung, der Schreiber gehöre in eine Kaltwasserheilanstalt. (Hellerkeit.) — Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Erzberger erklärte, auch ich muß dazu das Wort ergreifen. Daran ersehen Sie die Wichtigkeit. (Größe Hellerkeit!) Wenn ein Abgeordneter von der Schwereigkeit des Abgeordneten Erzberger (Hellerkeit) berichtet, auch er müsse das Wort ergreifen, so muß die Sache doch sehr wichtig sein. (Hellerkeit!) Herr Erzberger richtete an die Regierung die merkwürdige Frage, auf welcher Seite die größten deutschen Interessen, das heißt das größte deutsche Kapital sei. Die Abgeordneten hielten sich noch in gewissen Grenzen, aber die „nationale“ Presse schlug wahre Furchen. Je nationalliberaler, d. h. je wankelmütiger die Presse sonst war, um so entschiedener trat sie hier auf, und je frommer, um so hitziger und grausamer. Auf der einen Seite sagten die nationalliberalen Herren, die Rechte der Brüder Mannesmann seien absolut klar, auf der anderen Seite sagten sie, die erlangten Ansprüche müsse man eventuell auch gegen jedes Recht behaupten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Hedner geht auf die Entwicklung der Verhältnisse in Marokko näher ein. Die Agadir-Affäre wurde als großer Erfolg des Fürsten Sultans gepriesen. Jetzt wird sie in einem seiner treuesten Blätter, den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, als furchterliche Blamage hingestellt. Da begreift man, wie Bismarck dazu kam, zu sagen: Anständige Leute schreiben nicht für mich! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das große Ziel der ganzen deutschen Marokkopolitik war nach offizieller Veteuerung, die immer und immer wiederholt wurde: Offene Tür, Gleichberechtigung aller Nationen. Und nun macht der Sultan, der kein Geld hat, mit den Gebrüthern Mannesmann, die Geld haben, ein Monopolgesetz unter vier Augen. Und dies Gesetz unter vier Augen soll eine unumstößliche Grundlage abgeben? Man denke sich einmal, daß ein Spanier, ein Franzose, den Sultan geschmeizelt habe (Größe Hellerkeit!), welcher Krach dann in Deutschland geübt worden wäre? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir protestieren gegen die Gleichstellung mannesmannischer nicht deutscher Interessen. (Lebhaft. Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben an diesen Monopolformen gar kein besonderes Interesse. Ich erinnere an die Firma Krupp, die nach dem Grundgesetz handelt, das Vaterland zahlt bei mir die höchsten Preise. Wir haben heute schon von Schiedsgerichten gesprochen. In unserem Programm, das ich Ihnen allen lebhaft zur Lektüre empfehle (Hellerkeit), werden sie auch gefordert.

Gerade der Fall Mannesmann eignet sich vorzüglich zur Entscheidung durch ein internationales Schiedsgericht; er ist sogar ein ausgeprochen typischer Fall. Mich soll es wundern, ob, wenn der Fall Mannesmann noch vor ein Schiedsgericht kommen sollte, die Gebrüder Mannesmann dort Recht bekommen werden. Denn ich möchte ich es Ihnen gönnen, denn für das frisch-fröhliche, keckste Draufgängertum der Gebrüder Mannesmann habe ich eine ausgeprochene persönliche Sympathie; jedenfalls gefällt mir diese Art bedeutend besser, als ihre Gegenteile, die nationalliberalen Politik. (Langanhaltende Hellerkeit.) Wir deutschen Vertreter des Proletariats und unsere Freunde und Gefinnungsgenossen in Frankreich haben von allem Anfang der Marokkoverhandlungen an den Standpunkt friedlicher Verständigung vertreten. Etwa haben wir den Gedanken der internationalen Solidarität betont. Nun ist es interessant, zu beobachten, wie in solcher Art auch der Kapitalismus internationale Solidarität über die nationalen Scheidewände hinweg schafft. Das sehen wir ja gerade jetzt wieder beim Streit der feindlichen Gesellschaften in Marokko. In beiden Gesellschaften ist deutsches und französisches Kapital vertreten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Brüdern Mannesmann ist auch ausländisches Kapital beteiligt, bei den Mines Marocaines deutsches Kapital, die Firma Krupp, Deutscher Kaiser (Jurist recht!) ich meine die Jede Deutscher Kaiser. Dieser Internationalität des Ausbeutertums setzt das Proletariat die Internationalität der Arbeiter entgegen und die Vernunft wird schließlich siegen über die haubintischen Phantastereien. Mit derselben Tätigkeit, mit der wir auf ein freundliches Verhältnis zu Frankreich hinarbeiten, arbeiten wir auch auf ein

freundliches Verhältnis zu England hin. Dies halten wir noch für wichtiger, denn solange England und Deutschland so gekannt stehen, wird keine Nähe in Europa sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben gewarnt vor dem Wettstreit. Man glaubte uns nicht; jetzt sehen wir als Folge das gewaltige Mißtrauen. Der englische Marineakt wird eigentlich hier gemacht; wenn wir 100 Millionen bewilligen, sagt England, wir müssen 200 Millionen bewilligen. Gewiß denkt bei uns kein Mensch an einen Krieg mit England, er wäre auch geradezu Wahnsinn, das größte Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Deshalb müssen Deutschland und England zu inniger Verbindung und Freundschaft kommen, die mit allen Heeren aufzukommen. Mit uns führen Millionen, und sie freuen sich, daß das hier ausgesprochen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber leider glaubt man das in England nicht. Man sagt sich dort: das deutsche Volk hat keine Kontrolle über den Krieg, es erfährt nichts von dem Spiel, das von seinen Beherrschern getrieben wird. Daher wird auch

Der preussische Wahlrechtskampf im Auslande mit solchem Interesse verfolgt. Man erkennt dort, daß es sich dabei um den Kampf der Arbeiter gegen die preussische Politik handelt, daß das deutsche Volk kämpft gegen die Dreiklassenpolitik um seine nationale Ehre. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.) Statt sich zu vinkulieren mit der preussischen Reaktion, sollte der Kanzler des Reichs helfen, daß wir aus den traurigen Zuständen, in denen wir in Preußen stehen, in politischer Beziehung herauskommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen verfest er dem deutschen Volke mit seiner Wahlrechtsverfogung einen Faustschlag und die uns darin zugeadete Auszeichnung als Mitglieder des Deutschen Reichstages gleiches Recht zu erhalten mit Bürgern, die sich ihre Bildung in der Klosterschule haben, weisen wir mit Entzückung zurück.

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Wahlrechtsvorlage hat mit dem Auswärtigen Amte nichts zu tun. Abg. Scheidemann (Soz.): Als gerechter Kritiker des Auswärtigen Amtes muß ich auch nach Rildierungsgründen suchen und ich stelle als Rildierungsgrund für den Staatssekretär v. Schoen fest, daß er keine bessere auswärtige Politik machen kann, weil er mit einer so miserablen inneren Politik zu rechnen hat. (Sehr gut! h. Soz.) Vizepräsident Dr. Spahn: Ihre Ausführungen bestätigen, daß ich recht hatte. Einzelheiten der Wahlrechtsvorlage sind für diese Debatte nicht erforderlich. Abg. Scheidemann (fortfahrend): Ich sage auch kein Wort mehr darüber (Hellerkeit) und erinnere nur an das Wort eines Zentrumsabgeordneten: man muß sich schämen, ein Preusse zu sein.

Der jetzige Reichskanzler hat durch seine innere Politik in den letzten acht Monaten unser Ansehen im Ausland mehr ruinirt als seine drei letzten Vorgänger zusammen.

Alle Welt lacht über unsere Politik, man amüsiert sich über den Herrn Reichskanzler, über diesen Ritter und seinen Sancho Panza, Herrn v. Jagow. Wer die Volksseele besser kennt als der Reichskanzler, weiß, daß es sich um ein großes Ringen und Kämpfen handelt, wodurch der deutsche Boden erzittert. Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht ruhen, bis sie Zustände in Preußen geschaffen hat, so daß Preußen als gleichwertig unter allen europäischen Völkern dasteht. (Wahr! h. Soz.) Wenn wir diesen Kampf unermüdet und unbeirrt durch alle Angriffe weiterführen, so tun wir das in dem Bewußtsein, damit dem Wohle und der Größe des deutschen Volkes zu dienen, das erst dann imstande sein wird, seine Freiheit nach außen zu wahren, wenn es den inneren Befreiungskampf siegreich zu Ende geführt hat. (Lebhaft. Beifall h. v. Sozialdemokraten.)

Abg. v. Dierckmann-Pomian (Soz.) beklagt sich über Ausweisungen von Ausländern, die nicht von Fall zu Fall erfolgen, sondern nach ganz generellen Verfügungen. Dadurch werde das heilige Recht, das Gerechtigkeit, verletzt. Man müsse eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Ausländer fordern.

Abg. Hansen (Däne) klagt über die Ausübung der Fremdenpolizei in Schleswig-Holstein, wodurch die freundschaftlichen Beziehungen zu Dänemark gestört werden.

Vizepräsident Dr. Spahn: Aus dem Stenogramm ersehe ich, daß der Abg. Scheidemann am gefogt hat, der Reichskanzler versetzt durch die Wahlrechtsvorlage dem ganzen deutschen Volk einen Faustschlag ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner hat er gefogt, das ganze Ausland lacht über diesen Ritter von der traurigen Gestalt und seinen treuen Sancho Panza, Herrn v. Jagow. (Lebhaft. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wegen beider Behauptungen rufe ich den Abg. Scheidemann zur Ordnung.

Darauf verlangt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Tabakarbeiterunterstützung. — Erledigung des Etats. — Eine Drohung. — Das Kontrollgesetz.**

Der beim Etat des Reichsschatzamtis eingestellte Betrag von 1500 000 M. zur Unterstützung der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter war feinerzeit zurückgestellt worden, weil man erkannt und vom Staatssekretär des Reichsschatzamtis bestätigt erhalten hatte, daß die Arbeitslosigkeit größeren Umfang angenommen hat, als man zuerst und noch bei der Aufstellung des Etats annahm. Der Berichterstatter Erzberger beantragt, den Betrag von 700 000 M. zu erhöhen.

Kollenbuhr bemerkt: Wenn man bis jetzt mit den bewilligten Geldern ausgekommen sei, so müsse das darauf zurückgeführt werden, daß man viele unterstützungsberechtigte Arbeiter abgewiesen habe. Wenn nun die Mittel, welche jetzt in den Etat eingestellt werden, nicht ausreichen, was solle dann geschehen, bis der Reichstag wieder zusammentritt? Er befürchte, daß man, wenn zu wenig Mittel eingestellt werden, mit der Bewilligung von Unterstützungen noch zückeriger sein werde als jetzt. Der Reichstag unter den Tabakarbeitern werde übrigens auch noch durch den Umstand verhärtet, daß viele Fabrikanten infolge der erhöhten Steuer ihre Fabriken nach billigeren Gegenden verlegen und die Arbeiter nicht mitnehmen.

Staatssekretär Bermuth wandte sich gegen die Aufassung, als ob die vom Militär entlassenen früheren Tabakarbeiter unterstützungsberechtigt seien. Er glaube übrigens, daß niemand mehr bestreiten könne, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse im Tabakgewerbe sich gebessert hätten! Auf die Frage Kollenbuhrs, was geschehen solle, wenn die bewilligten Gelder nicht ausreichen, erklärte er, daß die Regierung dann Maßnahmen ergreifen werde, um einen Notstand nicht aufkommen zu lassen!

Der Vorsitzende v. Camp bestimmt im Einverständnis mit der Kommission, daß die Erklärung des Staatssekretärs zu Protokoll genommen wird.

Der Antrag Erzberger wird darauf angenommen.

Beim Hauptetat bemerkt Berichterstatter Erzberger, daß die Kommission insgesamt gegen 6 Millionen Mark abgezirkiden hat. Da die Kommission sich früher einig geworden sei, daß die Matrizarbeiträge von 80 Pf. auf den Kopf nicht ermäßigt werden sollen, so empfehle er, die Reichsschatzamt entsprechend zu ermäßigen.

Von anderer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß an Ersparnissen höchstens 3 Millionen verbleiben würden. Die entsprechenden Zahlen sollen erst bei der dritten Lesung in den Hauptetat eingestellt werden.

Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte, Geheimrat Oberregierungsrat Wolf, behauptet, daß der Antrag verschiedener Fraktionen, wonach die Einnahmen des Reichs (auch die aus den Matrizarbeitrügen), soweit sie nicht zur Deduktion der Ausgaben nötig sind, zur Schuldendeckung verwendet werden, nicht früher bekannt geworden sei, damit die Verbündeten Regierungen dazu hätten Stellung nehmen können. Jetzt nämlich seien sie in der unangenehmen Lage, entweder jene Zustimmung zu schließen oder den ganzen Etat ablehnen zu müssen! Auf den Einwand, daß der Bundesrat schließlich mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machen werde, schloß Herr Wolf seinen Ausspruch wesenlich ab, erklärte aber ausdrücklich, daß seine Regierung sich ihre Stellungnahme vorbehalten habe.

Der Antrag wurde trotzdem angenommen. Die Kommission erledigte schließlich noch das Reichskontrollgesetz, das auf fünf Jahre (bis zu welchem Zeitpunkt eine Neuordnung der Rechnungskontrolle in Aussicht genommen ist) Gültigkeit erhalten soll.

**Hausarbeitsgesetz.**

Die Reichslagskommission zur Beratung des Hausarbeitsgesetzes nahm in der Sitzung am Dienstag folgenden Antrag Kolbe (L.) über die Ausgabe von Lohnbüchern und Arbeitszetteln an:

„Wer Hausarbeit ausübt oder einen Auftrag auf solche erteilt, ist verpflichtet, hierbei denjenigen, welche Arbeit oder Auftrag entgegennehmen, Lohnbücher oder Arbeitszettel auszubändigen, welche Art und Umfang der ausbedungenen Hausarbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne enthalten. § 114a der Gewerbeordnung bleibt unberührt.“

Für einzelne Gewerbebezugs, Betriebsarten oder besondere Gruppen von Betrieben oder Hausarbeitern können vom Bundesrat Ausnahmen gemacht werden.“

Unsere Parteigenossen wenden sich gegen die Ausnahmen, die der letzte Absatz gestattet will, und stimmen gegen diesen Absatz, für den alle übrigen Parteien eintreten.

Der § 9, der hierauf zur Beratung steht, bestimmt, daß der Bundesrat, die Bundeszentralbehörde und die Polizeibehörde

Hausarbeit verbieten kann, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind. Dieser Paragraph wird, nachdem die Nationalliberalen und Freisinnigen Bedenken erhoben hatten, ob man auch der Polizei so weitgehende Befugnisse erteilen könne, angenommen.

Der § 12 bestimmt, daß der Gewerbetreibende, der Hausarbeit ausübt, ein Verzeichnis der bei ihm beschäftigten Heimarbeiter führt, das auf Erfordern der Polizeibehörde und den Gewerbeaufsichtsbeamten vorzulegen ist. Die Annahme erfolgt einstimmig.

Die Frage der Einsetzung von Lohnkommissionen wird von der Kommission zunächst ausgefegt. Es liegen hierzu Anträge unserer Genossen vor auf allgemeine Einführung paritätischer Lohnkommissionen. Vom Zentrum wird beantragt, daß nur für Industrien, die besonders niedere Löhne zahlen, solche Kommissionen vom Reichskanzler oder den Bundeszentralbehörden eingesetzt werden können.

Die Kommission erledigt dann in erster Lesung die übrigen Paragraphen des Gesetzes; es bleibt somit für die nächste Sitzung, die nach den Ferien stattfindet, nur noch der Antrag auf Einführung von Lohnkommissionen zur Erledigung übrig.

**Rali.**

In der am Dienstag in der Raligschloßkommission fortgesetzten Generaldiskussion lag außer dem Regierungsentwurf ein Gesetzentwurf des Abg. Müller-Pulda (Zentrum) vor, der eine Zwangsvertreibergemeinschaft nur für den Kalifabik nach dem Auslande vorseht und in seinem § 31 eine Bestimmung enthält, wonach die vor dem 17. Dezember 1900 abgeschlossenen vertraglichen Lieferungen gestattet werden müssen. Werden über diese Verträge hinaus Lieferungen übernommen, so soll eine in die Reichskasse fließende Vergütung von 1250 M. für den Doppelzentner reines Rali entrichtet werden.

Sodann stand der sozialdemokratische Antrag mit zur Diskussion, welcher lautet:

„Die Kommission wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den vorliegenden Gesetzentwurf — Nr. 219 der Druckfaden — zurückzuziehen und an dessen Stelle dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den Bestimmungen dahin getroffen werden, daß das Reich die innerhalb der Reichsgrenzen gelegenen Kalibergwerke und die mit denselben zusammenhängenden Fabriken in eigene Regie übernimmt sowie ferner die Förderung und den Vertrieb von Kalifalzen als Monopol, unter möglichst weitgehender Kontrolle des Reichstages, ausübt.“

Im Falle der Ablehnung des vorstehenden Antrags wolle die Kommission beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den vorliegenden Gesetzentwurf — Nr. 219 der Druckfaden — zurückzuziehen und an dessen Stelle dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Durchführung des Ein- und Verkaufsmonopols des Deutschen Reichs für alle im § 3 des vorgelegten Entwurfs genannten Kalifalze.“

Genosse Hue führt aus: Bis jetzt habe in der Kommission der Regierungsentwurf wohl so wenig eine Mehrheit als der Zentrumsantrag. Der Zentrumsantrag stelle eine Lex Schmidmann dar, die eigentümlicherweise schon längst von den Kalifapitalisten Sauer und Genossen vorgeschlagen worden sei. Die Annahme der im Zentrumsantrage vorgeschlagenen Auslandsabgabe würde notwendigerweise zu Repressalien seitens Amerikas führen. Wenn einer Verschleuderung der Bodenschätze entgegen gewirkt werden sollte, so müsse doch festgestellt werden, daß das Kohlenmonopol und der Stahlwerksverband eine noch größere Verschleuderung ruhig und ungehindert betreiben würden. Wenn eine Verschleuderung der Bodenschätze verhindert werden soll, dann darf beim Rali nicht Halt gemacht werden. Bei der von der Regierung vorgeschlagenen Regelung würden die Schäden nicht ausgeglichen, sondern in kurzer Zeit erneut gezüchtet. Oberberggraf Bergmann, der Vertreter der Regierung im Kalifabik, habe vor drei Jahren schon ein Kalifabikhandelsmonopol für Rali vorgeschlagen. Ein Zusammenbruch in der Kalifindustrie sei unvermeidlich, wenn nicht unsere Anträge angenommen würden.

Handelsminister Sadow bekämpft die Veritaaligung wegen des großen Risikos, das dem Reich dabei zufalle. Die geforderten Entschädigungen würden ungeheuer sein. Für ein Kalifmonopol sei der richtige Zeitpunkt verpasst worden; heute sei es zu spät! Auch ein Handelsmonopol sei schwer durchzuführen. Der Zentrumsantrag bringe keine Regelung für das Inland. Das würde zu einer wilden Konkurrenz im Inlande, zum Ruin und zur Stilllegung zahlreicher kleiner Werke führen, in denen auch kleine Leute ihr Geld angelegt haben. Die großen Werke würden den Inlandkonsum völlig an sich reißen.

Unterstaatssekretär Richter weist darauf hin, daß wir Baumwolle, Wolle, Erze, Felle, Seide usw. als Rohstoffe zur Veredelung aus dem Auslande beziehen, daß es dem Auslande daher sehr leicht sei, uns mit gleicher Münze heimzuzahlen, wenn wir Maßnahmen trafen, die in ihrer Wirkung einem Ausfuhrzoll gleich kämen! Persönlich sehe er sehr gerne ein Monopol, aber es sei leider zu spät zu seiner Einführung. . . .

Geheimrat Lehmann als Vertreter des Auswärtigen Amtes kommt zu dem Schluss, daß die Annahme des Zentrumsantrages die Gefahr in sich birge, daß der amerikanische Kapitalismus Deutschland gegenüber Anwendung finde. — Der weimarische Minister Hunius betont, daß alle beteiligten Bundesstaaten sich auf den Entwurf geeinigt hätten. Monopol oder Handelsmonopol sei 1894 möglich gewesen, heute sei es nicht mehr als eine Milliarde Kapital in die Kalifindustrie gesteckt, dazu komme das Risiko. Da ginge es nicht mehr. Dr. Roedike (Vund der Landwirte) macht ebenfalls ein Kompliment vor dem Verstaatlichungsantrage um ihn dann zu bekämpfen.

Dr. Heim (Zentrum) rechnet gründlich mit den fünf großen landwirtschaftlichen Organisationen — darunter dem Bund der Landwirte — ab, denen er vorwirft, daß sie Schmiergeld beziehen und infolgedessen die landwirtschaftlichen Interessen vertaten! „Das ist ein Schweinefall!“ schließt er mit bahnärztlich.

Oberberghauptmann v. Welsch gibt zu, daß manche Schweineereien passiert seien! Er hofft aber auf einen langsamen Gesundungsprozess.

Auf Anfrage Hue wird zum Schluss beauftragt, daß das ganze Material freigegeben ist und nicht mehr vertraulich behandelt zu werden braucht!

Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Subgelschloßkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses fahkte am Montagabend die Beratung des Multisetats beim Titel Universitäten fort. Es wurde über eine Bevorzugung der Universität Berlin gefogt. Der Minister erklärte demgegenüber: es werde für Berlin weniger aufgewendet als für andere Universitäten. Von nationalliberaler Seite wurde nun hervorgehoben, daß nicht die finanzielle Leistung nach Maßgabe der einzelnen Studierenden maßgebend sei, sondern die Bevorzugung durch Spezialitäten. Wenn etwas Neues auskomme, dann schaffe man sofort in Berlin Lehrstühle dafür; z. B. die Vorlesungen über Kolonialrecht. Auch das befreitet der Minister unter Hinweis auf andere Universitäten.

Ein freisinniger Redner teilte mit, daß sich die Zahl der Studenten im Verhältnis zur Bevölkerung wesentlich vermehrt habe. Das sei nicht nur aus reinem Wissensdurst geschehen, sondern aus Hunger auf die Staatskrippe. Schon aus diesem Grunde sei er gegen die Errichtung einer neuen Universität in Frankfurt. (Damit stellte er sich in Gegensatz zu seinem Fraktionskollegen, der sich in der letzten Sitzung für diese neue Universität ausgesprochen hatte.)

Ein Zentrumsantrag verlangte die Umwandlung des Extraordinariats für Kolonialrecht in ein Ordinariat. Gegen diesen Antrag erklärten sich die Konservativen, während der freisinnige Redner unter Hinweis auf die „erzürliche Umwidmung der Kolonien unter der neuen Verfassung“ für den Antrag eintrat. Mit 8 gegen 11 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Das für stimmten Zentrum, Nationalliberals und Freisinnige.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, d. 17. März, abds. 8 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:

## Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Vint** über: „Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe“.  
2. Diskussion. 3. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Delegierten vom  
Verbandsstage. 29/10\*

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

# Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Am Mittwoch, den 16., und Donnerstag, den 17. März 1910,  
abends 8 1/2 Uhr, finden im Berliner Lohngewerbe

## 32 Mitglieder-Versammlungen

Tagesordnung:

1. „Der bevorstehende Krieg im Baugewerbe“.

Referenten die Verbandsfunktionäre: **Bludau, R. Engelhardt, Golze, Hauffe, Hinrichsen, Klante, Klein, Knüpfer, Kube, Licht, W. Schmidt, R. Schröder, S. Schulz, Wellfow, Witt, Ziege.**

2. Geschäftliches.

Näheres, die Versammlungslokale betreffend, ist durch Handzettel bekannt gemacht.  
Alle in Berlin und den Vororten beschäftigten Zentralverbandsmitglieder  
werden hiermit nochmals aufgefordert, in diesen Versammlungen bestimmt zu er-  
scheinen. Der Vorstand.

# Verband der Maler, Lackierer Anstreicher etc.

Melchiorstraße 28, part.

Filiale Berlin.

Telefon: Amt 4, 4757.

Donnerstag, den 17. März 1910, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Bericht der Delegierten von der außerordentlichen General-  
versammlung. 2. Informationen über Bestimmungen und Durchführung des Tarifvertrages.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Regen Besuch erwartet

129/1\*

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Def. I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Def. III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 17. März, abends 6 Uhr:

## Versammlung

aller in Metallgießereien Berlins und Umgegend  
beschäftigten Former und Berufsgenossen  
in Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Tages-Ordnung:

1. Welche Forderungen ergeben sich an die Gesetzgebung in  
Bezug auf die gesundheitlichen Gefahren des Gießereigewerbes?  
Referent Dr. Grünspan. 2. Diskussion. 3. Verhandl. und Branchen-  
angelegenheiten. 4. Berichterstattung vom Fonds: Kollege Körsten.

Kollegen! Wir erwarten in Anbetracht der äußerst wichtigen Tages-  
ordnung das Erscheinen aller in Gießereigewerbe beschäftigten Arbeiter, da  
in dieser Versammlung die gesundheitsschädlichen Einflüsse des Gewerbes  
besprochen werden sollen. Niemand darf fehlen.

Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr:

## Allgemeine Klempner-Versammlung

in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: „Hat der Arbeiter im heutigen Staate Gleich-  
berechtigung?“ Referent: Arbeitersekretär Genosse E. Brückner. 2. Dis-  
kussion. 3. Branchenangelegenheiten. 118/3

Da unter Branchenangelegenheiten wichtige Mitteilungen zu machen sind  
und der wichtige Vortrag halber erwarten wir einen zahlreichen Besuch.

Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung der Maschinenformer

in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wuschek: „Die Unternehmer auf dem  
Kriegsschauplatz.“ 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Diskussion.  
Wir erwarten ein vollständiges Erscheinen aller Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

## Steinsetzer und Berufsgenossen

Filiale Groß-Berlin.

Donnerstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

jämmtlicher Unterbezirke

in den Germania-Prachtsälen (Meyer Saal, part.)  
Berlin, Scheffelstraße 110.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Angriff der Arbeitgeber auf  
unsern Tarif, die Verhandlungen der paritätischen Tarifkommission und des  
Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts. 2. Diskussion. 3. Wahl der  
Erstkommission. 4. Verschiedenes.

Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Die Tarifkommission.

Sofort zu vermieten: 4483L\*

**Tegel, Bahnhof-Str. 17-18**  
**2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.**

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Nikob., Für den

# Öffentlicher Vortrag

von **Reinhard Mumm**  
über 11975

## „Bibel und Arbeiterbewegung“

am Mittwoch, den 16. d. März.,  
abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus von  
Hallschmieder, N. Badstr. 16.  
Freier Eintritt für jedermann.

Generalsekretariat der  
Freien kirchlich-sozialen Konferenz.

## Möbelfabrik Zukunft

G. G. m. B. G.

Bilanz vom 31. Dezember 1909.

Activa.

1. Kassenbestand	278,91
2. Verbandsbestand	17 349,00
3. Umlauf-Konto	1 535,00
4. Maschinen-Konto	1 580,00
5. Werkzeug-Konto	1 845,00
6. Debitoren-Konto	5 181,00
7. Bank-Konto	9 266,00
8. Rationals-Konto	300,00
9. Verlust	40,00
Summa	31 374,97

Passiva.

1. Kreditoren-Konto	3 071,00
2. Erhalten in Forderungen	1 200,00
3. Anteil-Konto	4 000,00
4. Darlehen-Konto	25 900,00
5. Referendats-Konto	104,97
Summa	31 374,97

Im Anzuge des Geschäftsjahres  
belang die Zahl der Mitglieder 16.  
Die Gesamtsumme der Geschäfts-  
anteile betrug 4000 M., der Hoff-  
summe ebenfalls 4000 M. Aus-  
getreten sind 2 Mitglieder, eingetreten  
keine. Nichtin verblieben noch am  
Schlusse des Geschäftsjahres 14 Mit-  
glieder. Die Geschäftsanteile, ebenso  
die Hoffsumme haben sich um 500 M.  
verringert. Nichtin betrug die Gesamt-  
hoffsumme am Schlusse des Geschäft-  
jahres, sowie die Geschäftsanteile  
3000 M.

Möbelfabrik Zukunft  
Eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung.  
Karl Adobahr, Hermann Weinhorst,  
Ernst Andreas.

**Husten-  
Heiligkeit**  
besitzt  
wunderbar leicht  
und schnell  
die berühmten  
**Hustentropfen**  
von  
Otto Reichel.  
Nur echt mit  
Wahrer  
„Medico“.  
Fl. 50 Pf. u. 1 M.

Vor Nachahmungen jeder Art  
sei jedoch dringend gewarnt.  
In den meisten Drogerien und bei  
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

# Zur Eröffnung der Frühjahrs-Saison

heben wir folgende

## günstige Angebote

besonders hervor:

Anzug „Trefflich“  
Eleganter Zwirnbuckskin in reicher  
Musterauswahl. . . . . M. 27.-

Anzug „Triumph“  
Kammgarne, in den neuesten  
Dessins. . . . . M. 36.-

Anzug „Edel“  
Moderate Kammgarne u. Cheviots M. 50.-

Paletot „Lenz“  
Gemusterte elegante Cheviots . M. 24.-

Paletot „Frühling“  
Moderne Erzeugnisse der Saison M. 30.-

Ulster „Lord“  
Neueste Farbenstellungen, modernste  
Verarbeitung. . . . . M. 40.-

Hose „B. S.“  
„Eisenfest“. Eleganter, gestreifter  
Zwirnbuckskin. . . . . M. 8.-



# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes  
für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Nächsten Sonntag bis 6 Uhr geöffnet

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
**Stockarbeiter!**

Heute, Mittwoch, den 16. März, abends 5 1/2 Uhr, bei Lehmann,  
Neue Friedrichstraße 1:

## Vertrauensmänner-Versammlung

mit Delegierten.  
Die Branchen-Kommission.

Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

der  
Kontor- und Ladeneinrichtungstischler  
im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.  
Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr:

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

in den „Neuen Reichensälen“, Weininger Straße 8.  
Tages-Ordnung:

1. Beratung der Anträge zum Goutage. 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet 80/16 Die Ortsverwaltung.

## Große öffentliche Protestversammlung

der  
Zigarettenarbeiter u. Arbeiterinnen

Groß-Berlins  
Donnerstag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr,  
im Saale des Herrn Wilke, Brunnenstr. 188, in der Nähe des  
Kosenthaler Torcs.

Tages-Ordnung:

1. Ist die Abweisung der Zigarettenarbeiter von der Unter-  
stützung aus dem Vier-Millionen-Fonds seitens der Regierung  
berechtigt? Referent: Zigarettenarbeiter **Max Müller.** 2. Diskussion.  
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung erwarten wir, daß kein  
Kollege der Zigarettenindustrie in der Versammlung fehlt.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter Berlins  
**Wilh. Hoerner.**

**Kufeké**  
-Kinder-  
nahrung  
-Kranken-  
kost.  
Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

## Bäckerei-Eröffnung

Empfehle den Parteilgenossen meine  
neu eröfnete Bäckerei. Es wird  
mein Bestreben sein, nur reelle Ware  
zu liefern. **Wilhelm Fischer, Gubener Str. 31.**

# Ziehung 11. u. 12. Mai

Berliner  
Arbeits-  
stätten-  
**Lotterie**

Gesamtbetrag d. Gew. Markw.

**50 000**

spez. 2327 v. 5-5000 Gew. Markw.

**30 000**

u. ein Hauptgew. Markw.

**20 000**

Originallose a 2.— Mark,  
Porto u. Laste 30 Pf. extra,  
empfehle und verwendet das  
General-Debit

**G. Dischlatis & Co.,**  
Bankgeschäft,  
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.

Auch zu haben in sämtlichen  
Lotterio- und Zigarrengeschäften.

# Reste

Parmenten, schwarz und  
farbig, Costumes-Stoffe, neueste  
Muster. Tricot-Stoffe, Seiden-  
Pflüsch, Sammet,  
Seide etc.

# Confection

Paletots,  
Jackets, Stan-  
dantal, Costumes und Consum-  
ables in grosser Auswahl.

# C. Pelz,

Kottbuserstr. 5.

Soeben erschienen:

## Die Wahlrechtsvorlage

Berhandlungen des preussischen  
Abgeordnetenhauses nach dem  
amtlichen Stenogramm der  
Sitzungen vom 10. bis 12.  
Februar 1910. 24/15\*

Preis 60 Pf.

## Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68  
Lindenstraße 69 (Laden).

Aus der Partei.

Gemeinderatswahltag.

Bei den Gemeinderatswahlen zu Langenbiebau am Montag...

Noch ein glänzender Gemeindevahltag.

Der entscheidende zweite Wahlgang bei der Gemeinderatswahl...

Aus den Organisationen.

Eine außerordentliche Konferenz für den Reichstagswahlkreis...

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafentscheidungen der Presse. Vor kurzem wurde Genosse Schombor...

Aus Industrie und Handel.

Ein Werk der Ritter und Heiligen.

Die Forderungen unserer agrarischen Wirtschaftspolitik...

Table with 5 columns: Year (1905-1910) and Steigerung in Prozent.

Die Fleischpreise klettern ebenfalls immer noch höher hinauf...

Die Berechnungen der Preise für Fleisch im Kleinhandel...

Table with 2 columns: Year (1909-1910) and Price.

Bei Schweinefleisch macht die Steigerung in dem einen Jahre...

Zwei Unterlegene. Der Verleumdungsprozess, den der Schriftsteller...

Nach dem großen Tamtam, der von beiden Parteien mit dem...

Lohnrückgang im Bergbau.

Die rückläufige Tendenz der Löhne im preussischen Bergbau...

Table with 3 columns: Year (1907-1909) and Lohn (4.31, 4.27, 4.07).

Der Lohnsatz, ausgedrückt im Schichtverdienst, ist demnach...

Keine Besserung.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der rheinisch-westfälischen...

Rentabilität im Bankgewerbe.

Im Verlaufe des Monats Februar veröffentlichten im Zentralhandelsregister...

Soziales.

Fiasko der Fürsorgeerziehung.

Was wir seit vielen Jahren immer vertreten haben, hat jetzt...

Bei Beratung des Haushaltsplanes für 1910 erklärte der...

Im Voranschläge für das Jahr 1909 waren 6708 Fürsorgeerzöglinge...

Darüber natürlich ein Sturm der Entrüstung. Der bekannte...

Der Düsseldorf Oberbürgermeister wertete dann noch gegen...

Gegen die Dauer der Fürsorgeerziehung, die bis zum 21. Lebensjahre...

straf sind, muß die unheilvollsten Folgen haben. Wie schlimm...

Ganz gut, daß das Anwachsen der Kosten, die das Gesetz...

Die Kriminalitätsziffern, die der Redner anführte, bedürfen...

Klage auf Kaution und Entschädigung.

Der Hausdiener A. ist vom Restaurateur Eduard Schulz, Alt-Moabit...

Die Wirkung des französischen Stellenvermittlungsgesetzes.

Für die gegenwärtig in Deutschland aktuelle Frage über das...

Durch das Gesetz vom 14. März 1904 wurden die Städte ermächtigt...

In den Berufsgruppen der Wäber und Konditoren, Schlächter, Fleischer...

Für die Handelsangestellten, Müller, Diensthöfen, Lehrpersonal usw. sind...

Von 49 dieser Vereinigungen sagt der offizielle Bericht, daß sie allgemein als verkappte Privatstellungsvermittler betrachtet werden. Fünf Vereinigungen werden direkt von abgelassenen Verbalbermittlern, die insgesamt 128 000 Franz bei dem Geschäft erhielten, geleitet, sowie 17 durch Schreiber oder Verwandte früherer gewerbmäßiger Stellungsvermittler. 35 Vereine haben ihre Bureaus in Restaurants untergebracht. Auch die Statuten weisen auf den Charakter dieser Vereine hin. Reize ist den Leitern derselben eine fast unumschränkte Gewalt in der Geschäftsführung eingeräumt; sie sind vielfach auf je 2 oder 10 Jahre fest angestellt, in 2 Fällen sogar lebenslanglich. Manche Vereinigungen haben nur eine ganz beschränkte Anzahl „aktiver“ Mitglieder und nehmen nur noch „passive“ Mitglieder auf, die gegen Zahlung der recht beträchtlichen Aufnahmegebühren das Recht auf Benutzung des Arbeitsnachweises erwerben, auf die Vereinsleitung dagegen ohne jedweden Einfluß sind.

## Aus der Frauenbewegung.

### Stimmen für eine Frauenkonferenz.

Mit der Frage, ob in diesem Jahre die Abhaltung einer Frauenkonferenz notwendig sei, beschäftigten sich die Genossinnen in verschiedenen Wahlkreisen. In Leipzig-Stadt erklärten sich sämtliche Teilnehmerinnen der Besprechung für eine Frauenkonferenz. In demselben Sinne sprechen sich die Genossinnen in Regensburg aus, desgleichen in Chemnitz. In der „Gleichheit“ — Nr. 12 — weist Genossin Wurm darauf hin, daß die Konferenz schon darum nicht bis zum nächsten Reichstagswahljahr verschoben werden könne, weil dann die nächsten Reichstagswahlen stattfinden, die Konferenz aber gerade für diese noch Vorarbeit leisten, Misttaugung sammeln soll. Ueber die formale Behandlung der Angelegenheit bemerkt sie:

„Was die Berliner Genossinnen anbelangt, so steht alles, was sie darüber offiziell erfahren haben, im „Mittelungsblatt“ des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“ vom 9. Februar d. J., das alle Funktionäre und Funktionärinnen der Partei erhalten, zu lesen. Es lautet: „Ueber die stattgehabte Konferenz der Parteisekretäre wird Bericht erstattet. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit soll in diesem Jahre keine Frauenkonferenz abgehalten werden.“ Welches diese „Gründe der Zweckmäßigkeit“ sind, darüber kein Wort. Ist dies die ganze Erklärung, die man den Berliner Genossinnen gibt? Damit muß man annehmen, daß eine Konferenz der Parteisekretäre sich gegen eine diesjährige Frauenkonferenz ausgesprochen hat. Eine solche Konferenz ist zwar nicht entscheidend, sondern wird vom Parteivorstand gutachtlich geführt. Es wäre jedoch zweifellos wichtig, die Gründe zu hören, welche die Meinungsbildung der Parteisekretäre bestimmt haben. Was hören wir darüber im „Mittelungsblatt“? Die dort veröffentlichte Erklärung besagt gar nichts, sondern bedarf erst selber wieder einer Erklärung.

Von den ganzen „Gründen der Zweckmäßigkeit“, die für die Nichtabhaltung der in diesem Jahre fälligen Frauenkonferenz angeführt werden könnten, erwähnt sich also bei näherer Betrachtung auch nicht ein einziger als stichhaltig. Daß das Frauenbureau seine Meinung öffentlich kundgibt, bevor der Parteivorstand seinen Entschluß offiziell bekanntmacht, ist doch eigentlich selbstverständlich.

Genossin Wulf, die sich in derselben Nummer der „Gleichheit“ ebenfalls mit der Frage beschäftigt und ganz energisch die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer Frauenkonferenz betont, schreibt unter anderem: „In verschiedenen Gegenden Deutschlands beklagen sich die Genossinnen, daß nach dem Abschluß an die Wahlvereine die Führung unter den Frauen nicht mehr in alten Maße vorhanden ist. In Berlin, wo sonst ziemlich regelmäßige Zusammenkünfte der Genossinnen stattfanden, ist diese Gepflogenheit, hauptsächlich auf Wunsch der Genossen, fallen gelassen worden. Ich bin der Meinung, daß so häufige Zusammenkünfte wie früher jetzt nicht mehr tun, aber ein ganzliches Unterlassen unserer Versprechungen führt auf die Dauer zu Mifständen. Man wird mir entgegenhalten: „Das ist eine Sache, die in Orten und Kreisen zu regeln ist.“ Ich behaupte aber, das trifft nicht zu. Fast allgemein besteht das Bedürfnis der Genossinnen nach solchen Versprechungen, die die gemeinsame Arbeit fördern. Eine Ausnahme darüber auf der Konferenz würde von den Genossinnen aller Orte begründet werden und überall weit mehr wirken als lokale Erörterungen. Die für die Genossinnen eingeleiteten Lesabende sind mit den genannten Zusammenkünften nicht zu verwechseln. Sie haben ihren Nutzen für die gesamte proletarische Bewegung erwiesen. Von ihnen abgesehen, sollten die Trägerinnen und Leiterinnen der Bewegung ab und zu zusammenkommen.“

### Die Forderungen der Frauenrechtlerinnen im englischen Unterhaus.

Die tollen Streiche der englischen Suffragettes haben unverkennbar eine Reaktion gegen die politische Frauenbewegung in England hervorgerufen. Die Damen selber begreifen deshalb auch schon mehr die soziale Seite ihrer Bestrebungen in den Vordergrund zu schieben, ohne deshalb ihre politischen Forderungen anzugeben. Sie sind nachgerade zur Überzeugung gekommen, daß mit der Forderung des Damenstimmrechts allein die breiten Massen der Arbeiterinnen nicht zu gewinnen sind und sie setzen sich deshalb genötigt, den Fragen der Arbeiterinnenschutzgebung und des Erziehungswesens größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken.

Der liberale Abgeordnete MacCallen hat soeben im Auftrage der Frauenrechtlerinnen eine Reihe von Vorlagen im Unterhaus eingebracht, die zusammen die Forderungen der „Frauencharte“ verkörpern. Die Vorlagen fordern: 1. die politische Gleichberechtigung der Frauen, worunter natürlich das beschränkte Damenwahlrecht verstanden wird; 2. eine Reihe von Maßregeln zum Schutze der Arbeiterinnen, wie die Einführung von Gemeindefürsorgeanstalten, kommunalen Volksschulen, Kindererziehungsinstituten, entsprechende Mißstandsverbesserung durch die Gemeinde usw.; 3. die Abänderung der Fabrikgesetze namentlich zum Schutze von Arbeiterinnen vor und nach der Schwangerschaft, ferner die Abänderung der Ehegesetze, welche, des Ehevermögens und des Erbrechts zugunsten der Frau, und die Festsetzung der gesetzlichen Verantwortung auch des Vaters für Kindesmord.

Beschwerden von Arbeiterinnen über Ungleichheiten und Mifstände im Arbeitsverhältnis werden in folgenden Bureaus entgegengenommen:

- Arbeiterinnensekretariat der Zentralkommission der Gewerkschaften, Berlin SO., Engelhofer 15, IV. Sprechstunden von 9 bis 5, Donnerstags bis 8 Uhr.
- Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Berlin SW., Lindenstraße 3, Hof IV. Sprechstunden täglich von 9 bis 4 Uhr.
- Bureau des Textilarbeiterverbandes, Berlin O., Andreasstr. 61. Sprechstunden täglich von 9 bis 5 Uhr, Montags bis 8 Uhr, und Andreasstr. 17, Sprechstunden von 9 bis 7 Uhr.
- Verbandsbureau der Dack- und Steinbrückerhelferinnen und Arbeiterinnen, Berlin NO., Wöbinger Str. 10 III. Sprechstunden täglich von 9—5 Uhr.
- Bureau der Drittverwaltung Berlin desselben Verbandes, Berlin SW., Alte Jakobstr. 5, Hof II. Sprechstunden Dienstags von 5—7 Uhr.

Die Namen der Beschwerdeführerinnen werden streng geheim gehalten.

### Lesende.

Graf-Lichterfeld. Freitag, den 18. März, bei Wahrendorf: Vortrag über: „Witzgedanken und Witzgedichte“.

## Gerichts-Zeitung.

Raubmordversuch an der Juwelierefrau Richter.

In der gestrigen Sitzung führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bass in einem längerer Plaidoyer zur Begründung der An-

klage u. a. folgendes aus: Die Tat, welche hier zur Anklage steht, habe seinerzeit weniger durch die Art der Ausführung, als durch die Persönlichkeiten der Täter allgemeines Aufsehen erregt. Es sei eine überaus seltene Erscheinung, daß an dieser Stelle unter der Anklage eines der schwersten Verbrechen sich nur Angehörige des gebildeten Standes zu verantworten haben. Wenn hier ein ehemaliger Offizier, ein Schauspieler, ein Magistratsbeamter und früherer Geheimsekretär eines Prinzen und ferner ein früherer Betriebsdirektor auf der Anklagebank Platz nehmen müßten, so sei dies eine glücklicherweise nicht alltägliche Erscheinung, für die man in erster Linie eine Erklärung auf psychologischem Gebiet suchen müsse. — Der Staatsanwalt gibt eine ausführliche Darstellung der früheren Straftaten der Angeklagten, wegen welcher sie schon bestrafte sind, und der Entstehung des Planes eines Ueberfalles auf die Juwelierefrau Richter. Nach Würdigung der Ergebnisse der Beweisnahme über die Beteiligung der einzelnen Angeklagten läßt der Vertreter der Anklage das erschwerende Moment des Mitführens einer Waffe bei der Tat fallen, da der Angeklagte Kühne nach seiner eigenen, glaubhaften Angabe den Revolver nur zufällig bei sich getragen habe. Bei der Besprechung des Planes selbst sei auch schon davon die Rede gewesen, daß die sehr schwächliche Frau Richter wahrscheinlich ohnmächtig werden würde, so daß mit einer Anwendung des Revolvers von vornherein gar nicht gerechnet worden war. Von einem freiwilligen Rücktritt vom Versuche könne keine Rede sein, da die Angeklagten lediglich durch die Dicksprüche der Ueberfallenen gezwungen worden waren, von einer weiteren Ausführung der Tat Abstand zu nehmen. Der Staatsanwalt hält nach dem vorliegenden Material den Angeklagten Schz als das geistliche Oberhaupt der sämtlichen verbrecherischen Pläne. Gegen ihn sei deshalb die Schuldfrage nach Anklagung zum versuchten Raube unter Ausschluß mildernder Umstände zu bejahen. Bezüglich der Angeklagten Kühne, Kuchel und Stage beantworte er die Schuldfrage im Sinne der Anklage zu bejahen und diesen Angeklagten auch die mildernden Umstände nicht zu verlagern. Bei Stage, der die ausführende Rolle bei der Tat selbst übernommen hatte, und nicht, wie die drei anderen Täter, von der Tat getrieben war, empfehle sich keinesfalls die Jubilligung mildernder Umstände.

Es folgen längere Plaidoyers der acht Verteidiger der Angeklagten.

Die Beratung der Geschworenen zog sich bis 10 Uhr hin. Dem Wahspruch gemäß beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Bass gegen Stage wegen versuchten Raubes eine Zusatzstrafe von 1 Jahr Zuchthaus, gegen Kühne und Kuchel wegen versuchten Raubes je 9 Monate Gefängnis, gegen Stage wegen Beihilfe zum Diebstahl 2 Monate Gefängnis und gegen Schz wegen Anklagung zum versuchten Raube eine Zusatzstrafe von 2 Jahren Zuchthaus. Mit Ausnahme von Schz wurden den Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt. — Das Urteil lautete gegen Stage auf 1 Jahr Zuchthaus zusätzlich, gegen Kühne auf 9 Monate Gefängnis, gegen Kuchel auf 9 Monate Gefängnis, gegen Stage auf 3 Monate Gefängnis und gegen Schz auf 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Den Angeklagten wurden mehrere Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet.

### Su dem nahe bevorstehenden Umzugstermin

ist eine Entscheidung der 1. Zivilkammer des Landgerichts III beachtenswert, die in den „N. f. Rechtspfl.“ veröffentlicht wird und dahin zusammenzufassen ist: „Bei einem Umzug in Groß-Berlin ist auch, wenn nichts hierüber vereinbart ist, der Umzug von dem Frachtführer auf einmal zu bewirken. Erfolgt der Umzug ohne eine besondere Vertragsabrede allmählich — etwa durch mehrmaliges Hören desselben Wagens — so ist der Besteller zur Wiederholung der vereinbarten Vergütung berechtigt.“ In dem Streitfalle handelte es sich darum, daß ein Beauftragter des Frachtführers zu einem Wanne, der einen Umzug vorhatte, gekommen war, um sich über das in Frage kommende Mobiliar zu unterrichten. Er hatte erklärt, daß zu dem Umzuge ein größerer Wagen und ein kleinerer erforderlich sei. Nachher waren aber nicht zwei Wagen gestellt worden, sondern nur einer, wodurch der Umzug wesentlich verzögert wurde. In der Entscheidung heißt es u. a.: „Es kann dahingestellt bleiben, ob der Frachtführer sich zur Stellung von zwei Wagen ausdrücklich verpflichtet hat. Denn diese Verpflichtung ergibt sich bereits aus der Natur der Sache.“ Es ist in Groß-Berlin verkehrswidrig, daß der Frachtführer einen Umzug im Zweifel in der Weise bewirkt, daß das Mobiliar des Bestellers auf einmal von der bisherigen Wohnung nach der neuen Wohnung transportiert wird. Wenn der Frachtführer eine derartige Verpflichtung nicht übernehmen will, so ist es seine Sache, den Besteller von vornherein darauf hinzuweisen; andererseits darf dieser darauf rechnen, daß der Umzug in verkehrswidriger Weise bewirkt wird. Die streitige Verpflichtung der Magetin ergibt sich hieraus ohne weiteres aus dem § 242 B. G. B. in Verbindung mit den §§ 133 und 137.

### Eine Sophistanklage.

Wie Anklagen zustande kommen, wenn es sich um Arbeiter handelt, die für ihr Recht eintreten, nur in den Lokalen zu verhandeln, die ihnen auch für Versammlungen frei stehen, zeigte eine Verhandlung beim Amtsgericht Berlin-Tempelhof. Der Anklage lag der Lokalkampf zugrunde, den die Mariendorfer Arbeiter im Sommer letzten Jahres um das Graßlände Lokal begannen und noch führen. Der Genosse Reichardt hatte ein Strafmandat in Höhe von 10 R. erhalten, weil er ohne Erlaubnis Zettel verbreitet haben soll. Hingegen war gerichtliche Einschüßung beantragt, über die dieser Tage verhandelt wurde. Die Anklage war nicht von einem Beamten erhoben, sondern durch den Genossen Groß veranlaßt, der auch in der Verhandlung neben dem Redakteur der „Mariendorfer Zeitung“ Wegener und dessen Ehefrau als Belastungszeuge auftrat. Unter ihrem Eid mußten die Belastungszeugen zugeben, nicht gesehen zu haben, daß der Angeklagte Zettel verteilt habe. Der Zeuge Groß war über die angelegte Schandtat durch den Redakteur Wegener informiert. Gehe hatten aber beide nichts, ebensowenig die Ehefrau Wegener. So fiel die Anklage zusammen. Da die Verhandlung die volle Schuldlosigkeit des Angeklagten ergab, beantragte die Anklage die Freisprechung.

Der Angeklagte schloß sich dem Antrag an und ersuchte ferner, die Kosten des Verfahrens dem Redakteur Wegener aufzuerlegen, da dieser durch seine fahrlässigen Mitteilungen die Anklage und Anklageerhebung veranlaßt habe. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Dem weitergehenden Antrage des Angeklagten verweigerte das Gericht nicht zu entsprechen, weil Wegener nicht der direkt Angezeigte war.

### Der Gemeindevorsteher Schmidt von Rosenthal-Wilhelmsruh

Die widerwärtigen Zustände, die in Rosenthal-Wilhelmsruh eingerissen waren, seit dort der Gemeindevorsteher Schmidt seines Amtes waltete, werden jetzt wieder einmal — hoffentlich zum letzten Male — vor einem Gericht erörtert. Ein Verleumdungsprozess, für den wegen der großen Zahl der geladenen Zeugen eine Dauer von mindestens drei Tagen in Aussicht genommen ist, begann am Dienstag vor dem Amtsgericht Panitzsch auf Grund einer Privatklage des Gemeindevorstehers Schmidt gegen den Gemeindevorsteher Nord und einer Widerklage Nord's gegen Schmidt. Zwischen Herrn Schmidt und jenem Nord bestehen Differenzen seit Beginn der Schmidtschen Amtsführung. Gegen Schmidt hätte Nord unter anderem die Beschuldigung erhoben, daß er als Gemeindevorsteher pflichtwidrig einzelne Gemeindeglieder durch mildere Anwendung baupolizeilicher Bestimmungen begünstigt habe. Durch diesen Vorwurf fühlte Schmidt sich beleidigt. Er selber hatte bei Gelegenheit einer Klage gegen den Redakteur einer Wilhelmsruher Zeitung in einem Schriftsatz sich über Nord geäußert, daß dieser, weil nicht der Gemeindevorsteher geworden sei, ihn (Schmidt) in jeder Weise verfolgen, die Bevölkerung gegen ihn aufzureizen und ihn aus seiner Stellung zu bringen suche. Hierin

erklärte Nord eine Verleumdung. Gerannt fühlte er sich noch durch andere unfreundliche Äußerungen Schmidts über ihn und auch durch mehrere in hiesigen Lokalblättern veröffentlichte Artikel, die von dem Herrn Gemeindevorsteher selber verfaßt sein sollten. Die Erklärungen, die von den streitenden Parteien auf die Klage bezug, Widerklage abgegeben wurden, waren so ausführlich, daß sie den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch nahmen. Zeugen waren für Dienstag noch gar nicht geladen worden; nur ein Sachverständiger Regierungsbaumeister Alcemann hatte sich eingeladen und wurde dann auch gleich vernommen. Die Belandungen Alcemanns fielen nicht zuungunsten Schmidts aus. Auf eine Wiederlegung der beiderseitigen Erklärungen, die eine Fülle von Bezeugungsleistungen und von zum Teil recht heillosen Klatschgutagen förderten, kann einstweilen verzichtet werden. Wir wollen abwarten, wieviel davon am zweiten Verhandlungstage durch die Beweisaufnahme bestätigt werden wird.

Vernommen werden soll auch Oberbürgermeister Richter. Er soll bekunden, ob Schmidt seinen Gegner Nord, der Bureauassistent bei dem Magistrat der Stadt Berlin ist, dort eingeschmiegelt hat. Hier spielt mit hinein jener Streit zwischen der Stadt Berlin und der Gemeinde Rosenthal-Wilhelmsruh, der vor Jahren um das Recht Berlins, Kanalisationsröhren durch Rosenthal-Wilhelmsruh zu legen, entbrannte und mit einer Niederlage Berlins endete. Nord war in den Verdacht gebracht worden, auf Grund amtlicher Kenntnis der Akten des Magistrats nicht das Interesse seiner vorgesetzten Behörde, sondern seiner Wohngemeinde wahrgenommen zu haben, und er meint, daß Schmidt ihm das eingebracht habe. Demgegenüber versichert Schmidt, er habe hierzu um so weniger Anlag gehabt, als er (Schmidt) es ja gewesen sei, der die Rechtungsgültigkeit des von Rosenthal-Wilhelmsruh mit Berlin geschlossenen Vertrages erkannt und zur Aufhebung des Vertrages getreten habe. Den Juristen des Berliner Magistrats wird nicht ganz wohl dabei zu Rate sein, daß auch diese für sie so verdröhnliche Geschichte noch einmal aufgerührt werden soll.

### Zum Desinfektionszwang.

Der § 19 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 bestimmt: „Für Gegenstände und Räume, von denen anzunehmen ist, daß sie mit dem Anfrankheitsstoffe (einer ansteckenden Krankheit) befallen sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden.“ Das gemäß des Reichsgesetzes für Preußen erlassene Gesetz vom 28. August 1903, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, führt in seinem § 8 eine Reihe ansehender Krankheiten auf und bestimmt, daß bei diesen für die Dauer der Krankheitsgefahr die Absperrungs- und Aufsichtsmassregeln der §§ 12 bis 19 und 21 des zitierten Reichsgesetzes nach Maßgabe weiterer Bestimmungen des Gesetzes polizeilich angeordnet werden können. Unter diesen Krankheiten befindet sich auch Scharlach. Und der § 20 des preussischen Gesetzes sagt: „Die Gemeinden sind verpflichtet, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten notwendig sind, zu treffen und für deren ordnungsmäßige Unterhaltung zu sorgen. Die Kreise sind berechtigt, diese Einrichtungen an Stelle der Gemeinden zu treffen.“ Den Erlaß von Ausführungsbestimmungen überträgt das Gesetz dem Minister. Nachdem die Ausführungsbestimmungen für Preußen erlassen worden waren, erließ der Berliner Polizeipräsident unter dem 13. Dezember 1907 eine polizeiliche Anordnung, durch die er bezüglich der Hauptdesinfektionsanstalt (Schlußdesinfektion) bestimmte, sie sei lediglich durch die städtische Desinfektionsanstalt und deren Beamten vorzunehmen; eine andere sei nicht ausreichend. Diese Polizeiverordnung hatte Herr Brunnmann dadurch übertrieben, daß er die Beamten der städtischen Desinfektionsanstalt nicht zur Schlußdesinfektion nach Scharlach zuließ. Er bestritt die Gültigkeit der Verordnung und berief sich darauf, daß eine Privatesinfektionsanstalt genügend bei ihm desinfiziert habe.

Es wurde jedoch verurteilt. Das Kammergericht verwarf seine Revision mit folgender Begründung: Die fragliche Vorschrift des Polizeipräsidenten müsse als gültig erachtet werden. Das preussische Gesetz von 1903 habe die Ausführungsvorschriften dem Minister übertragen. Dieser habe nun bestimmt, daß nach der Genesung oder dem Tode eine sogenannte Schlußdesinfektion anzuordnen sei, und daß die angeordneten Desinfektionsmaßnahmen, soweit zünftig, durch staatlich geprüfte und amtlich bestellte Desinfektoren auszuführen seien. Es sei nun durchaus richtig, wenn sich der Polizeipräsident sagte, staatlich geprüft und zugleich amtlich bestellt seien nur die Beamten der städtischen Anstalt, und wenn er demgemäß in seiner ihm durch das Gesetz übertragenen Anordnung die Schlußdesinfektion nur durch die städtische Anstalt zuließ. Auch sei nicht § 1 der Gewerbeordnung verletzt, da das private Desinfektionsgewerbe durchaus nicht ganz ausgeschaltet, sondern höchstens in seiner Rentabilität beschränkt sei. Nur die Schlußdesinfektion durch Private sei ausgeschlossen. Nun sei geltend gemacht worden, die städtischen Beamten gingen zu rigoros vor. Darin liege für sie aber die höchste Anerkennung. Allerdings würden die städtischen Beamten nicht sagen: „Dieser Epithetaleiter ist zu kostbar, der kann nicht in den heißen Ofen kommen, und wenn er auch auf einem Cholerakranken gelegen habe.“ Solche Rücksichtnahme, aus der die privaten Anstalten ihren größten Gewinn zögen, verstoße direkt gegen den Willen des Gesetzes.

## Eingegangene Druckschriften.

- Neuland Unterarm 24. Illust. Wochenchrift. 30 Pf. H. Reclam, Leipzig.
- Der Staatsanwalt? Moderne Unterwelt und ihre Opfer. Von Th. Bencksen. 2 B. Schaubacher u. Co. Düsseldorf-Grafrath.
- Im Frieden unter den Kautschuken. Von R. Schreiber. 60 Pf. C. Georgi, Bonn.
- Jahresbericht 1900 des Arbeiter-Sekretariats und Gewerkschaftsrates Erfurt. 48 Seiten. H. Bredel, Erfurt.
- Bernard Shaw. Von J. Seck. 6 B., geb. 7 M. Van Santens glückliche Zeit. Roman von P. Braun. 1 B., geb. 1,25 M. C. H. Fischer, Berlin. Wilh. v. 90.
- Das dritte Geschlecht. Von M. Braunschweig. 1,00. C. Neufeld, Halle a. S.
- Die Ueberholung des Reichsgerichts und die Abhilfevorschlüge. Von Justizrat Güllner. 1 B., J. A. Proben, Leipzig.
- Statistische Erhebungen über die Lage der Berufe der Heimmechanik, Tischt und verwandter Gewerbe. Herausgegeben vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. 48 Seiten. L. Schade u. Co., Stuttgart.
- Gesammeltes. Von Christian Rosenheim. 74 Seiten. S. Cassirer, Berlin W. 33.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Schweizer Seimardell. 1. Heft. Von J. Lorenz. 70 Seiten. Grüttli-Buchhandlung, Jürich.
- Die Judenprognose in Rußland. Teil I: Allgemeines Teil. Teil 2: Einzelstellungen. Herausgegeben von der zur Erforschung der Prognose eingesetzten Kommission. Beide Bände 8 M. Jüdischer Verlag, Köln und Leipzig.
- Jahrbuch des Deutschen Arbeiter-Genossenschaftsbundes und der Volkshenographen Deutschlands und der Schweiz. 1910. 1 B. C. Richter, Lehr-Burgheim in Baden.
- Schaft Sonntag wahre Freude dem Volke! Von R. Schlen. 1 B., J. Rosner, Köln a. Rh.
- Reinwohnhaltungs-Anleihe. Herausgegeben von R. Seck. 1,80 R., geb. 2,40 M. Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Wiesbaden W.
- Geschichtsbericht des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Braunschweig, 1909. 110 Seiten. D. Hammerich, Braunschweig.
- Kranke und Sterblichkeitsverhältnisse in der Crispkrankenkasse für Leipzig und Umgegend. Bearbeitet im Kaiserlich Kaiserlichen Amt. 4 Bände. C. Heymanns Verlag, Berlin W. 9.
- 3. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Jülich 1909. 60 Seiten. Selbstverlag des Arbeitersekretariats.
- Die Gemeindeglieder der Stadt Halle a. S. Von Dr. G. Goldstein. 1. Heft. 4 Bände, 2.00 R. — Die Gemeindeglieder der Stadt Königsberg i. Pr. Von Dr. G. Neumann. 2,40 M. — Die Gemeindeglieder in den Städten, Kreisen und Landgemeinden des oberdeutschen Industriebezirks. Von Dr. G. Kuffer. 2 B. — Gemeindefinanzen. 2 Bände. 1. Teil. Eingetragen der Finanzpolitik der Gemeinden. 4,40 M. Duncker u. Humblot, Leipzig.
- Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1909 des Deutschen Metallarbeitersverbandes. Verwaltung Berlin. 112 Seiten. C. H. Fischer, Berlin NW. 6.

**Vermischtes.**

Beim Spiel erschossen. Im Dorfe Weihenberg bei Schmöllin, Kreis Stolz, sah der acht Jahre alte Sohn eines Bauernhofbesizers ein geladenes Leiching stehen. Er spielte mit der Schußwaffe und legte sie auf sein zwei Jahre altes Brüdchen an. Pöblich ging ein Schuß los und traf das Kind so unglücklich, daß es sofort tot war.

Ein Kind von einem Adler geraubt? Aus Innsbruck wird gemeldet: Der Birt und Jäger Müller aus Weihenau bei Wils fand in einem Walde unweit von Wils das Gerippe eines Adlers und neben diesem ein menschliches Skelett, das das eines Kindes zu sein

scheint. In dieser Gegend ist vor einiger Zeit ein Kind spurlos verschwunden, man nimmt daher mit Bestimmtheit an, daß dieses von dem Adler geraubt und in den Wald getragen wurde.

**Dreihundert Personen ertrunken.**

Eine portugiesische Schaluppe, die den Hafen von Ilha do Pico (Azoren) bei hohem Seegang verlassen hatte, ist, wie aus Lissabon gemeldet wird, gesunken. Dreihundert Personen sind ertrunken.

**Wetterprognose für Mittwoch, den 16. März 1910.**

Veränderlich, vielwolfig mit leichten Regenschauern, mäßigen südlichen Winden, etwas wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur. Berliner Wetterbureau.

**Witterungsübersicht vom 15. März 1910, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Erntemünde	767 68		3 mäßig	0	10	Liparanda	764 68			0	8
Danzburg	766 60		2 mäßig	0	10	Petersburg	757 68			0	8
Berlin	767 68		2 mäßig	0	10	Seilly	764 60			0	8
Frankf. a. M.	768 60		4 mäßig	1	10	Aberdeen	763 68			1	1
Pranßen	768 60		5 bedekt	1	10	Ganz	768 68			1	1
Wien	766 60		1 bedekt	1	10						

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 12. März verstarb unser  
Mitglied, der Arbeiter  
**Hermann Krause**  
Schwebenstr. 11a.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. März, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Pauls-Kirchhofes  
in Köpenick aus statt. 226/3  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Montag, 14. März, früh 7 1/2 Uhr,  
entschiedlich nach langem, schwerem  
Leiden meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Schwester, Schwieger-  
mutter, Tante und Großmutter  
**Berta Hagedorn**  
im Alter von 63 Jahren. Dies  
seligen betrübte an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Robert Hagedorn** nebst Kindern,  
Adlershof, den 14. März 1910.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause,  
Genossenschaftsstr. 27, aus nach  
dem Adlershofer Kirchhof, Geden-  
berstraße, statt.

Am 13. d. Mts. starb nach  
langem schwerem Leiden mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
Sohn, Schwiegersohn, Bruder  
Schwager und Onkel, der Schrift-  
setzer  
**Paul Lubisch**  
im Alter von 53 Jahren.  
Im Namen der trauernden  
Hinterbliebenen die tiefbetrübt  
witwe  
**Hedwig Lubisch** geb. Horzberg,  
Adlershof, Panitzschstr. 59.  
Die Beerdigung findet Donner-  
stag, den 17. d. Mts., nachmittags  
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
neuen Pauls-Kirchhofes, Ger-  
mannstraße, aus statt.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Hermann Krause**  
am 12. März an Bluterkrankung  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. März, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Pauls-Kirchhofes  
in Köpenick aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
113/9 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Adlershof.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am Montag, den 14. März,  
die Genossin  
**Frau Berta Hagedorn**  
Genossenschaftsstr. 27 nach langem  
Leiden verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-  
hause, Genossenschaftsstr. 27, aus  
statt. 202/12  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

Am 13. d. Mts. verstarb nach  
langem Leiden unser Mitarbeiter,  
der Schriftsetzer  
**Paul Lubisch**  
im Alter von 53 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Das Personal der Buchdruckerei  
H. S. Hermann.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 17. d. Mts.,  
nachmittags 5 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des neuen Pauls-  
Kirchhofes in der Hermannstraße  
aus statt. 1206/8

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Droßkoffen-  
führer  
**Julius Zimmermann**  
am 13. März im Alter von  
56 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des städtischen Friedhofs in  
Friedrichsfelde aus statt.  
67/9 Die Bezirksverwaltung.

**Arbeiter-Turnverein**  
**zu Adlershof.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am Montag früh unsere  
Zurnschwester Frau  
**Berta Hagedorn**  
verstorben ist. 283/19  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
vom Trauerhause in der Genossen-  
schaftstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Westmanns Trauermagazin**  
**Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sahrg. Ausw. fort. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochlegant. Genre z. äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Zentralverband**  
**der Böttcher, Weinküfer und**  
**Hilfsarbeiter Deutschlands**  
(Filiale Berlin).  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Franz Köppe**  
(Gehendhoffer-Bränerlei Wd. 1)  
am 14. d. Mts. nach schwerem  
Leiden gestorben ist. 39/1  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
vom Trauerhause Tühter Str. 64  
aus auf dem Hintersteichungs-  
Kirchhof in Weihenau, Licht-  
berger Straße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Kollegin  
**Berta Berndt**  
am 13. März gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 16. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle in Gr.-Lichterfelde, Lange-  
straße, aus statt.  
Um zahlreicher Beteiligung ersucht  
23/14 Die Ortsverwaltung.

**Verleih-Institut:**  
**Frack**  
Friedrichstr. 118/1, a. Drabg.  
-Ter. Weg. Rand, Gehrad  
1,50, Hufe 1,00, Beste 50 Pf.  
**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von **Dr. H. Unger**. - Gegen 30 Pfennig auf 10 W. Anwendung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Ganzkraut.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-  
Apothek., Barnimstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 112/8

**Kranzspenden**  
sowie Blumenarrangements  
Liefert geschmackvoll, billig  
**Paul Gross**  
SW. 68, Lindenstraße 69  
Tel. IV. 7303 1198/8  
Vorwärtshaus.  
**Legehühner**  
1909 Bräuder, schon fleißig legende,  
belieb. Farbe, garant. leb. Ankauf,  
18 St. 84 M., 12 St. 24 M., 6 St.  
13 M., alles in Höhe. **Schneller**,  
Wladimir D. S. Nr. 2. 1212/7

**Verleih-Institut:**  
**Frack**  
Friedrichstr. 118/1, a. Drabg.  
-Ter. Weg. Rand, Gehrad  
1,50, Hufe 1,00, Beste 50 Pf.  
**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von **Dr. H. Unger**. - Gegen 30 Pfennig auf 10 W. Anwendung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Ganzkraut.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (30 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-  
Apothek., Barnimstraße 33. - München: Schützen-Apothek. - Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 112/8

**Kautabake**  
**Grimm & Triepel, Nordhausen**  
stets zu haben bei  
**Max Ziegenhals, BERLIN NO., Neue Königstr. 70**  
Wöchentlich frische Sendungen.  
Um zu  
räumen für 25 Pf. pro  
Pfund  
**Ia. Schweine-Klein-Fleisch**  
von 80 Pfund an: enthaltend Köpfe, Schwänze, fleischige Woten, Ohren etc.  
von inländischen Landschweinen, amtlich untersucht; leicht gefalgene Ware.  
10 Pfund-Koll 2,80 M., Ia. Eisbein pr. Pfd. 50 Pf.  
Ia. Schätropfen pr. Pfd. 40 Pf., Ia. Fleischwurst pr. 65 Pf.  
Ia. Fleischwurst pr. Pfd. 1 M., Ia. Cervelatwurst pr. Pfd. 1,20 M.  
212/7  
**Alb. Carstens, Altona 410.**

**Oster-Angebot!**  
Sofortiger Entschluss dringend notwendig, weil in der Oster-  
woche der Andrang nicht zu bewältigen ist!

**Westmann**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: NO., Gr. Frankfurterstr. 115 (nahe Andreasstr.)  
von M. 5.- an **Blusen, Röcke etc.**  
von M. 10.- an **Staubmänt., engl. Paletots, Jackets**  
von M. 20.- an **seld. Mäntel, Beduinen, Kimonos**  
von M. 25.- an **Kostüme etc.**  
von M. 30.- an **französische Kleider**  
von M. 40.- an **Originalmodelle.**  
Die Preise haben eine bedeutende Ermäßigung,  
zum Teil bis auf die Hälfte erfahren!  
Hochovernahme, äusserst geübigen und geschick angearbeitete  
**KONFEKTION**  
aus feinsten Stoffen und in formvollendeter Ausführung  
in allen Preislagen bis zu M. 250.-!  
Auf Wunsch bei Einkauf von nur M. 12.00 an  
gratis 2 1/2 Meter Stoff zu einem Rock!

**Trauer-Westmann** (gez. geschl.)  
Extra-Abteilung  
für billige fertige Trauerkleider, Hüte, Schleier etc.



**Achtung! Rohrtabak!**  
**Loggut**  
zur Hälfte Umblatt, rein  
überreife, von uns aus un-  
beschädigt. **Origin-Ballen**  
zusammengestellt, bestehend  
aus: **Carmen, Domingo,**  
**Seedleaf, Java** usw.  
zum Preise (295/6)  
per Pfund 1.05 M.  
**Hamburger Rohrtabakhaus**  
Filiale: Berlin N.,  
Brunnen-Straße 100.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
sicht am  
Mortizplatz,  
**Möbel**  
in jeder Preislage.  
Verkauf im Anbrotgebäude,  
kein Laden. 45742  
**Thomas, Tischlerei, Bernauer**  
Lieferant der Konsumgenossenschaft.

**Kredit**  
Donn. 10 M. Ueber-  
eigen. Gevrennenderobe  
n. Maß (billigste Preise)  
Schneidermeister,  
Ludewstr. 110.  
Kasse 10 Proz. Rabatt.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzüge od. Paletots  
nach Maß, schnell, dauerhaft, Zutores,  
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade 11 (Süd-Östbr.)

**Bücher, Meyer, Brodhand.**  
**Lexikon kauft**  
Gannemanns Buchhandlung  
Berlin SW., 209 Friedrichstraße 208.

**Steypdecken**  
nur eigene Fabrikation  
im Hause. Eingeliefert an  
Vindale zu Fabrikpreisen.  
**Bernhard Strohmandel,**  
Berlin, 72, Wallstr. 72,  
wo auch alte Steypdecken aufgehoben  
werden. - Muster, Preisverzeichn. gratis.

**Kunstgeigenbauer E. Toussaint**  
BERLIN O.  
Joachimstraße 11 C,  
bietet Reparaturen  
auf Wunsch zugleich mit  
verz. Lownerstellung.  
Spezialität:  
Erzeugung des all-  
italienischen Timbre  
für große Sätze an allen  
u. mit neuen Geigen. u.  
MADIGES Honorar.

Beim Vorzeigen dieses Inserats 4% Rabatt.

**Damen sparen Geld!**

Nach besonderer „Einzelverkauf“  
Engros - Saison, Kammgarn u. 18-75 M.  
Rocheleg. Kostüme, Tuchstoffe  
moderne Farben, schwarz weiß karliert  
Anschliessende Tuch-Paletots Lang. 12-30 M.  
Frauenpaletots mit eleganten  
Stückereien 10-30 M.  
Hochelegante Modes-Paletots  
Moira, Goldornitg 18-25 M.  
bedeutend unt. Herstellungspreis.  
Spezial.: Extrawellen für starke Damen.  
Aparie Kimonos u. Bast-Mäntel 15-30 M.  
Übergangs-Paletots englische Art 5-25 M.  
Weiße u. farbige Golt-Paletots 7-18 M.  
Bachisch u. Kinder-Paletots 3-10 M.  
Staubmäntel, Regenmäntel 5-25 M. kein Laden!  
Max Kosezytz, Berlin O., eine Treppe,  
am Alexanderpl., Landsberger Str. 59,  
Achtung Sie in Ihrem eigenen Interesse auf die Hausnummer.  
Sonntag, den 20. d. M., bis 6 Uhr abends geöffnet.




**Für Gastwirte**

**Gartenlokale ☐ Kaffeeküchen**

offerieren:

**Kaffeeekannen, Milchtöpfe, Tassen, Teller etc.**  
sowie **sämtliche Sorten Gläser, Seidel und Becher** in den neuen Formen.  
**Tabletts, Löffel, Bestecks etc.**  
außergewöhnlich billig.

**L. Katz & Co., Spezialgeschäft**  
für Gastwirtsartikel.  
Spandauer Str. 45  
am Molkenmarkt.  
Filialen: Rixdorf: Bergstr. 65, Brandenburg a. H.:  
am Ringbahnhof. Hauptstraße 59/60.

**JOSETTI CIGARETTES**

Ihren Erfolg verdanken  
**JOSETTI VERA**  
Cigaretten

nur dem hohen Grad Ihrer Güte und der Tatsache, daß Besseres in der 3 Pfg.-Preislage nicht geboten werden kann.

Joseffi-Vera-Cigaretten  
m. u. o. M.  
10 SL 30 Pfg.

**DE THOMPSON'S**  
Seifenpulver

Garantieren frei von schädlichen Bestandteilen

das beste Waschmittel.

1/2 Pfund-Paket 15 Pfg.

**Möbel-Fabrik-Lager**  
Siegmann Misch, Dresdenstr. 16 liefert  
— ob Bar- oder Teilzahlung —  
stets dieselbe anerkannt gediegene Qualität. Spezialgeschäft Nur Möbel.  
Kein Abzahlungsgeschäft.

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum,  
in nächster Nähe des Schillerplatz und des Schillerfests vorzüglich gelegene  
Wohnung 3, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit  
auch ohne Bad, Balken usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-  
Promenade, Briener Straße, Mühl-Straße, Holländer- und Thuner Straße

Wenn Sie Stoff haben!  
Von 200 Mark an fertig als schicken hochmodernen Anzug oder Paletot nach Maß mit eleganten Zubehören.  
Von unsoren Stoffen liefern wir ein streng mod. Anzug oder Paletot nach Maß, mit besten Zusätzen u. Hochwertigen haltung von 50 Mark an. Alles mit Approb. Elegante Englische Damenmoden.  
**Adolf Roessner & Sohn**  
Neue Köpenicker Str. 11 (am Alexanderplatz).

**Herren- und Knaben-Garderobe**  
fertig u. nach Maß auf Teilzahlung  
Woche von 1 Mark an  
**J. Kurzberg**  
Rosenthaler Str. 40.

**Aluminium gelötet**

Das Rätsel ist gelöst!

Aluminium läßt sich löten, wie jedes andere Metall.

**Aluminiumlot nebst Flussmittel Grubelin**  
Deutsches Reichspatent u. Auslandspatente.  
**Grubers säurefreie Löt-Salbe.**  
Interessenten stehen ausführliche Prospekte und Gutachten von ersten industriellen Unternehmungen kostenlos zur Verfügung.  
**Grubers Aluminiumlot-Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin-Wilmersdorf 9, Landhausstrasse 53.

**Sensationelle Eröffnungs-Preise.**

Um mein neues Unternehmen  
**Herrenbekleidungshaus größten Stils**  
zu streng festen Preisen

bekannt zu machen, verkaufe ich

Herren-Anzüge Mode 1910	M.	8 <sup>75</sup>	12 <sup>00</sup>	16 <sup>00</sup>	18 <sup>00</sup>	24 <sup>00</sup>
Herren-Ulster die neuesten Schlager	M.	11 <sup>00</sup>	14 <sup>00</sup>	16 <sup>00</sup>	18 <sup>00</sup>	20 <sup>00</sup>
Herren-Paletots dunkel und farbig	M.	7 <sup>50</sup>	10 <sup>00</sup>	14 <sup>00</sup>	16 <sup>00</sup>	18 <sup>00</sup>

Jünglings-Anzüge und Ulster enorm billig.

1 Posten bunte Westen Wert bis 7,50	M.	1 <sup>75</sup>	2 <sup>50</sup>	3 <sup>00</sup>	4 <sup>00</sup>
Hosen	M.	1 <sup>90</sup>	2 <sup>50</sup>	4 <sup>00</sup>	
Gehrock-Anzüge	M.	19 <sup>00</sup>	24 <sup>00</sup>	28 <sup>00</sup>	

**Maß-Abteilung:**

Anzüge	M.	30 <sup>00</sup>	40 <sup>00</sup>	50 <sup>00</sup>	Paletots und Ulster	M.	25 <sup>00</sup>	35 <sup>00</sup>	45 <sup>00</sup>
--------	----	------------------	------------------	------------------	---------------------	----	------------------	------------------	------------------

**August Pietsch G. m. b. H.**  
Rosenthaler Straße 9, Ecke Auguststraße.  
Jeder Gegenstand ist mit dem billigsten, aber streng festen Preise ausgezeichnet.

**Beachten Sie meine Schaufenster!**

# Das Sensationellste vom Sensationellsten

ist unbedingt die hiermit gegebene Aufklärung unseres seit längerer Zeit erfolgenden Zurufes:

„Man werde Kunde bei uns und sammle unsere Annoncen!“

für alle, die diesen wohlgemeinten Rat befolgt haben und ihn noch befolgen wollen! Denn noch ist es nicht zu spät!

Die von unseren Kunden, d. h. solchen, die ein Kontobuch unserer Firma besitzen, gesammelten Annoncen — ganz gleich aus welcher Zeitung und ob immer dieselben — sind an den zwei Tagen 25. und 26. Mai 1910 von Vormittags 10 Uhr bis Abends 6 Uhr in unserem Geschäftsalokal, **Schöneberg, Hauptstr. 19**, abzuliefern und dabei das Kontobuch des Sammlers vorzulegen. Der Sammlerkunde erhält über die Anzahl der abgelieferten Annoncen eine Bescheinigung.

Für die besten Sammler sind 50 Geldpreise ausgesetzt:

1. Preis für den Sammler der meisten Annoncen 100 M. bares Geld
  2. Preis für den nächstbesten Sammler 80 M. bares Geld
  3. Preis für den nächstbesten Sammler 70 M. bares Geld
  4. Preis für den nächstbesten Sammler 60 M. bares Geld
  5. Preis für den nächstbesten Sammler 50 M. bares Geld
  6. Preis für den nächstbesten Sammler 40 M. bares Geld
  7. Preis für den nächstbesten Sammler 30 M. bares Geld
  8. Preis für den nächstbesten Sammler 25 M. bares Geld
  9. Preis für den nächstbesten Sammler 20 M. bares Geld
  10. Preis für den nächstbesten Sammler 15 M. bares Geld
- und für die 40 nächstbesten je ein Preis von 10 M. bares Geld

Damit aber jedem unserer sammelnden Kunden unter allen Umständen eine Belohnung für seine Bemühungen zufällt, erhält derjenige, welcher mehr als 50 Annoncen abgeliefert, 6 Eintrittskarten, und jeder, der weniger als 50 Annoncen gesammelt hat, 2 Eintrittskarten, welche zum vollständig freien Eintritt zu den interessantesten und amüsantesten Vorstellungen des im selben Hause, **Schöneberg, Hauptstrasse 19**, befindlichen wunderbaren Kinematographen-Theaters „Coelis“ berechtigen.

Die Auslobung ist unwiderruflich. Die Feststellung der 50 besten Sammler geschieht durch einen königlichen Notar und wird den Gewinnern unverzüglich Mitteilung davon gemacht. Die Geldpreise werden sofort ausgezahlt, die Eintrittskarten bis Ende Juni 1910 ausgegeben.

Wir wiederholen immer wieder von neuem:

Noch ist es für niemand zu spät, sich diese Vergünstigung ebenfalls zu nutze machen zu können

## Auf allerbequemste Teilzahlung

<p><b>Damen-Konfektion</b> Blusen, Paletots, Kostüme, Röcke etc. (nur streng moderne Genres).</p> <p><b>Herren-Konfektion</b> Anzüge, Paletots, Ulster etc. in allen Größen (auch nach Maß)</p> <p><b>Mädchen- und Knaben-Bekleidung</b> Manufakturwaren Weißwaren u. Wäsche</p>	<p><b>Möbel- und Polsterwaren</b> Einzelne Stücke in allen Holzarten. Lieferung vollständiger Wohnungs-Einrichtungen von der einfachsten bis zur gediegensten bürgerlichen Ausstattung</p> <p>Teppiche × Betten × Stoppdecken Gardinen × Stores × Portieren etc.</p>
--	--

Völlig Gleichgewicht trotz Kreditgewährung zwischen Preis und Qualität der Waare

Reichhaltige Auswahl in allen Abteilungen  
Bequemste, kaum merkbar winzige Abzahlungsbeträge.  
ganz den Wünschen des Käufers entsprechend  
Jedermann, ob ledig oder verheiratet, ob Dame oder Herr, erhält Kredit!

## Kaufhaus auf Kredit Für alle Welt

Schöneberg, Hauptstrasse 19  
direkt am Kaiser-Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber



Partei-Angelegenheiten.

Das Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend sowie das Brandenburger Provinzial-Sekretariat werden heute nach Lindenstr. 69 in den 3. Hof, Aufgange 4 Treppen, verlegt.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 20. März, mittags 2 Uhr pünktlich, findet eine Urania-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Im Firmenglanz des Ober-Ginadin“.

Sechster Wahlkreis. Achtung! Diejenigen Parteigenossen, die sich am letzten Jahlabend zur freiwilligen Wahlhilfe bei der Gemeindevahl in Pantow zum 16. und 17. März gemeldet und ihre Adresse schriftlich abgeben haben, werden dringend ersucht, sich heute Mittwoch sowohl als am Donnerstag, nachmittags von 4 Uhr ab im Zentral-Wahlbureau bei Meißner, Schlossstr. 2, zur Verfügung zu stellen.

Friedrichshede. Zu der morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, stattfindenden wichtigen Flugblattverbreitung wollen sämtliche Genossen in den Bezirkslokalen erscheinen.

Tegel. Am Donnerstag, den 17. März, von abends 7 Uhr ab, findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt.

Am Freitag, den 18. März, findet in W. Trapps Festsaal, Bahnhofstr. 1, eine öffentliche Versammlung statt. Agitiert für Massenbesuch.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 Uhr findet in Wohlfahrts-Gesellschaftshaus, Etabornstr. 18, eine öffentliche Versammlung statt. Referent: Stadiv. D. Grauer-Lichtenberg.

Die Genossen werden ersucht, sich morgen, am Tage der Wahl, schon um 1/4 Uhr im Wahllokal einzufinden. Die Genossen, die bei der Wahl helfen, treffen sich um 3 1/2 Uhr im Lokal von Wausch, Antonienstraße.

Potsdam. Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Vitorlogarten“, Alte Luisenstr. 37, eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: Märzgedanken 1848/1910. Heute (Mittwoch), abends 8 Uhr, in allen Bezirken: Jahlabend.

Berliner Nachrichten.

Die Beratung über die Etats der städtischen Werke

Der Etat der Gaswerke. Eine eingehende Diskussion erforderte der Etat der Gaswerke. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Behandlung der Arbeiterausschüsse einer Kritik unterzogen. So sei im Vorjahre der Arbeiterausschuss aufgefordert worden, Anträge, die sich auf die neue Arbeitsordnung beziehen sollten, einzubringen. Am 10. Juli hätten die Arbeiter dem entsprechen, man habe es aber nicht für nötig gehalten, den Arbeitern auch nur eine Antwort zu geben, was aus ihren Anträgen geworden sei. Es sei vielmehr am 18. Dezember die neue Arbeitsordnung angehängt worden mit dem Bemerkten, daß sie am 1. Januar 1910 in Kraft trete, ohne daß auch nur die minimalsten Wünsche der Arbeiter berücksichtigt worden seien. Verfahren man so, so sei der Arbeiterausschuss nur Popanz. Dann aber werde auch das Konsultationsrecht der Arbeiter insofern eingezogen, als verboten sei, während der Pausen Handzettel zu Versammlungen zu verteilen, in denen die Arbeiter ihre Wünsche an die Direktion formulieren wollten. Getadelt müsse auch werden, daß den Ausschussmitgliedern keine Abschriften der Protokolle der Ausschüßungen zugesandt würden, sondern daß die Protokolle nur „zur Einsichtnahme“ im Bureau ausliegen. Der Magistratsvertreter legt dar, daß nach der Gewerbeordnung die Arbeiter vor Erlass einer neuen Arbeitsordnung gehört werden müßten. Das sei geschehen, eine andere Verpflichtung bestände nicht. Deswegen sei der Geschäftsgang vollkommen richtig. Das müßten die Arbeiter doch auch wissen, die sonst doch sehr genau mit den gesetzlichen Vorschriften vertraut seien. Eine Agitation auch während der Pausen könne im Betriebe nicht zugelassen werden. Es gäbe übrigens kaum noch Pausen, da die Arbeiter am liebsten hintereinander arbeiteten, um früher Feierabend zu haben. Was die Arbeiter in der Zeit tun, da sie nicht mehr im Betriebe seien, gehe die Direktion nichts an; in der freien Zeit könnten die Arbeiter tun, was ihnen beliebe. Protokollabschriften könnten nicht erteilt werden, da sie schließlich eine Verwendung finden könnten, die nicht beliebt werde. Die Einsichtnahme der Protokolle könnte im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes auch nur nach Schluß der Arbeit zugelassen werden. Die Arbeiter hätten sich in dieser Frage schon an alle Instanzen gewendet, seien aber auch vom Magistrat abgewiesen worden. Auch die Lohnfrage der in den Gaswerken beschäftigten Arbeiter wurde erörtert, und da war es zunächst der Kammerer, der Sturm lief gegen eine Verbesserung der Lage der Arbeiter in den Gaswerken und in den städtischen Betrieben überhaupt. Auf diesem Gebiete müsse endlich einmal Ruhe eintreten, man solle den Wogen nicht überspannen, wolle man die Existenz der städtischen Betriebe nicht in Frage stellen. Und nun kam er mit seiner berühmten Prozentrechnung, die er in Erwartung der Lohndebatten für die einzelnen Betriebe sich hat anfertigen lassen. Gerade bei den Gaswerken seien die Löhne in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen, er gab dabei die die freiwilligen Herren erscheidende Ziffer von 150 Prozent für einzelne Kategorien an. Bei näherer Betrachtung dieser Ziffer ergab sich, daß er recht sonderbare Anschauungen seinen Berechnungen zugrunde legte. Um zu seiner Ziffer zu kommen, zog er außer den Lohnhöhungen innerhalb der angegebenen Zeit auch die eingetretene Verkürzung der Arbeitszeit in seine Auffassung ein, die je nach den verschiedenen Arbeiterkategorien eine bis zwei Stunden betrage. Unsere Genossen weisen an der Hand des Produktionswertes darauf hin, daß durch die Produktion gestiegen sei. Und wenn man auch zugeben müsse, daß die technischen Neuerungen einen Anteil daran hätten, so ergäbe sich doch auch eine Steigerung der Arbeitsleistung. Der Herr Kammerer war auf diesem Gebiete unbeherrschbar, er bestritt rundweg die Möglichkeit einer Steigerung der Arbeitsleistung bei herabgesetzter Arbeitszeit: „Dann dünne auch ein Mann in einer Stunde dasselbe leisten wie sonst in acht Stunden“, war seine nationalökonomische Weisheit. Da kann man allerdings nicht mehr diskutieren. Der Dezernent der Gaswerke wies zum Vergleiche der in den Gasbetrieben gezahlten hohen Löhne auf die von der preussischen Eisenbahnverwaltung an ungelernete Arbeiter gezahlten viel niedrigeren Lohnsätze hin, selbst die A. E. G. entlohne die ungelerneten Arbeiter erheblich niedriger als die Gaswerke. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Etatsausschusses rühten die Unschicklichkeit dieses Vergleichs ins rechte Licht.

Ein großes öffentliches Interesse beanspruchten auch die Auseinandersetzungen über die Rentabilität der Gaswerke. Der Kammerer hatte in seiner Etatsrede erzählt, daß die Verzinsung des in den Gaswerken investierten Kapitals durch den Ueberdruck betragen habe im Jahre 1898 7 Proz., im Jahre 1905 6 Proz., im Jahre 1908 4 Proz. und im Jahre 1910 soll sie 3,8 Proz. betragen und hatte damit Zustimmung gegen die Gaswerke gemacht. Im Aufsatze wurde nachgewiesen, und zwar von dem Dezernenten der Gasverwaltung, daß die Gaswerke sehr vorteilhaft arbeiteten. Der Ueberdruck sei ständig gestiegen, nur im Vorjahre etwas zurückgegangen. Die Berechnungen des Kammerers sind falsch. Er hat

nämlich vergessen, die erheblichen Amortisationen, die gemacht worden sind, bei seinen Berechnungen zu berücksichtigen, eine Amortisation, die sich kein privater Betrieb leisten, ganz abgesehen von der großen Leistung der Gaswerke für öffentliche Beleuchtung. Würden die Gaswerke eine Berechnungsart aufstellen, wie beispielsweise eine Gesellschaft sie anwende, so würde das finanzielle Ergebnis noch in weit günstigerem Lichte erscheinen. Wenn der Kammerer bei Berechnung der Löhne der Arbeiter auch so „richtig“ gerechnet hat, dann kann man sich schon vorstellen, daß er Zahlen erhält, die er gerade braucht, jedenfalls sind die Redenkunststücke des städtischen Finanzministers mit großer Vorhut zu geneizen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch einem Projekt Erwähnung getan, nach dem eine Gesellschaft, hinter der bestimmte Banken ständen, geneigt wäre, die Gaswerke zu pachten, unter der Bedingung, der Stadt eine jährliche Abgabe von 16, nach einer anderen Meldung 18 Millionen zu zahlen und den Gaspreis herabzusetzen. Ernsthaft wurde auf die Sache nicht eingegangen, da gar kein Anlaß vorliegt, unsere Gaswerke aus der Hand zu geben. Man sieht aber doch, wohin in gewissen Kreisen der Weg führt und daß zeitweilen aufgemerkt werden muß.

Schließlich wurde bei diesem Etat ganz unvernünftig von einem Mitgliede der neuen Linken ein Antrag eingebracht, eine gemischte Deputation einzusetzen, die über die Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter beraten soll. Der Einbringer des Antrages entschuldigte sich gemüßregnet, daß er nur der Ueberbringer sei, ein Fraktionskollege habe ihn gebeten, den Antrag vorzulegen, er hatte aber kein Wort für die Sache. Der Antrag wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Mitglieder stimmten dafür. Bei der im Ausschusse herrschenden Stimmung, auf 100 Proz. zu kommen, haben nur Anträge Aussicht auf Annahme, die Streichungen von Etatspositionen in sich schließen.

Klagen über schlechte Luft in Schulräumen. Schreien noch immer wieder. Sie werden wohl auch nicht so bald gänzlich aufhören, trotz allen Fortschritten der Schulgesundheitspflege, die uns in neuerer Zeit besichert worden sind. Wo in geschlossenen Räumen eine größere Zahl Menschen mehrere Stunden hindurch nebeneinander weilen, wird selbst bei guten Lüftungsbedingungen die Beschaffenheit der Luft nicht völlig einwandfrei sein. Um so mehr sollte aber dafür gesorgt werden, daß von Schulräumen wenigstens jede andere Ursache der Luftverschlechterung nach Möglichkeit ferngehalten wird. In Berlin haben die Schulärzte manches getan, um den Klagen über schlechte Schulluft abzuhelfen. Wir möchten jedoch nicht sagen, daß sie auf diesem Gebiet nicht noch mehr tun könnten. In dem vorletzten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte hand zu lesen, daß nur in älteren Schulgebäuden und in den von Schulen benutzten Mietshäusern die Luft als schlecht empfunden werde, während aus neuen Schulhäusern solche Klagen überhaupt nicht kämen. So allgemein kann man diesem Lob der neuen Schulhäuser leider nicht zustimmen.

Aus der 240. Knaben-Gemeinschaft (Balduienstraße), die in einem der neueren Schulhäuser untergebracht ist, sind sehr lebhaft Klagen über schlechte Luft an uns gelangt. Dieser Uebelstand werde in verschiedenen Räumen des Schulhauses empfunden, besonders aber sei in der Klasse II M die Luft zuweilen so schlecht, daß dadurch geradezu Erkrankungen von Schülfern und auch von Lehrern hervorgerufen worden seien. Die Ursache der Luftverschlechterung ist hier nicht in einem Mangel der Lüftungsrichtungen zu suchen, sondern in der Gasheizung, durch die das Klassenzimmer erwärmt wird. Ob der Gasofen schlecht ist, oder ob gar die Zuleitungsrohre undicht geworden sind, darüber scheinen die Sachverständigen sich noch zu streiten. Die Annahme, daß die Röhren undicht seien, hat manches für sich. Es wird uns gesagt, daß in Klasse II M eine Verwerfung der Zimmerdecke eingetreten sei, die sehr wohl zu Brüchen der Röhren geführt haben könne. Auch in anderen Räumen soll es zu solchen Verwerfungen und Senkungen gekommen sein; so habe beispielsweise die Decke der Aula schon an mehreren Stellen abgehoben werden müssen. Wiederholt sollen an den Gasröhren erhebliche Defekte festgestellt worden sein, über die man sich ja bei solchen Zuständen nicht wundern könnte. Nebenbei bemerkt: der Bau dieses Schulhauses ist in etwa 1 1/2 Jahren ausgeführt worden, in der Zeit von Mitte August 1900 bis Ende März 1902. Doch die ausschlaggebende Ursache der Luftverschlechterung ist wohl die, daß überhaupt Gasöfen zur Erwärmung der Schulräume genommen worden sind. Gasöfen in Schulräumen haben von vornherein ihr Bedenkliches; in der 240. Schule aber scheinen sie ohnehin mangelhaft zu funktionieren. In Klasse II M sind bei einer gewissen Windrichtung und Windstärke zuweilen einige der Heizklappen erloschen, was natürlich nicht immer sogleich bemerkt wurde, so daß Gas unverbrannt ausströmte. Durch Reparaturen an den Windfängen, die sich auf dem Dach befinden, soll keine Besserung erzielt worden sein. In den Gasöfen sondern sich auch Schwefelkristalle ab, zahlreich finden sie sich in dem Ofen der Klasse II M. Bei Erwärmung des Ofens trägt dieser Schwefel durch Vergasung zu weiterer Verschlechterung der Luft bei. Die Klagen über schlechte Luft reichen hier schon um Monate, ja um Jahre zurück. Inzwischen sind Revisionen des Ofens und der Zuleitung vorgenommen worden, aber geändert hat sich wenig oder nichts. Mehrfach mußten Anaben aus dem Unterricht nach Hause geschickt werden, weil unter dem Einfluß der schlechten Luft Unwohlsein bei ihnen bemerkbar gemacht hatte. Unwohlsein dieser Art befiel einmal an einem Vormittag vier Knaben, so daß sie aus dem Unterricht entlassen werden mußten. Einer der Knaben mußte dann ein paar Tage der Schule fernbleiben und zeitweise sogar das Bett hüten. Auch ein Lehrer hat wegen eines durch die Gasheizung hervorgerufenen Unwohlseins sich schon genötigt gesehen, vorzeitig den Unterricht abzubrechen und sich nach Hause zu begeben. Mehrfach sollen ganze Klassen aus ihren Zimmern ausgewandert sein und in einem anderen Raum Zuflucht gesucht haben. Auch wird uns berichtet, daß Lehrer wegen dieser Zustände sich von der 240. Schule haben wegverlesen lassen. Schliesslich wandte der Vater eines erkrankten Knaben sich an die Schuldeputation und bat, endlich Abhilfe zu schaffen. Seitdem sind mehr als 1 1/2 Monate hingegangen, aber noch haben die Klagen nicht aufgehört. Wie dem Ratbause kam an die Schule der Auftrag, jetztzusellen, was oft in der letzten Zeit — der Gasöfen geladert habe. Der Auftrag ist ausgeführt worden, und man wartet nun der Dinge, die da kommen werden.

Schon vor mehr als Jahresfrist hat die Schuldeputation, weil immer wieder in Schulen über schlechte Luft geklagt wurde, eine Kommission eingesetzt, die die Lüftungsbedingungen prüfen soll. Vielleicht macht diese Kommission sich die Mühe, auch mal ein Blickchen nach den Gasöfen zu schauen und sie daraufhin zu prüfen, wie weit sie zur Verschlechterung der Luft beitragen. Wir wollen wünschen, daß es nicht erst zu schweren Gesundheitsbeschädigungen kommt, bis gründliche Abhilfe geschaffen wird.

Im Polizeigewahrsam erkrankt hat sich ein 40 Jahre alter Arbeiter Heinrich Staffeldt, der sich ohne Wohnung in Berlin aufgehielt und wegen Diebstahls verhaftet worden war.

Auf dem Wege zur Arbeit vom Tode überrascht wurde gestern vormittags die 68 Jahre alte Anwärterin Clara Buch aus der Demetwylstr. 26. Sie hatte kaum ihre Wohnung verlassen, als sie vor dem Hause Nr. 24 plötzlich zusammenbrach und nach kurzer Zeit verschied. Die Leiche wurde besichtigt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Um in das Gefängnis zu kommen und der Fürsorgeerziehung zu entgehen, hatte der Fürsorgezögling Zubowski sich kürzlich der

Erordnung eines Ehepaars in Stubbenlammer bezichtigt. Es hat sich aber schon jetzt als ungewisshaltig herausgestellt, daß die Selbstbezichtigung unwahr ist. Andererseits wird J. aber anderer Vergehen beschuldigt, die strafrechtlich geahndet werden.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht am Donnerstag, den 17. d. M., in Redebüchungen muß ausfallen; er wird nachgeholt am Donnerstag, den 24. d. M.

Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltete am Sonntag im Gewerkschaftshaus einen Freiligrath-Abend, dem zahlloses Geselliges beiseite war. Eine gutdurchdachte, wirkungsvoll vorgetragene Rede des Genossen Heinrich Schulz gab den Hörern — deren freilich einige mehr hätten sein können — ein volles, plastisches Bild von dem Boeten und dem Revolutionäre Freiligrath. Herr Emil Kühne führte den Dichter in seinen Werken vor — er rezitierte eine Auswahl von Gedichten, die allen Seiten der poetischen Wirksamkeit Freiligraths gerecht wurden. Der Vortragende beherrschte seine Aufgabe mit voller Sicherheit und schönen Mitteln — die Tragik des düsteren „Aus dem schlesischen Gebirge“ meisterte er ebenso wie das eberne Pathos und glühende Feuer der Revolutionsgedichte, deren gewaltige Strophen die Hörer völlig in ihren Bann nahmen. Wie jung dieser Voet der 48er Stürme, dieser Trompeter der Revolution noch jetzt ist, das spürten wir heute, da wieder Märzluft weht. Der donnernde Beifall, der dem Rezitator gezollt wurde, war durch seine Leistung christlich verdient — er galt aber nicht bloß ihm und nicht nur der Dichtung — es war das politische Empfinden der Zeit, daß Verie wie

D, steht gerüstet! Seid bereit! O schaffet, daß die Erde, Darin wir liegen starr und starr, ganz eine freie werde! und andere wie Domer einschlugen. . . . . Vollständig wurde das Programm in glücklicher Weise durch die Wieder des Herrn Wacker, der über Lesarten Vortrag und Klangvolle, metallische Stimme gebietet. In Herrn Tobias hatte er einen trefflichen feinsinnigen Begleiter am Flügel.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion in Angermünde ist dort am 12. d. M. gegen 2 Uhr vormittags auf dem Bahnhofs zwischen den Gleisen der Strecke Berlin-Stettin ein ungefähr 27 Jahre alter Mann schwer verletzt aufgefunden worden. Der Verletzte trägt ganz kurzgeschornen Schmutz und ist bekleidet mit dunklem Anzug und Ueberzieher, blaugrau gestreifter dunkler Braut, Umlegere und niedrigen schwarzen Schuhen. Er trage eine Fahrkarte S. M. Berlin-Stettin vom 11. d. M., ein Portemonnaie mit 7 M. 96 Pf. und ein weißes Taschentuch mit rotem Rand und H. B. gezeichnet. Personen, welche über den Verletzten nähere Angaben machen können, wollen dieses zu 1927 IV. 1. 10. dem Polizeipräsidenten mitteilen.

Denkstein für Frau Stagemann.

Am Freitag, den 18. März, dem Geburtstag der im vorigen Jahre verstorbenen Genossin Pauline Stagemann, wird auf ihrer Grabstätte in Friedrichshede bei Berlin ein Denkstein enthüllt, den treue Freundschaft der alten Mitarbeiterin und Genossin hat setzen lassen. Die Teilnehmer an der schlichten Feier treffen sich nachmittags um 8 Uhr an der Grabstätte.

Gesperret. Die Einmündung der Mothelstraße in den Warschauer Platz und ein Teil des östlichen Bahndamms des letzteren werden zur Verlegung einer Gasrohrleitung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Gefahren wurde am Freitag, den 11. März, von dem Grundstück Vogtstr. 23 ein vierradriger Handwagen ohne Leiter. Der Wagen war nicht gestrichen, das linke Vorderrad war gebrochen. Da der Wagen geliehen war und ersetzt werden muß, werden Personen, die über den Verbleib Auskunft geben können, gebeten, solche an G. Ruohs, Weidenweg 22, Seitenflügel III gelangen zu lassen.

Bei der Märzfeier der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abschnitts-Bundes ist ein Anfeiler mit Schurz und Hut gefunden worden. Derselbe kann beim ersten Vorsitzenden, Genossen Böhm, Berlin W. 30, Hohenschloßstr. 61, in Empfang genommen werden.

Zeugengefuch. Herren, die gelegentlich der Demonstration am Sonntag, den 13. März, Ude Bernauer- und Wolliner Straße die Siftierung eines Herrn in schwarzem Paletot und grünem Hut beobachtet haben, werden höflich gebeten, ihre Adresse an M. Schulz bei Sowaalstr., Neuenburgerstr. 9, gelangen zu lassen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr 5. Abteilung in Rixdorf bei Rauhof, Eckstr. 8. Morgen Donnerstag 8. Abteilung in Schöneberg bei Wieloch, Brunenwaldstr. 82, und 4. Abteilung in Lichtenberg bei Geramann, Samariterstr. 11. Vortrag in allen Abteilungen über Transport Verunglückter und Kranke.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Pankow. Heute und morgen, von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, finden die Wahlen statt. Es kommt an beiden Tagen auf jede Stimme an, wenn wir siegen wollen. Bleibe daher niemand der Wahl fern. Ein jeder wirke heute in Pankow auf seinen Nachbar, seine Bekannten, seine Angehörigen ein, soweit sie Pankower Wähler sind. Auch die Berliner Parteigenossen erlauchen wir, heute überall, wo sie in der Fabrik, in der Werkstatt, im Bureau oder sonstwo mit Pankower Wählern in Verührung kommen, diese auf ihre Pflicht hinzuweisen, sie zu veranlassen, rechtzeitig zur Wahl zu gehen. Unser Zentral-Wahlbureau befindet sich bei Meißner, Schlossstr. 2. Wer von den Pankower Genossen es irgend ermöglichen kann, finde sich an den beiden Wahltagen zur Wahlhilfe schon während des Tages im Zentralwahlbureau ein, bestimmt aber muß von ihnen erwartet werden, daß sie abends von 4 1/2 Uhr an zur Verfügung des Wahlkomitees stehen. Wenn all dies geschieht, dann werden die beiden Wahltage für die Pankower Arbeiterschaft glänzende Siegestage sein! Das Wahlkomitee.

Friedenau. Heute in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr findet im „Hohenschloß“, Handjerystr. 64, die Gemeindevorteilerwahl statt. Die Berliner Genossen erlauchen wir mit ihnen zusammenarbeitende Friedenauer an ihre Wahlpflicht zu erinnern.

Das Wahlbureau befindet sich bei Medelle, Handjerystr. 60/61. Alle Genossen haben sich nach der Wahlhandlung im Wahlbureau zu melden und eifrig an den Arbeiten zu beteiligen.

Zehlendorf (Wannsee). Die am Montag stattgefundenen Erstagwahl für den Südbezirk mit Schönow hatte folgendes Ergebnis: Cidrod (Beamtenvereinigung) 247 Stimmen, Göhre (Soz.) 143 Stimmen, Schmidt 126 Stimmen und Bismarck 42 Stimmen. Es hat also Stichwahl stattzufinden zwischen unserem Genossen Göhre und dem Beamtenvereiner Cidrod. Wenn das Bürgerium und die Gewerbetreibenden, die die Herren Schmidt und Bismarck gewählt haben, sich der Situation bewußt werden, in die sie durch die perfide Agitation der Beamtenvereinigung gedrängt sind, raffen sie sich hoffentlich auf und geben in der Stichwahl unserem Genossen Göhre ihre Stimme. Die Augen sollte ihnen die Versammlung der kommunalen Wähler

am 12. März im Pindelpark geöffnet haben. Da sollen sie erkannt haben, wozu es führt, wenn die Gemeindevertretung völlig der Weantenschaft ausgeliefert wird. Zudem scheint es, als wenn man auf jener Seite auch nicht vor Vertrauensbrüchen zurückschreckt. Ein von uns und unseren Genossen im Äußerst an die Beamten verhandelt Flugblatt ist am Sonnabendabend schon in Händen der Herrn Häusler von der Beamtenvereinigung gewesen. Da die Briefe erst gegen 8 Uhr dem Postamt übergeben worden sind, besteht die Auffassung, daß ein Postbeamter einen dieser Briefe, die doch erst Sonntag früh zur Verteilung gelangen konnten, am Sonnabendabend noch an seine Adresse gebracht hat. Dadurch war es denn den Beamten noch möglich, am Sonntag, trotz der Sonntagruhe, bei Herrn Fischer ein Gegenflugblatt drucken zu lassen, das wegen seiner verleumderischen Abfassung Entsetzen in vielen Kreisen des Bürgertums hervorgerufen hat. Außerdem soll auf mehrere Beamte und Gemeindeglieder der schärfste Druck von oben ausgeübt worden sein.

Aber schon bei der Neuwahl am heutigen Mittwoch hat die Arbeiterkassette und auch der verständige Teil des Bürgertums Gelegenheit, durch Wahl der Sozialdemokraten gegen diese Beamtenwirtschaft zu demonstrieren. Unsere Kandidaten sind für heute, Mittwoch, für den Südteil mit Schönau; Zimmermann Otto Käse; für den Nordteil mit Schladitz; Kuntze; für den südlichen Teil mit Schladitz; Kuntze, Schlosser Wilhelm Elm. — Über Wähler der dritten Klasse muß heute noch von unseren Genossen aufgeföhrt werden, zur Wahl zu gehen und für unseren Kandidaten zu stimmen.

**Tempelhof.** Heute Mittwoch, den 16. März, früh von 8 bis abends 10 Uhr, finden im Gemeindegemeinschaftszimmer, Dorfstr. 42, die Ergänzungs- und Verstärkungswahlen zur hiesigen Gemeindevertretung statt. Genossen! Kommt zeitig zur Wahl; macht Freunde und Bekannte darauf aufmerksam und versehe sich jeder mit Legitimation! Wer abkommen kann, stelle sich dem Wahlkomitee im „Wilhelmsgarten“ zur Verfügung.

**Grünau.** Die Gemeindegemeinschaft für unseren Ort findet am Mittwoch, den 23. März, im Restaurant Buchholz, Friedrichstr. 27, statt. Die dritte Abteilung wählt nachmittags von 4—8 Uhr. Von einer Wahlbewegung ist noch nichts zu hören. Der vereinigte bürgerliche Wahlmann hat den Hausbesitzer Herrn Schuchholz aufgestellt, trotzdem ein Nichtangehöriger zur Wahl steht. Würde dieser Herr gewählt, so bestände unsere Gemeindevertretung nur aus Hausbesitzern, was den Herren allerdings das liebste wäre. Hoffentlich machen Ihnen aber die Wähler am 23. März einen Strich durch die Rechnung und wählen den Kandidaten unserer Partei, den Lagerhalter Genossen Ernst Meyer. Am kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, findet noch eine öffentliche Versammlung im „Zagerhaus“ statt, um nochmals an die Wähler zu appellieren. In der letzten Versammlung war der liberale Bürgerverein eingeladen, aber natürlich nicht erschienen. Wird es jetzt vielleicht einer unserer Herren Vertreter über sich gewinnen und erscheinen, um uns Rede und Antwort zu geben? Nach dem bisherigen Verhalten wohl schwerlich. Von unseren Genossen können wir wohl erwarten, daß ein jeder für guten Besuch der Versammlung agitiert und am Tage der Wahl pünktlich zur Stelle ist. Tut ein jeder seine Pflicht, dann ist uns der Sieg sicher.

**Reinickendorf-Str.** Morgen Donnerstag, nachmittags von 4 bis 8 Uhr finden die Ergänzungs- und Verstärkungswahlen der 3. Klasse im Restaurant Sadau, Reichenstraße 124, statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen Karl Höpner und Karl Köhn.

Heute abend findet von den Jahrsabend-Lokalitäten aus für die Bezirke I, II, III eine Flugblattverbreitung in Äußerst statt. Wir erwarten, daß sich an diesen Arbeiten sowohl als auch an den Wahlarbeiten am Tage der Wahl jeder Parteigenosse beteiligt. Nur durch eifrigste Agitation und Beteiligung aller an den Wahlarbeiten dürfen wir auf den Sieg hoffen. Die Bezirksteilung.

**Straßen.** Die Wahlen zur Gemeindevertretung finden am Freitag, den 18. März, statt. Und zwar wählt die für uns nur in Betracht kommende dritte Abteilung von 1—4 Uhr nachmittags. Trotz der für die Arbeiterkassette ungünstigen Wahlzeit ist es eines jeden Pflicht, sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme dem Hausbesitzer Genossen Hermann Kling zu geben.

Heute Mittwochabend findet eine Flugblattverbreitung statt, zu welcher sich die Parteigenossen vollzählig zur Verfügung stellen wollen.

### Wahlergebnisse.

**Mariendorf-Ländchen.** Die Gemeindegemeinschaftswahlen in Mariendorf-Ländchen haben den glänzenden Sieg unserer beiden Genossen Weber und Hübner ergeben. Es wurden abgegeben für Weber 684, Hübner 684 Stimmen. Die „Demokratische Vereinigung“, die in Gesellschaft des „Gemeinnützigen Vereins“, des „Haus- und Grundbesitzer-Vereins“ und des „Bürger-Vereins“ gegen die Sozialdemokraten kandidierten, bekamen 64 bzw. 61 Stimmen. Wo das Bestreben der Herren Demokraten, unter allen Umständen ein Mandat zu bekommen, wurde elendig zerstört, obgleich die Herren Vereine zu ihrer Unterstützung nahmen, die gewiß nicht fortgeschritten zu nennen sind. Jedenfalls ist damit der Beweis erbracht, wie die Demokraten in der Praxis arbeiten. Für zwei andere Kandidaten wurden noch 9 bzw. 8 Stimmen abgegeben. Die Wahlbeteiligung betrug diesmal 94 Proz.

**Lichtenrade.** Bei der gestrigen Gemeindegemeinschaftswahl wurden insgesamt 207 Stimmen abgegeben. Der sozialdemokratische Kandidat Genosse Wöhlke erhielt 95, der Kandidat des Grundbesitzervereins Gastwirt Deter 68 und der Kandidat der vereinigten Landwirte 46 Stimmen. Es hat also Stichwahl stattgefunden zwischen dem Kandidaten der Sozialdemokratie und dem des Grundbesitzervereins.

**Weißensee.** Bei der am Montag stattgefundenen Gemeindegemeinschaftswahl siegen im ersten Bezirk Genosse Frey mit 806 gegen 49 gegnerische Stimmen, im dritten Bezirk Genosse Baetge mit 820 gegen 1 Stimme. Die Wahlbeteiligung war in den letzten Stunden so stark, daß sich der Wahlstift bis in die erste Stunde ausdehnte. — Leider ist uns der Bezirk III-Weißensee von den Gegnern entfallen worden. Genosse Bloß erhielt 118 Stimmen, der Gegner 120 Stimmen. Mit Hochdruck wurde von den bürgerlichen Grundbesitzern gearbeitet. Die Säulen wurden mit Kremsen und sonstigen Fahrzeugen herangehört. Raffisch stellten die Papierstimmen eine große Masse, sogar der Magistrat von Berlin gab seine Stimme ab. Auch die Straßenbahnbeamten, mit vereinzelten Ausnahmen, wählten geschlossen gegen uns. Aber den Vorwurf wollen wir uns nicht erlauben, daß die Laubheit der Arbeiterkassette schuld ist, daß der Gegner mit zwei Stimmen siegen konnte. Da das Wahlbüro nicht ordnungsgemäß besetzt wurde, wird von unseren Genossen Protest eingelegt werden.

**Hermsdorf.** Bei der gestrigen Gemeindegemeinschaftswahl errangen unsere Genossen einen erfreulichen Sieg. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten Wilhelm Behrens und Rudolf Gröschmeyer erhielten 188 Stimmen, während auf die Gegner nur 103 resp. 69 Stimmen entfielen.

**Nieder-Schönaufen.** Bei der Gemeindegemeinschaftswahl am Montag erhielten von 1339 (Majorität 669) abgegebenen Stimmen unsere Genossen Dreiwann 670, Wöhlke 668 Stimmen. Auf die bürgerlichen Wahlmannskandidaten Strauß und Thielach entfielen 662 bzw. 620 und auf den Kandidaten der Gemeindegemeinschaften Mühl 25 Stimmen. Gewählt ist demnach Genosse Freimann. Außerdem hat Stichwahl stattgefunden zwischen Wöhlke (Soz.) und Strauß (bürgerl. Wahlmann). Bei den für die bürgerlichen Kandidaten abgegebenen Stimmen befanden sich 238 „Forenser“. Wie verhalten, haben die Bürgerlichen für die am Mittwoch, den 20. März, stattfindende Stichwahl bereits wieder 100 Forenser, mehr in der Tasche, um sie gegen unsere Kandidaten aufzumarschieren zu lassen. Trotzdem die bürgerlichen Parteien die Führung und die Arbeiter des Wahlkampfes ganz dem Reichsverband überlassen hatten,

ist es nun auch hier gelungen, wenigstens einen Genossen in unser Parlament zu entsenden. Und wenn unsere Genossen noch bis zum Stichwahltermin ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun, dann wird auch am 30. März unser Kandidat, der Genosse Wöhlke, aus dem Wahlkampf als Sieger hervorgehen.

**Caputh bei Potsdam.** Bei der gestern vormittag 10 Uhr stattgefundenen Gemeindegemeinschaftswahl erhielten in der dritten Abteilung der Wahlmann 42 und der bürgerliche Kandidat 22 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. In der zweiten Abteilung unterlag unser Genosse Schwierig mit 18 Stimmen dem Bürgerlichen, auf welchen 22 Stimmen entfielen.

### Charlottenburg.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten, die sich in erster Linie mit der Vorlage betreffend die Einführung einer Wertzuwachssteuer zu befassen hatte, war für Montag einberufen worden. Den wesentlichen Inhalt der Vorlage haben wir bereits mitgeteilt. Der Referent, Stadtverordneter Dr. Frey, Mitglied der liberalen Fraktion, die in früheren Jahren die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung einer Wertzuwachssteuer stets zu Falle gebracht hatte, wies auf die durch die drohende Reichwertzuwachssteuer veränderte Situation hin und betonte vor allem die Notwendigkeit, schnelle Arbeit zu machen, damit die Steuerordnung schon in den nächsten Tagen vom Bezirksausschuß genehmigt werden könne. Im allgemeinen erklärte sich der Referent mit der Magistratsvorlage einverstanden, seine Bedenken waren mehr redaktioneller Natur.

In der Diskussion machte zunächst Stadtverordneter Jolensberg (lib.) auf einige Mängel der Steuerordnung aufmerksam, er erklärte aber, daß er unter dem Druck der Verhältnisse keinen Widerstand aufgeben würde, vorausgesetzt, daß die Grundsteuer für unbebaute Grundstücke abgezogen werden dürfe. Auch Stadtverordneter Dr. Stadthagen betonte, daß seine Freunde trotz mancher Bedenken im einzelnen der Vorlage sympathisch gegenüberstünden.

Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertrat Genosse Jietzsch, der zunächst seiner Freude über die Vorlage an und für sich Ausdruck gab und nachwies, daß die Sozialdemokraten bereits vor fünf Jahren die Frage angeregt haben, aber damals von den bürgerlichen Parteien im Stich gelassen sind. Ein schnelleres Tempo habe Charlottenburg erst eingeschlagen, seitdem Schöneberg vorausgeeilt sei, aber das schnellere Vorgehen von Schöneberg habe seinen Grund in den bevorstehenden Abschlüssen von großen Terrainverläufen gehabt, während dieser Grund für Charlottenburg ausreichte. Man habe deshalb keineswegs nötig, die Vorlage sofort ohne Ausdehnung zu erledigen, wie es vom Referenten beantragt sei. Selbst wenn große Terrainverläufe bevorstünden, wäre es doch besser, auf diese Einnahmen zu verzichten, als eine Steuerordnung zu schaffen, von der man überzeugt sei, daß sie bald abgeändert werden müsse. Eine gründliche Beratung der Vorlage sei notwendig. Redner wies dann weiter nach, daß die Steuerordnung große Lücken aufweise und teilweise schwere prinzipielle Fehler enthalte. Warum sei man dazu gekommen, statt einer direkten Wertzuwachssteuer eine indirekte zu schaffen? Zum mindesten sollte man wenigstens für die Altiengeellschaften die direkte Wertzuwachssteuer einführen, das Kommunalabgabengesetz stehe dem nicht im Wege, und man könne das sehr wohl tun, ohne an den Grundstücken der Vorlage zu rütteln. Seine Freunde beantragten deshalb einen neuen Paragraphen 2a: „Altiengeellschaften werden zur Wertzuwachssteuer herangezogen, wenn die Veranlagung ihrer Grundstücke zur Grundsteuer nach dem gemeinen Wert einen Wertzuwachs ergibt, und zwar gesondert für jedes zur Grundsteuer veranlagte Objekt, wobei Beträgen bei einzelnen Objekten gegen Wertzuwachs bei anderen nicht in Anrechnung kommt.“ Im Falle der Annahme dieses Antrages müßten natürlich auch eine Reihe anderer Paragraphen sinntsprechend geändert werden. Ein weiteres Bedenken habe er dagegen, daß diejenigen, denen Grundstücke im Wege des Enteignungsverfahrens genommen werden, keine Wertzuwachssteuer entrichten sollen. Man könne daran nichts ändern, da es sich hier um eine ministerielle Vorschrift handele, aber man dürfe doch nicht vergessen, daß gerade bei zwangsweiser Enteignung der meiste Wertzuwachs erlangt wird; die Leute machen dabei meist gute Geschäfte. Das Hauptbedenken der Sozialdemokraten richtete sich gegen den § 9, der den Steuertarif festsetzt und der eine große Ungerechtigkeit bedeutet, denn die größeren Besitzer würden dadurch auf Kosten der kleineren bevorzugt. Das komme daher, daß man den relativen Wertzuwachs besteuere, nicht aber den absoluten. Seine Freunde seien der Meinung, daß die Berliner Staffelnung der vom Charlottenburger Magistrat beantragten vorzuziehen sei. Es sei überhaupt zu erwägen, ob man nicht einfach die Berliner Ordnung auf Charlottenburg übertragen soll; einmal sei die Berliner Ordnung schon genehmigt, und dann sei es doch auch nicht zu verkennen, daß gerade eine Vereinheitlichung auf diesem Gebiet für Groß-Berlin ein Fortschritt sein würde.

Der Kammerer, Stadtrat Scholtz, betonte die Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die Reichwertzuwachssteuer die Vorlage schleunigst zu verabschieden. Er suchte die von den verschiedenen Rednern vorgebrachten Bedenken im einzelnen zu zerstreuen, betonte die sozialdemokratischen Anträge sowie die von dem Stadtverordneten Jolensberg angeregte Berücksichtigung der Grundsteuer für unbebaute Grundstücke und empfahl die Annahme der Vorlage mit einem Änderungsantrag des Genossen Jietzsch, wonach die Erträge der Wertzuwachssteuer nicht dauernd, sondern vorläufig nur für das Jahr 1910 dem Ausgleichsfonds zugeführt werden sollen.

Im Laufe der weiteren Debatte ergriff noch Genosse Dr. Borchardt das Wort, um gegen die Auffassung des Kammerers zu protestieren, als ob eine direkte Wertzuwachssteuer für Altiengeellschaften in dieser Steuer unmöglich sei und die Genehmigung in Frage stelle. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine veränderte Grundsteuer, sondern tatsächlich um eine Wertzuwachssteuer auf den Wertzuwachs des gemeinen Wertes. Des weiteren betonte Redner, daß auch unter den Liberalen heute noch grundsätzliche Gegner der Wertzuwachssteuer vorhanden seien, daß sie sich aber nur dem Zwang der Verhältnisse fügen. (Stadtverordneter Dr. Träger: Sehr richtig!)

Nach weiterer unerheblicher Debatte wurde, da ein vorher eingebrachter Antrag auf Ausschlußberatung inzwischen zurückgezogen war, die Vorlage sofort in ihren einzelnen Teilen erledigt, sie gelangte unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge einstimmig zur Annahme. Der oben mitgeteilte Antrag, die Steuern nur für 1910 dem Ausgleichsfonds zuzuführen, wurde gleichfalls angenommen. Aus den weiteren Verhandlungsgegenständen haben wir hervor, daß ein Antrag Dr. Stadthagen zur Annahme gelangte, der den Magistrat ersucht, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die geltenden Vorschriften bezüglich der Nichtzulassung von Frauen zum Arie von Wasserleitungen im Sinne einer Gleichstellung der in der Wasserverwaltung tätigen Männer und Frauen abgeändert werde.

Auch die Vorlage betreffend die Verlegung der Waldschulen für Gemeindegemeinschaften von dem Gelände der Bodenaktiengesellschaft „Neu-Westend“ nach dem Grünwald bei Eichkamp wurde nach Befürwortung durch den Genossen Wöhlke angenommen.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Holz (lib.), ob es wahr sei, daß die Charlottenburger Feuerwehr bei Lebensgefahr (ein Fahrhülsführer war im Fahrhüls eingeklemmt) die Hilfe verweigert habe, weil der Unfall auf Wilmerdorfer Gebiet sich zugezogen, erwiderte der Deputierter Stadtrat Meier, daß die Darstellungen in der Presse übertrieben seien. Durch mangelnde Auffassung eines Beamten sei allerdings eine kleine Verzögerung von etwa 7 Minuten eingetreten, er habe dafür Sorge getragen, den Passus der Feuerordnung, wonach die Feuerwehr bei Lebensgefahr unbedingt und sofort Hilfe zu leisten habe, so einpanden

frei zu gestalten, daß ein solches Mißverständnis sich wohl kaum wiederholen könne.

Eine Petition, betreffend Schaffung eines neuen Zugangs zum Bahnhof Westend bei der Eisenbahndirektion vorstellig zu werden, wurde entsprechend dem Antrag des Petitionsausschusses dem Magistrat als Material überwiesen. Seitens unserer Genossen beantragte Stadtverordneter Lehmann, die Petition zur Berücksichtigung zu übernehmen, er gehe gleichzeitig das Verhalten der preussischen Eisenbahndirektion, die für die Anlegung eines solchen Zuganges nicht nur die Kosten mit 85 000 M. von den Interessenten erheben will, sondern die auch einen jährlichen Beitrag von 12 000 M. zu den Betriebskosten verlangt. Mit demselben Recht könnte die Eisenbahndirektion verlangen, daß die Bahnhöfe und ihre Unterhaltung nicht von der Eisenbahndirektion, sondern von den Interessenten bezahlt werden; als ob die Interessenten nicht gerade die Personen sind, die die Eisenbahnen benutzen, dafür ihr Jahrgeld entrichten und dadurch nicht nur die Kosten der Verwaltung, sondern auch alle Ueberhöfe zahlen. Eine Petition, den Bau der Wasserleitung in der Rürnberger Straße möglichst bald zu beginnen und zwar als Volkshabebauanstalt, wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Bei der Gelegenheit hob Genosse Wöhlke hervor, daß vor allem auch in dem Stadtteil jenseits der Spree, der sich mächtig entwidelt, eine Volkshabebauanstalt nötig ist. Diese Anregung wurde auch von anderen Parteien begrüßt und der Magistrat versprach, ihr näher zu treten.

Sodann wurde in die Statutarbeit eingetreten und zunächst das Kapitel höhere Knabenschulen erledigt. Der Staatsauschuß beantragte hierzu in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, „zu erwägen, ob und inwiefern die durchgeführten Maßnahmen betreffs Hebung der Volksschulen nunmehr die Aufhebung auch der zurzeit bestehenden Vorschulen an den höheren Lehranstalten gestatten“. Der nationalliberale Stadtverordnete Dr. Diepmann hielt es für nötig, bei dieser Gelegenheit gegen den früheren Beschluß der Versammlung, die Vorschulen nach Hebung der Volksschulen aufzuheben, Sturm zu laufen, erfreulicherweise ohne große Gegenliebe zu finden. Die Stadtverordneten Dr. Borchardt (Soz.) und Otto (lib.) wiesen den Lobgesang auf die Vorschulen zurück und erklärten für ihre Fraktionen, daß sie den früheren Beschluß hochhalten. Wir wollen nur hoffen, daß die liberale Mehrheit den Worten auch die Tat folgen läßt und von der Resolution, die fast einstimmig angenommen wurde, endlich zur Abschaffung der Vorschulen übergeht. — Beim Etat für Feuerlösch- und Straßenreinigungswesen brachte Genosse Wöhlke die Nebenarbeit vieler Feuerwehrleute zur Sprache, die in ihrer freien Zeit mit Teppichklopfen sowie bei Umzügen sich einen Nebenverdienst schaffen, durch den sie einerseits anderen Arbeitern eine unerwünschte Konkurrenz bereiten, andererseits auch die für die Erholung bestimmte Zeit in einer Weise ausfüllen, die doch bedenklich für ihre spätere Dienstbereitschaft sein muß. Der Deputierter Stadtrat Meyer versprach einer derartigen Nebenbeschäftigung auch Kräfte entgegenzutreten. Unter dem Etat für sonstige Gemeindegemeinschaften hatte bei der Volkshabebauanstalt der Magistrat beantragt, den Titel für Schwimmbäder von 70 000 M. auf 72 800 M. zu erhöhen, und den Preis der einzelnen Schwimmbäder für Erwachsene von 20 auf 25 Pf., für Kinder von 10 auf 15 Pf. zu steigern. Der Staatsauschuß hatte diesem Antrag mit knapper Mehrheit zugestimmt. Die Stadtverordneten Braune (lib.), Jietzsch (Soz.) und Dr. Stadthagen (unpol.) wünschten die Absetzung der 2000 M. und die Verbeibehaltung der alten Preise. Dies wurde auch mit übergroßer Mehrheit beschlossen. Debatte wurde noch der Etat für Liegenenschaften erledigt, worauf die Sitzung gegen 12 Uhr nachts beendet hat.

Nach am demselben Abend trat der Magistrat den unwesentlichen Änderungsbeschlüssen bei und gestern Mittag, 12 Uhr, war die neue Wertzuwachssteuer bereits vom Bezirksausschuß und dem Oberpräsidenten genehmigt, so daß sie schon heute in Kraft tritt.

### Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich nahezu drei Stunden mit dem Steueretat. Der Haus- und Grundbesitzerverein hatte um Herabsetzung der Kanalisationsgebühren von 2 auf 1 1/2 Proz. vom Ratungsamt petitioniert. Der Ausschuß empfahl, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen. Die Stadtverordneten Linicus und Schneider (Unabh. Vereinig.) traten als Anwälte des Haus- und Grundbesitzervereins auf den Plan und legten sich für die Entlastung der bedrückten Hausbesitzer ins Zeug. Sie suchten den Nachweis zu führen, daß die Hausbesitzer in Schöneberg besonders hoch belastet sind, was auf die Dauer nicht so weiter gehen könne.

Stadtv. Küter (Soz.) wies darauf hin, daß die Klage über die Hausbesitzer jeder Begründung entbehren. Als seinerzeit die Neuregelung der Kanalisationsabgaben vorgenommen wurde, hat man die Sozialdemokratie von den Ausschlußberatungen ganz ausgeschlossen. Der betreffende Ausschuß, der die jetzige Gebührenordnung geschaffen habe, bestand nur aus Hausbesitzern. Dem Magistrat wurde damals nicht die Befähigung zurulastet, bei der Festsetzung der Gebührenordnung mitzuwirken. Die Hausbesitzer haben also nicht die geringste Ursache, von Ungerechtigkeit zu reden. Uebrigens zahlen die Hausbesitzer die Kanalisationsabgaben nicht aus der eigenen Tasche, sondern sie ziehen dieselben von den Mietern ein. Am besten wäre es, die Hausbesitzer würden auch für die sozialdemokratische Forderung nach Einführung einer progressiven Einkommensteuer eintreten.

Kammerer Radowicz wandte sich ebenfalls gegen die Ausführungen der Stadtverordneten Linicus und Schneider. Sie sind es, die mit ihren Ausführungen die städtischen Interessen in einer ungläubigen Weise schädigen. Die gemachten Ausführungen sind ganz unzutreffend. Aus dem Herrn Schneider spricht das schärfste Agrarierhum. Die Schöneberger Hausbesitzer zahlen die niedrigsten Abgaben in Groß-Berlin. Anstatt dies wohlwollende Entgegenkommen anzuerkennen, werden die städtischen Verhältnisse von den Hausbesitzern in einer ganz ungehörigen Weise heruntergerissen.

Auch die Stadtv. Lueh und Rehow (lib. Wg.) glaubten den Hausbesitzern beizustimmen zu müssen. Letzterer leistete sich den Arbeitern gegenüber noch etwas ganz Besonderes. Nach seiner Meinung hätten die Schöneberger Arbeiter im Jahre 1909, als der Zuschlag zur Einkommensteuer nur 60 Proz. betrug, von ihren tariflichen Löhnen auch 10 Proz. ablassen müssen.

Schließlich wurde über die Petition zur Tagesordnung übergegangen und der Steueretat genehmigt.

Nachdem denn auch der zurückgebliebene Untergrundbahn-Stat seine Erledigung gefunden hatte, wurde der gesamte Etat in dritter Lesung angenommen. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 30 488 000 M. ab.

Dem von der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Antrage, bei Neu- und Erweiterungsbauten von Schulen besondere Krankenzimmer einzurichten, hat der Magistrat zugestimmt, wovon die Veranlagung Kenntnis nahm.

Sodann beantragte der Magistrat die Einrichtung eines weiteren Wochenmarktes am Sonnabendnachmittag in der Ederstraße. Hierzu lagen eine Reihe von Petitionen von Geschäftsleuten vor, die sich gegen diese Einrichtung ausgesprochen. Der Magistratsvertreter erklärte, daß ein Bedürfnis für diesen Markt vorliege. Es ergäbe sich dies schon daraus, daß fortgesetzt neue Privatmärkte in der dortigen Gegend abgehalten werden, welchen durch diese Einrichtung auch entgegen getreten werden soll. Die beantragte Ausschlußberatung wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Größere Auseinandersetzungen gab es noch bei einem Antrage, in welchem vom Magistrat ein Bericht über den Stand der Neuberechnung der Stadt verlangt wurde. Stadtv. Priesch (lib. Frakt.) wies darauf hin, daß für die Neuberechnung insgesamt nur 200 000 M. ausgegeben werden sollten; jetzt, wo nur erst ein kleiner Teil neu berechnet sei, hat die dafür aufgewandte Summe schon 300 000 M. überschritten. Stadtv. Bäumer (Soz.) schloß sich dieser Beschwerde an. Seiner Meinung nach sei die Wirtschaft dem Leiter des Vermessungsbureaus zuzuschreiben. Unter den Weggeheften ist ein fortwährender

**Beffel, der der Stadt zum Schaden gereiche.** Auch die Stadtbv. Döhl und Hoffmann (Soz.) Abten eine scharfe Kritik an der Leitung des Vermessungsbureaus. Der Magistrat habe die Pflicht, über den Stand der Angelegenheit baldigst Aufklärung zu geben.

Für die bauliche Erschließung des Südgeländes soll ein Wettbewerbs erlassen werden. Hierzu wurden die nötigen Mittel in der Höhe von 20 000 M. bewilligt.

Zu der Sitzung wurde dann noch die Ersatzwahl von fünf unbesoldeten Stadträten vorgenommen. Wiedergewählt wurden die Herren Dr. Derrnien mit 40, Zelberg mit 51, Harber mit 54, Kaufmann mit 59 und Schüler mit 44 von 56 abgegebenen Stimmen. Stadtv. Wollermann (Soz.) hatte gegen das eigenmächtige Vorgehen des Stadtverordnetenvorsitzenden in dieser Angelegenheit protestiert. Es waren sechs unbesoldete Stadträte zu wählen, während in der Tagesordnung nur die Wahl von fünf Stadträten bekannt gegeben wurde. Für die Stelle des sechsten Stadtrates sollte ein Sozialdemokrat in Vorschlag gebracht werden. Diese Wahl mußte somit bis zur nächsten Sitzung vertagt werden.

Eine schwere Körperverletzung fügte Montag in der Prinz-Georg-Strasse 1 in Schöneberg der Gastwirtin Marie aus Eiserstadt dem 22 Jahre alten Ruffler Rudolf Holz durch einen Revolverbeschuss in den Unterleib zu. Holz mußte in bedenklichem Zustande nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht werden, während der Täter verhaftet wurde.

**Rixdorf.**  
Wegen Arbeitslosigkeit Selbstmord verübt hat gestern der vierzigjährige Arbeiter Wilhelm Sonnenberg aus der Juliusstr. 31. S., ein nüchtern und fleißiger Mann, hatte vor längerer Zeit infolge Krankheit seine Stellung verloren und alle seine Bemühungen, Beschäftigung zu finden, waren vergeblich. Als gestern nachmittag seine Frau die Wohnung verlassen hatte, erhängte er sich an dem Fensterkreuz.

Stellunglosigkeit soll auch, wie man uns mitteilt, den im Hause Donauer 113 wohnhaften 80 Jahre alten Ernst Haas dazu getrieben haben, sich durch Leuchtgas zu vergiften. Der Rixdorfer Feuerwehr gelang es, den Lebensmüden ins Verwahrloste zurückzuführen worauf er dem Krankenhaus zugeführt wurde.

**Reinickendorf.**  
Der Revolver spielte am Montag in Reinickendorf in der Graf-Adern-Allee eine Rolle. Dort wurde der Schankwirt Lechen vom dem Besitzer des Hauses Nr. 50, einem Glöcknerbesitzer Thiele, ermordet. Nach einem Wortwechsel schoß Thiele auf Frau L. und verletzte sie sehr erheblich. Auch dem Ruffler Strüger wurde ins Gesicht geschossen.

**Bernau.**  
Unter dem Verdacht, mit seiner 23jährigen Tochter geschlechtlichen Umgang gehabt zu haben, wurde am Montagvormittag der Handlöhlfabrikant Otto Rieger von hier, Chausseestraße wohnhaft, verhaftet.

**Spandau.**  
Die am Freitag, den 18. März, geplante Versammlung bei Koenig findet umständehalber nicht statt. Der Bildungsausschuß.

**Potsdam.**  
Gasexplosion. Als Vizewachmeister Vatermeier und Sergeant Groß von der 5. Eskadron sowie Sergeant Reuling von der 8. Eskadron heute nacht die in der dritten Etage der Kaserne des Regiments der Garde du Corps in der Wehlerstraße belegene Bedürfnisanstalt aufsuchen wollten, ereignete sich beim Lichtmachen eine Gasexplosion. Vizewachmeister Vatermeier und Sergeant Groß wurden schwer verletzt nach dem Garnisonlazarett gebracht. Sergeant Reuling erlitt nur leichtere Verletzungen. Die Ursache der Explosion war Unachtsamkeit der Gasleitung.

**Jugendveranstaltungen.**  
Tempelhof-Mariendorf. Heute abend 7 1/2 Uhr wird der vierte Vortrag bei Apell, Tempelhof, Berliner Straße 41/42, abgehalten. Herr Dr. C. Bad spricht über: „Die Abstammung des Menschen“.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Polze, Rodenbergstraße 8. Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend bei Hummel, Sophienstr. 5: Sitzung. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund. Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, den 17. März, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Ortsgruppenangelegenheiten.

# Osterweine Santa Lucia

## Theater und Vergnügungen

**Mittwoch, den 16. März.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Königl. Opernhaus.** Der Tropfen.  
**Königl. Schauspielhaus.** Der überflüssige Jährling.  
**Neues königl. Opernhaus.** Des Schlosses.  
**Deutsches. Romeo und Julia.**  
**Kammerspiele.** Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

**Berliner. Lulu.**  
**Leistung. Das Konzert.**  
**Neues. Die goldene Ritterzeit.**  
**Neues Schauspielhaus.** M. Heibelberg.  
Nachmittags 3 Uhr: Die Räuber.  
Abends 8 Uhr: Die geschiedene Frau.  
**Neues Operetten-Theater.** Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Theodora u. Co.  
Kleines. Der große Name.  
Reitbahn. Das Nachtsicht. — Der selbige Oltave.  
Thalia. Die Dollarprinzessin.  
Schiller Th. (Wagner-Theater.) Goldfische.  
Schiller Charlottenburg. Hans Lange.  
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Gladmann als Erzieher. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Gastspiel. Mit Dudelsack. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Gebbel. Kavaliere. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Volksoper. Othello. (Anf. 9 1/2 Uhr.)  
Luisen. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
Kolo. Die Ehre.  
Luisen-Theater. Der dunkle Punkt.  
Metropol. Hullo!! — Die große Neuze.  
Folies Caprice. Herr Wasserkröpf.  
Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Berlin bei Nacht.  
Gedre. Herrnsfeld. Es lebe das Nachtleben. — Die Original-Abdrucksparthe.  
Stadttheater Moabit. Geschlossen.  
Kolo. Satan Gold.  
Neue Welt. Die Oper-Well.  
Kolo. Der Zehnreißer. Spiegel-Abdrucksparthe.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Vesper. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Hugenotten. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)  
Urania. Fandenberg 48/49.  
Abends 8 Uhr: Am Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Anfang 8 Uhr: Dr. Rathgen: Das Glas.  
Sternwarte. Annalindenstr. 57—59.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr: Das Konzert.  
Donnerstag, 8 Uhr: Das Konzert.  
Freitag, 8 Uhr: Banmeister Solnich.

**Berliner Theater.**  
Heute: **Taufun.** 8 Uhr.  
Morgen: Taufun.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:

**Die goldene Ritterzeit.**  
Donnerstag: Die goldene Ritterzeit.  
Freitag: Der Philosoph von Sandfont.

**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu ermäßigtem Preisen: Der Zigeunerbaron.

**Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.**  
Mittwoch, 16. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Gladmann als Erzieher.**  
Donnerstag, Freitag: Streber.  
Sonntag: Die Großstadt.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Firmenglanz des Ober-Engadin.**  
Hörspiel 8 Uhr:  
Prof. Dr. Rathgen: Das Glas.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonnt. 9 1/2 Uhr: Der ideale Baner.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr zum 1. Male:  
**Das Nachtsicht.**  
Schwan in 3 Akten v. R. Hamacois.  
Hierauf:  
**Der selbige Oltave.**  
Burdelle in 1 Akt von Fred. Ricande und Henri Corraux.

**Volksoper.**  
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel d. Friedrich-Wilhelmsstädtisch. Schauspielhauses:  
**Othello.**  
(Kühler Kommentar.)

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Reise um die Erde in 80 Tagen.**  
Großes Aufführungsgeschehen in 14 Bild. von d'Ennery u. Jules Verne.  
Donnerstag: Der Weidenreißer.  
Freitag: Venus in f. Rudolf Schönan: Das Gott zusammenfügt.  
Sonabend nachm. 4 Uhr letzte Kinderspielung: Schneewittchen u. Rotkehl. 8 Uhr: Das Gott zusammenfügt.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Don Carlos. 8 Uhr: Das Gott zusammenfügt.

**POSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.  
Donnerstag: Wankender Boden.  
Freitag: Die Ehre.  
Sonabend nachm.: 1001 Nacht.  
Abends: Die Ehre.

**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szeno gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.  
Sonabend nachm.: 1001 Nacht.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Wahalla-Variete Theater**  
Weinbergweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Anfang 8 Uhr: Das große Progr.  
Walt, das lebende Elektrizitäts-werk u. die übrigen Spezialitäten.  
Anfang: Die allergrößte Kanne.  
Theaterbesuchern freier Eintritt!

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönan und Gustav Kadelburg.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Goldfische.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.

Schiller-Theater (Charlottenburg).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Hans Lange.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Paul Heyse.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Egmont.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.** (Johan Ulfstjerna.)

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größter Konzertsaal Berlins.  
Heute **Mittwoch**, den 16. März 1910:  
**Großes Extra-Konzert**  
unter persönlicher Leitung des Komponisten und Dirigenten  
**Franz von Blon**  
mit großem Orchester (40 Musiker) sowie unter Mitwirkung der  
**Frau Knüpfer-Eggl**  
Königl. Hofopernsängerin (Sopran).  
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., referierter Platz 75 Pf.

**Apollo Theater**  
Der größte Lachserfolg!  
8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:  
**Der Zehnreißer.**  
Posse mit Gesang in 3 Akten mit  
**Konrad Dreher a. G.**  
Vorher ab 8 Uhr:  
**Die großen Spezialitäten.**

**WINTERGARTEN**  
Das Dreigestirn  
weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst  
**Rosario Guerrero**  
**Marie Lafargue**  
**Odetta Valery**  
und die anderen  
**Star-Attraktionen.**

**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5083.  
Heute:  
**1. Serie des großen Herrnfeld-Zyklus.**  
**Die Original-Klabriaspertie**  
und **Es lebe das Nachtleben**  
mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.  
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—3 Uhr.  
Sonntag nachm. 4 Uhr:  
„Es lebe das Nachtleben.“  
2. Serie:  
„Die beiden Windelbänd.“  
„Klabriaspertie.“

**Zirkus Schumann**  
Mittwoch, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr:  
**Brillante Vorstellung.**  
Reu! Die Amerikaner Reu!  
**Aerial Shaws**  
Ringkampf-Parodie der Glom Jim Jam und Cotrell.  
**Barbarentänze**  
der 11 Personen Ri Tchaves.  
**Dir. Alb. Schumann**  
neue und moderne Dressuren.  
Mit **Silva Loyal** bestersten Tauben.  
Um 9 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr  
Die große Fecle  
**Die drei Rivalen.**  
Im 2. Akt: Auf dem Schlosse des Ritters de la Champagne.

**Zirkus Sarrasani**  
alter Botanischer Garten.  
Mittwoch, den 16. März:  
**2 brillante Vorstellungen 2**  
nachm. 4 u. abends 8 Uhr.  
**In beiden Vorstellungen ein rein zirkusisches Progr.**  
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der Ringkampf-Konkurrenz unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Begas.  
Es ringen:  
Michailoff gegen Nitschko.  
Lanzarlesso gegen Van den Berg.  
**Enscheldungskampf**  
Jakob Koch geg. Paradanoff.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Das gesellschaftliche Ereignis von Berlin  
Auftreten der schönen **Sisters Ridley**  
in ihren historischen Tänzen.  
**Georg Kaiser**  
Schnelder-Ducker und das große Programm!

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!

**Sanssouci.** Kottbuser Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute Mittwoch: Theaterabend.  
Beginn 8 1/2 Uhr.  
Benefiz für Josef Lowandowsky: Zum erstmaligen Schauspieler des Kaisers.  
Schauspiel in 5 Akten.  
Morgen Donnerstag: Hoffmanns Nord. Sänger und Tanztruppen.  
Beg. Sonnt. 9, wechent. 8 U.

**Zirkus Busch.**  
Heute Mittwoch, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr. Preis:  
**Großer Gala-Abend.**  
Therese Filis, James Leon Filis jun., Heinrich Filis, in ihren Produktionen d. hohen Schule.  
**Die Hassans!**  
Drahtseil-Akt.  
Hr. E. Schumann, Nondressur.  
Zwergelowne Francois, Kunst.  
Reiterfamilie Proserpi.  
9 Uhr ca. Ende 10 1/2 Uhr.  
Die russ. Sensations-Pantomime **Marja!**  
Sonntag: Zwei Vorstellungen.

**Neue Welt**  
Hafenstraße.  
Mittwoch, den 16. März:  
**Die Geier-Wally.**  
Schauspiel in 5 Akten und einem Vorspiel von Wilhelmime v. Gilmern.  
Aufführung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater**  
Lothefinger Straße 37. Anfang 8 Uhr.  
**Berlin**  
bet  
**Nacht.**  
Posse in 3 Akten v. G. Schöler-Vérossini.  
Sonnt. 4 U.: Ein deutsch. Frauenhorz.

**Palast-Theater.**  
Zungstraße 24, am Schlosshof Wäse.  
**Internationales Ringkampf-Championat**  
um die Weltmeisterschaft.  
Protector: Herr Prof. H. Hundrioser.  
Beile: 10 000 M. in bar.  
Mittwoch, den 16. März:  
Entscheldungskampf:  
John Vohl-Abd II gegen Aimable de la Calmette.  
Ferner ringen:  
Charles d'Auverd gegen Galmann.  
Grensd gegen Verbet.  
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten.  
Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:  
**Theodoro & Cie.**  
Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstraße 72.  
Täglich: Spezialitäten ersten Ranges mit **Franz Sobanski.**  
9 Uhr: **Robert's Liebesroman.**  
10 1/2 Uhr: **Wald-Dinner** und **Oper-Sonabend: Traum der Rose und Klippen und Wellen.**  
In den 3 Osterfesttagen: Festvorstellung. Anfang 6 Uhr.

**Gastspiel-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Miss Dudelsack.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Miss Dudelsack.**

**Folies Caprice**  
**Der Luftturner.**  
Neuer bunter Teil.  
**Herr Wasserkröpf.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger zum 50-jähr. (Vorl. Woche) Der Nachtwächter von Zerpenschelous.  
von Reigel.  
Anfang: 8 Uhr.  
Sonntag: 7 Uhr.

**Cranz's Volks-Theater**  
Köllner Straße 8.  
Heute sowie jeden Mittwoch:  
**Paul & Springers**  
Kabarett- und Posse-Gesellschaft.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Frei-Tanz.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Neue erstklassige Spezialität.  
**Liliputaner-Truppe prolongiert.**  
Heute nach d. Vorstellung: Gal.

**Tonbild-Theater**  
**Reform-Kino**  
Ecke Weddingstraße.  
Reinickendorfer Str. 26—27.  
Gala-Vorstellung.  
Oskar Liebestraum, Drama, Entsagung, Drama, Der Richter v. Cedar Gulch, Drama u. das herborrag. Wochenprogramm.  
Entr. 20 Pf. 10 Pf. keine Rückg.  
Dauer-Vorstell. v. 4—11 Uhr.  
Für den Inhalt der Intercate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



Verfammlungen.

Ein Protest der Automobilisten.

Zu einer großen Protestversammlung hatte der Deutsche Transportarbeiterverband die Automobilbesitzer und Chauffeure von Droschken, Geschäfts- und Privat-Kraftwagen eingeladen. Der Rechtsanwalt Gutzfeld hielt einen Vortrag über die neue Bundesratsverordnung, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betreffend. Die Verordnung, die in 40 Paragraphen zerfällt, verschärft die schon bestehenden Bestimmungen und bringt dem im Automobilverkehr tätigen Leuten zahlreiche Erschwerungen in ihrem Beruf, sowie eine ernsthafte Gefährdung ihrer berechtigten Interessen. Die Verordnung soll am 1. April d. J. in Kraft treten. Die Interessenten sind aber der Ansicht, daß wenigstens für Berlin viele Bestimmungen gemildert werden oder ganz in Wegfall kommen müßten, da sie mit den Erfordernissen einer Großstadt nicht in Einklang zu bringen sind. Der Vortragende beleuchtete die einzelnen Bestimmungen und erklärte unter dem Vorbehalt der Versammelten, daß er für die Interessenten nur Verschlechterungen in der neuen Verordnung entbehren könne. — Nach ihm sprach der Vorsitzende des Kraftdroschkenbesitzervereins H. Krietsch über den automobilfeindlichen Antrag Stroffer und Genossen im preussischen Abgeordnetenhaus und die vorjährigen 10 000 Anzeigen gegen Kraftwagenführer seitens der Berliner Polizei. Der Redner wendet sich scharf gegen diesen Antrag, der eine noch schärfere Anwendung der polizeilichen Maßregeln gegen Autoführer bezweckt. Die letzteren hätten heute schon schwer unter polizeilicher Beschränkung zu leiden und würden nicht selten unredlichmäßig angeklagt. In dieser Angelegenheit nimmt auch Veder vom Deutschen Transportarbeiterverband das Wort und illustriert die Verfolgung der Autoführer von Seiten der Polizei durch mancherlei Beispiele. Er fordert alle diejenigen, die im Laufe eines Jahres Strafmandate erhielten oder die vor Gericht standen, auf, ihre Fälle, besonders aber das Endresultat, bei ihren resp. Organisationen anzumelden. Auch die Freisprechungen müssen gemeldet werden, damit das Material gut gesichert und gegen die Polizei zur Anwendung gebracht werden kann. In der Diskussion wurde dieses Thema noch weiter ausgesprochen. Viele Redner wandten sich auch mit Schärfe gegen die neue Bundesratsverordnung.

Die Wünsche der Versammelten kamen in der folgenden Resolution zum Ausdruck:

Die am 14. März 1910 in den „Rustertälchen“ tagende öffentliche Versammlung von Kraftwageninteressenten — von Besitzern und Führern — Groß-Berlins protestiert auf das entschiedenste gegen die durch das neue Automobilgesetz und die Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen herbeigeführten weiteren erheblichen Erschwerungen.

Sie legt insbesondere Verwahrung ein gegen die geradezu schikanösen Behelligungen und Geldopfer, welche durch das Erfordernis einer erneuten losspielfähigen Prüfung durch das Verlangen der Beschaffung einer Photographie zu Legitimationszwecken den Interessenten auferlegt wird.

Sie protestiert ferner dagegen, daß die Entziehung der Fahrscheine, d. h. die Unterbindung der Erziehung durch einseitige polizeiliche Maßnahmen angeordnet werden könne, sodann gegen die den heutigen Verkehrsverhältnissen geradezu höhnisprechende

Bestrafung der Höchstgeschwindigkeit auf 15 Kilometer pro Stunde, insbesondere aber auch gegen die entwürdigende Umwandlung der bisher angeordneten Haftstrafen in Gefängnisstrafen.

Die Versammlung fordert die Einrichtung staatlicher Fahrschulen für alle Wagenlenker auf paritätischer Grundlage, um dem zum Teil unläuteren Treiben privater Chauffeurschulen einen Riegel vorzuschieben.

Die Besitzer von Kraftwagen, insbesondere diejenigen von Kraftdroschken, protestieren gegen den § 7 des Kraftfahrzeuggesetzes, welcher geeignet ist, gewissen Elementen Tür und Tor zu öffnen, die durch mit Vorbedacht herbeigeführte Unfälle an die Besitzer große Schadenersatzansprüche stellen und dadurch die Erziehung besonders der kleinen Kraftdroschkenbesitzer gefährden.

Die Versammlung legt Protest ein gegen den Antrag Stroffer und Genossen im Preussischen Abgeordnetenhaus.

Angefaßt der im Laufe des vorigen Jahres gegen Automobilführer erlassenen nicht weniger und mehr als 10 000 Anzeigen, erscheint eine weitere Knebelung des Standes der Automobilinteressenten wahlweise nicht mehr erforderlich.

Die Automobilinteressenten sind sich bewußt, die notwendige Selbstdisziplin zu besitzen, um den schwereren Anforderungen des Verkehrs in weitem Umfange gerecht zu werden.

Sie sind nicht gewillt, sich von zum Teil unfundigen Polizeibeamten weiterhin materiell und moralisch schädigen zu lassen.

Die Versammelten beauftragen daher alle Vorstände ihrer Vereinigungen, geeignete Mittel in die Wege zu leiten, um den behördlichen Maßnahmen gegenüber ihr Recht zu wahren.

Verschiedene Redner vertraten die Meinung, daß man zu schärferen Mitteln greifen müsse, um Erfolge zu erzielen. Eine passive Resistenz wurde empfohlen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß solche Beschlüsse gefaßt werden, wenn man den Wünschen der Automobilführer wie auch der Besitzer keinerlei Rechnung trägt. Die Geschäfts- und Privatführer sind bereit, Solidarität zu üben und ihre Kollegen zu unterstützen, wenn es zu einem offenen Kampfe mit den Behörden kommt. Es wurde ausgeführt, daß man leicht genug den Widerstand mancher Bestimmungen erweisen könnte, wenn man sich ganz streng daran hält, was vorgeschrieben ist. Jedenfalls will man sich nicht ohne energischen Widerstand von den Behörden schikanieren lassen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Holbrücker Eingang, vier Treppen, 1. Fahrstuhl, wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung 7 Uhr. Sonnabend beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Die zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

W. B. 58. 1. In Höhe von etwa 16 M. wöchentlich kann Kländung erfolgen. Ein Antrag ist unter Beilugung des Urteils an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Schuldner seinen Wohnsitz hat, zu richten. 2. In Berlin ja. — W. B. 20. 1. Der Kländung nicht unterworfen ist dasjenige Haus- und Küchengerät, das zur Erhaltung eines angemessenen Hausstandes unentbehrlich ist. Welche Gegenstände unter diesen Begriff fallen, darüber befindet der Gerichtsvollzieher und am Besten bin das Vollstreckungsgericht. 2. Wenn eine andere Sachlage vorliegt, ist das Vollstreckungsgericht. 3. Wegen Schulden des Mannes nicht. — W. B. 115. 1. 2. und 3. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre Kinder zum Konfirmandenunterricht zu schicken, noch einsegnen zu lassen. Schwierigkeiten sind nicht zu be-

frachten. — W. B. 300. Geschwisterkinder sind Bettern (Sälen), Cousins (Cousines). — Genosse 100. Ihre Eltern fragen am zweckmäßigsten beim Kundwürdigen Amt an; eventuell tun Sie dies selber. — W. B. 37. Die betreffenden Bestimmungen sind zu umfangreich, um sie in Briefkasten veröffentlicht zu können. Können Sie in die Sprechstunde oder wiederholen Sie die Anfrage unter näherer Darstellung, woran es Ihnen ankommt. — W. 40. Das ist zulässig. Anders wäre es, wenn es sich um den Gemeindevorsteher und einen Schöffen handeln würde. — W. B. 20. 1. und 2. Drogen Sie dem Schuldner den Verkauf der Pfandscheine bezug des Pfandes an und beauftragen Sie für den Fall der Nicht-einlösung einen Gerichtsvollzieher mit der öffentlichen Versteigerung. Der Verkauf darf nicht vor Ablauf eines Monats nach der Einlösung erfolgen. Die Forderungen müssen Sie zahlen. — Heute D. N. Es haben nur unter 15 Jahren alle Kinder einen solchen Erstattungsanspruch. — W. B. 3. Es könnte Verurteilung voranschreiten zu einer Geldstrafe erfolgen. Erheben Sie Widerlage, sobald die Klage gestellt wird. Die Hinanzziehung eines Anwalts ist nicht notwendig, aber hier zweckmäßig. — W. B. 20. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Den Antrag richten Sie an das Landratsamt. — W. B. 3. Erklären Sie dem Antrag bei dem für Ihre Wohnung zuständigen Polizeikommissar. — W. B. 38. 1. Die Erben müssen die Wohnung zum 1. Juli d. J. ausräumen. Die Vermieterin muß spätestens am 3. April im Besitz des Kündigungsscheins sein. Die Erben halten ab dann für die Miete bis zum 1. Juli, die Vermieterin hat auch, so lange Zahlung nicht erfolgt ist, ein Zurückbehaltungsrecht an dem Sachen. — W. B. 3a. — Neumann, Ologonovitz. Das Urteil stellt den am 31. Juli 1902 zu Rülant geborenen Benedikt Walde dar, der allerdings Oberbaurat in Berlin war. 1848 wurde er Mitglied der preussischen Nationalversammlung und war Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Im Mai 1849 wurde er als angeklagter „Verschwörer“ verhaftet und im Dezember 1849 freigelassen, 1851 wieder in das Abgeordnetenhaus gewählt. Auch dem konstituierenden Reichstage gehörte er als Vertreter des zweiten Berliner Wahlkreises an. Walde war einer der Führer der Fortschrittspartei. — W. B. 3a.

Ämtlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Handel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fest. Wild: Zufuhr gering, Geschäft still, Preise fest. Geflügel: Zufuhr stark, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ziemlich reger, Preise teilweise anziehend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unwesentlich verändert.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, and another set of am, seit. Rows include names like Tegel, Teltow, Spree, etc.

3 Tage. Um auch solche Kunden, die den Eisbutter-Ersatz „Milka extra“ Tafel-Margarine, Pfund 85 Pf. noch nicht probiert haben, zu einem Versuch zu veranlassen, vorabfolgen wir anlässlich des Oster-Festes am Mittwoch den 16., Donnerstag den 17. u. Freitag den 18. März cr. 1 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine 85 Pf. Inklusiv entweder: 3 große Speiseteller oder: 1 Wasserdasche oder: 1 Käseglocke oder: 1 Dutzend Teelöffel nach Wahl zusammen für Bei Entnahme von 2 Pfund Milka extra, Tafel-Margarine gibt es entweder: 1 versilberten Frühstückskorb oder: 1 Likör-Service oder: 1 Kaffeekanne mit Patentdeckel oder: 1 Gemüse-Tonne (Delft) oder: 1 Dutzend Esslöffel nach Wahl zusammen für den Preis von 1 Mark 70 Pfennig

„Milka extra“ ist aus feinen Rohmaterialien hergestellt und mit frischer Milch und süßer Sahne verarbeitet, ein idealer Buttersatz. Um regen Zuspruch bitten die Verkaufsstellen der Tafel-Margarine „Milka extra“: Nahe Friedrichshain, Nahe Alexanderplatz, Nahe Zentral-Viehhof, Nahe Stadtbahnhof Warschauer Brücke, Nahe Jannowitzbrücke, Boxhagen-Rummelsburg, Lichterberg und Friedrichsfelde, Stralau-Rummelsburg.

Kaol. Drei Tropfen. machen das schmutzigste Metall spiegelblank. In Flaschen von 10-50 Pfg. überall zu haben. Fabr. Lubszynsky & Co., Berlin NO.

Cigarren-Händlern. bequemsten Einkauf zu billigsten Preisen bietet das größte und reichhaltigste ausgestattete Tabak-, Cigarren- u. Cigaretten-Engroslager Carl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 112 (Fernspr. VII, 3881). Effiziente folg. Marken & Original-Fabrikpreis von 100 Stk. an einer Sorte: Berliner Marken: Garbati, Herbol, Joletti, Manoli, Problem, Phönix, Kapitän, Carmen Silva, Graf von Königsmark, Frosch, Dresdener Marken: Salom, Alchim, Luna, Bolero, Genly, Remon, Riforma. Ferner: Egyptian Comp., Österreichische und ungarische Regie-Tabake ufm. Generalvertrieb für Deutschland der dänischen Kapitan-Tabake, Rauch- und Schnupftabake; Hauptniederlage der Kapitan-Tabake W. H. Danewoder und Grimm & Triepel in Nordhausen; Frödr. Braun in Rendsburg, Joh. Tannoch, Walslow, sowie J. Wolfhards Schnupftabake, St. Elsgard. Bei Neuanschaffungen von Cigarren-Geschäften bitte mein bestsortiertes Cigarren-Engroslager zu befragen. Ich führe nur gutgelagerte, feinste Qualitäten in allen Preisklassen. 46702

Bester Dänischer Kautabak M. Hansen jun., Hadersleben. Generalvertrieb: Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70. Amt VII, 3047.

Rixdorf, Selchower Str. 13, 3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M. 1. 2. 2. Läden, passend für jedes Geschäft, 338, 540 M. 44817

**Sie erhalten zu den Feiertagen Logierbesuch.**  
 Jaekel's „Schlafepatent“-Möbel helfen Ihnen aus aller Verlegenheit. Die einzigen, die sich im praktischen Gebrauch glänzend bewährt haben.  
 Illustrierte Preisliste 198 mit vielen Neuheiten gratis und franko.  
**R. JAEKEL's Patent-Möbel-Fabrik, Berlin, Markgrafenstr. 20.**



# SPREEGOLD-MARGARINE

## Vom Guten das Beste!

Spreegold wird hergestellt aus den feinsten, in eigener Schmelze gewonnenen Rohstoffen, mit süßer Sahne und Eigelb verbuttert, daher im Aussehen, Geruch und Geschmack bester Butter ebenbürtig

**Alleinige Fabrikanten: Margarinwerke Berolina, G. m. b. H., Lichtenberg-Berlin**  
 Herzbergstraße 55. Amt Lichtenberg 694. 695.  
 Verkaufsstelle: **BERLIN C., Dircksenstraße 26/27. Tel. Amt 7. 4391.**

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

### Verkäufe.

**Handbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.

## Kleine Anzeigen

**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.

## ANZEIGEN

**für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 8 Uhr angenommen.**

**Schlafstellen.**  
 Schlafstelle für Herrn Stalder, Straße 59a, vorn IV, Schön. +17  
 Freundliche Schlafstelle vermietet Bahn, Wienerstraße 54, Hof III. +17

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
 Gesellen auf seine Damenmajaden und Paletots, Lohnarbeit I, sucht Modelalon Jung, Charlottenstraße 48. 11855\*  
 Tapezierlehrling gesucht Kurfürstendamm 13, erhält Vergütung.  
 Goldschmiedelehrling verlangt Brandes, Alexandrinenstraße 118. \*  
 Schnellpressen-Monteur, gelernter Schloffer und Dreher, wird gesucht. Nur erprobte Kräfte wollen sich schriftlich mit Angabe der Lohnansprüche melden bei Otto Böner, Buchdruckerei, Oranienstraße 141. 11865  
 Glasfertiger verlangt Hitzler, Oppelnerstraße 47. +17  
 Glasfertiger verlangt Wilhelm Kuris, Löhrmeister, Legel, Hauptstraße 85.  
 Farbmalerei sucht Goldbleistiftfabrik Ditzels. 184/4  
 Farbmalerei und Farbmalerei verlangt Jenisch, Goldbleistiftfabrik, Waldenstraße 15. +18  
 Zeitungsfrauen verlangt Schiffbauerdamm 1, Ecke Friedrichstraße.  
 Belegerin sucht Goldbleistiftfabrik Ditzels. 184/3  
 Zeitungsfrauen für Berlin und Pankow verlangt Vornholmerstr. 1.

### Verkauf.

**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.

### Verkauf.

**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.

### Verkauf.

**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.  
**Wandbett, zwei Deckbetten, zwei Matten, weißwollig, 16,50, große Rollen 20 Pfennig.** Andreaskstraße 85.